

Gesundheit: Ein Thema für die politische Bildung?

- Der Körper in der Kulturgeschichte
- Philosophische Aspekte gesundheitsbezogener Bildung
- Gesundheit und soziale Benachteiligung
- Zum Umgang mit Leiden und Sterben

ZU DIESEM HEFT	403	ADB-FORUM	
SCHWERPUNKT			
<i>Bernd Wedemeyer-Kolwe</i> „Eine Welle, eine Passion, ein neues Lebensgefühl“. Zur Kulturgeschichte des modernen Körpers	404	Demokratiekompetenz stärken – Politische Bildung in der Einwanderungs- gesellschaft Stellungnahme des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten zu seinem Jahresthema 2008	452
<i>Carsten Passin</i> Hauptsache gesund? Zu philosophischen Aspekten gesundheitsbezogener politi- scher Bildung	412	METHODEN UND ARBEITSFORMEN	
<i>Carsten Direske</i> Gesundheit ist nicht nur eine Frage individuellen Handelns Angebote der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten	419	<i>Katja Lucke/Anja Witzel</i> Free2choose – Die Grenzen der Freiheit Ein Gemeinschaftsprojekt	453
<i>Fenna Paproth</i> Diskriminierung und Gewalt in der Pflege – Notwendige Themen politischer Bildung	425	INFORMATIONEN	
<i>Edith Droste</i> Kinderhospizarbeit: Begleitung auf dem Lebensweg	432	Meldungen	457
<i>Gabriele Körner</i> Gesundheitsförderung für benachteiligte Jugendliche – aber wie?	439	Aus dem AdB	468
<i>Sabine Haupt-Scherer</i> WenDo im Spannungsfeld von Körper- arbeit und Politischer Bildung	446	Personalien	472
		Bücher	474
		Markt	483
		IMPRESSUM	486

Thema des nächsten Heftes:
Ist Qualität, was zertifiziert wurde?



Gesundheit ist ein Topthema in der Erwachsenenbildung, aber ist es auch ein Thema der politischen Bildung? Gewiss lassen sich Wellness, Yoga- und Gymnastikkurse nicht unter politischer Bildung subsumieren, aber es gibt über das Ressort Gesundheitspolitik als Bereich staatlichen Handelns hinaus doch erheblich mehr Fragestellungen, die sich aus der Per-

spektive der politischen Bildung mit dem Begriff Gesundheit verbinden lassen.

Welche das sein können, wollen wir an Beispielen in diesem Heft verdeutlichen.

Bernd Wedemeyer-Kolwe zeigt in seinem Überblick über die Kulturgeschichte des Körpers im letzten Jahrhundert, wie der Körper, seine Formung und seine Pflege wichtiger Teil von Reformbewegungen wurden, welche Bedeutung die damals entstehende „Körperkultur“ in den Modernisierungsprozessen gewann, welche problematischen Aspekte aber auch in ihrem weltanschaulichen Überbau lagen, die in völkisch-rassistischen Ideologien und in der körperlichen Erziehung des Nationalsozialismus ihren extremsten Ausdruck fanden.

Carsten Passin setzt sich philosophisch mit den Begriffen Gesundheit und Krankheit auseinander und betont die Unmöglichkeit eindeutiger Definitionen. Das Spektrum an individuellen Erfahrungen mit Gesundheit und Krankheit erlaube keine abschließende Feststellung der Grenzen zwischen Gesundheit und Krankheit und lasse sich nicht allgemein verbindlichen Befunden unterordnen. Dennoch gibt es solche Versuche, aus denen Imperative entstehen, die Einfluss beispielsweise auf Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik und auf die eigene Befindlichkeitswahrnehmung haben.

Dass Gesundheit nicht nur eine Frage individuellen Handelns ist, sondern in starkem Maße abhängig von sozialen Bedingungen, ist Ausgangspunkt für die Arbeit, die Carsten Direske und Gabriele Körner in ihren Beiträgen beschreiben. Während Carsten Direske die Zusammenhänge zwischen sozialer Benachteiligung und Gesundheitsgefährdung erläutert und daraus resultierende Aufgaben und Angebote der Gesundheitsförderung begründet, stellt Gabriele Körner das Präventionsprogramm „BodyGuard“ des Internationalen Bundes in den

Mittelpunkt, das sich gezielt an benachteiligte Jugendliche richtet.

An Mädchen und Frauen wenden sich die WenDo-Kurse, die Sabine Haupt-Scherer vorstellt. Sie zielen nicht nur auf Selbstbehauptung, sondern auch auf die Prävention von Gewalt, von der Frauen im öffentlichen und privaten Raum immer noch stärker betroffen sind als Männer. Das Konzept dieser Trainings wird begründet, seine Umsetzung in der Bildungspraxis des Jugendhofs Vlotho dargestellt.

Der demographische Wandel erhöht den Pflegebedarf in unserer Gesellschaft, da die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wächst. Wie ist Pflege unter immer schwierigeren ökonomischen und personellen Bedingungen zu leisten? Fenna Paproth erinnert daran, dass Menschenrechte auch in der Pflege gelten müssen. Doch Gewalt und Diskriminierung von Pflegebedürftigen sind in der Pflegepraxis keineswegs der Ausnahmefall. Kann politische Bildung zum Abbau von Missständen in der Pflege alter und kranker Menschen beitragen?

Leid und Tod werden in unserer Gesellschaft immer noch tabuisiert, die davon mittel- oder unmittelbar Betroffenen werden zu oft alleingelassen. Seit einigen Jahren gibt es aber auch gegenteilige Entwicklungen. Entstanden aus der Selbsthilfe heraus hat sich in Deutschland die Hospizbewegung etabliert. Edith Droste schildert Entstehen und Prämissen der Kinderhospizarbeit, in der sich die Eltern erkrankter Kinder, ehrenamtliche und professionelle Helfer/-innen engagieren. Die Hospizarbeit begleitet und unterstützt die Kinder und ihre Familien, zeigt zugleich auch einen bewussteren Umgang mit dem Sterben und ist Beispiel für eine Initiative, in der ein Netz geknüpft wurde, das Menschen in einer Extremsituation auffangen hilft.

Alle die hier präsentierten Beispiele geben einen Eindruck davon, wie viele Anknüpfungspunkte das Thema Gesundheit im Rahmen der außerschulischen Bildung bietet. Seine Möglichkeiten sind damit bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Ich hoffe, dass es uns gelungen ist, Sie von seiner Bedeutung auch für die politische Bildung zu überzeugen.

Wir wünschen unseren Lesern und Leserinnen ein gutes Jahr 2008. Bleiben Sie gesund!

Ingeborg Pistohl

„Eine Welle, eine Passion, ein neues Lebensgefühl“¹. Zur Kulturgeschichte des modernen Körpers

Bernd Wedemeyer-Kolwe

Bernd Wedemeyer-Kolwe beschreibt die historische Bedeutung des Körpers, der Körperstählung und der Gesundheitsvorsorge seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert bis heute. Die private Formung des Körpers, die heute so oft in regelrechte Körperkulte mündet, diene und dient dabei so unterschiedlichen und sich dennoch ergänzenden Zwecken wie Gesundheit, Fitness, Selbstsorge, Identität und Religiosität.

Einleitung

Würde man eine Liste mit denjenigen Themen entwerfen, die die moderne Gesellschaft besonders beschäftigen, so dürfte bei einer solchen Aufzählung neben Politik, Arbeit und Familie auch der Körper nicht fehlen. Ob es nun Überlegungen zur Reproduktionsmedizin, zur gesellschaftlichen Überalterung und zum biologischen Verfall, Debatten zum körperlichen Erhalt, zur Pflege oder zur Gesundheitsvorsorge, Einwürfe zur körperlichen Leistung und zum Wettkampf oder Konzeptionen zur Attraktivität, zum Lebensstil und zur Identität oder auch zu Körperreligionen und Weltanschauungen sind: Der Körper, sein Wohlbefinden, seine Repräsentativität und letztlich auch die Sorge um ihn scheinen ein zentrales Thema unserer Gesellschaft zu sein.

Kulturelle Desorientierung

Doch das Thema Körper ist nicht nur eine flüchtige Gegenwartsmode, sondern treibt die westliche Welt in allen oben genannten Ausprägungen seit mindestens einem Jahrhundert – und das heißt seit dem Kaiserreich – regelmäßig um, inhaltliche Varianten und didaktische Wiederholungen inbegriffen. Dies hat vor allem mit den Modernisierungsprozessen zu tun, die ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die europäische Kultur stark beeinflussten. Der Aufstieg von Industrie, Technik und Naturwissenschaften, die Verwissenschaftlichung und Rationalisierung von Lebens- und Arbeitsbereichen, die kulturelle Individualisierung und Standardisierung – kurz: der „Fortschritt“ – hatten eine Beschleunigung und Auffächerung der bis dahin in festgefühten Ständen organisierten Gesellschaft in neue, geographisch und sozial mobile Gruppen, Schichten und Milieus zur Folge. Alte festgefügte Werte und kollektive Normen wurden aufgelöst und bekamen – wie Religion und Glaube – erst zu

nehmende Konkurrenten durch naturwissenschaftliche Weltbilder.

All dies löste vor allem bei den bürgerlichen Gruppen permanente zwiespältige Gefühle von gesellschaftlicher Instabilität und Desorientierung aus. Angesichts einer Welt, die „mit ihrem ungeheuren geistigen Durcheinander viele Menschen vollständig aus dem Geleise“² brachte, suchte man nach neuen Formen individueller Selbstvergewisserung und sozialer Gestaltung. Diese Krisenwahrnehmung ließ ab der Zeit um 1900 verstärkt soziale, kulturelle und religiöse Reform- und Gegenbewegungen entstehen; zu ihnen gehörten die Lebensreformbewegung, die Siedlungs- und Bodenreformbewegung, die Reformpädagogik und die Jugendbewegung sowie ihre proletarischen Pendanten in der Arbeiterbewegung. Ihre zunächst bürgerlichen Protagonisten versuchten, konstante verlässliche Werte zu entwerfen, indem sie Altes mit Neuem verbanden und den Menschen versöhnliche Daseinsentwürfe in einer als instabil empfundenen Welt anboten, die in der Lage waren, durch ihre Umsetzung ein besseres verlässlicheres Leben zu schaffen.³

Der Körper als Sinnstifter

Zu diesen Konstanten, die Sinn stiften, Verlässlichkeit geben und Identität sichern konnten, gehörten nach Ansicht der Reformbewegungen auch der

Zu den Konstanten, die Sinn stiften, Verlässlichkeit geben und Identität sichern konnten, gehörten nach Ansicht der Reformbewegungen auch der Körper, seine Formung und seine Pflege

Körper, seine Formung und seine Pflege. In einer Welt, in der nichts mehr dauerhaft und verlässlich zu sein schien, in der es – so empfand man es – keine allgemeingültige soziale und kulturelle Orientierung mehr gab, wurde der eigene Körper als eines derjeni-

gen raren Objekte empfunden, über dessen Pflege, Formung, Kräftigung und Gesunderhaltung – kurz: über seine Erziehung und Bildung – Identität und Selbstvergewisserung sowie soziales und kulturelles Ansehen erlangt werden konnten. Nach dem Prinzip der Reformbewegung „Über Selbstreform zur Gesellschaftsreform“ ließ sich über die Praxis der so genannten Körperkultur nebenbei sogar die

² Kraft und Schönheit, 7.Jg., 1907, S. 140

³ Allgemein dazu Kai Buchholz/Rita Latocha/Hilke Peckmann/Klaus Wolbert (Hrsg.): Die Lebensreform. Entwürfe zur Neugestaltung von Leben und Kunst um 1900. 2 Bände. Darmstadt 2001

¹ Wolfgang Graeser: Körpersinn. Gymnastik Tanz Sport. München 1927, S. 7

Welt verbessern. Schon 1909 konstatierte die Zeitschrift „Körperkultur“, unter Körperkultur verstehe man die „verschiedenartigsten Versuche einzelner Menschen und ganzer Gruppen von Menschen, die in ihre gesamte Lebenshaltung, in Kleidung, Ernährung usw. neue und ungewöhnliche Bedingungen einführen, da sie die althergebrachte Weise als Unerträglichkeit empfinden“.⁴ Damit sei Körperkultur, so hieß es 1920, die Grundlage „einer allgemeinen Lebensreform“, bei der sich aus dem „tierischen Menschen der höhere Mensch“ entwickeln werde. Durch die Auffassung, der Körper sei ein „heiliger Tempel“, dessen Pflege „heilige Pflicht“ sei, werde die neue Körperkultur, wie noch 1928 hoffnungsfroh bemerkt wurde, zum Aufbau einer neuen Welt beitragen, in der die „schweren sozialen Erschütterungen, die wir und die ganze Kulturwelt eben durchmachen“, verschwinden. Damit werde die „soziale Frage (...) von selbst gelöst“.⁵

Wenn diese Programmatik auch nicht frei ist von Selbstüberschätzung, Elitedenken und Sektierertum, so transportiert dieser interpretatorisch dehnbare Entwurf im Grundsatz doch hochmoderne Anschauungen und neue bürgerliche Werte. Denn die Grundidee dieser Anschauungen basiert auf der Vorstellung, durch Gesundheitsvorsorge, Selbstbeherrschung, Askese und konsequente „Arbeit“ am Körper einen Menschen zu schaffen, der nicht nur widerstandsfähig und gesund, kräftig und athletisch sowie alters- und verfallsresistent ist, sondern auch leistungsfähig und attraktiv sein soll. Nach der alten bürgerlichen Idee, dass das Äußere auch das Innere repräsentiert, transportiere der gesunde und widerstandsfähige Körper damit auch entsprechende „innere“ Werte wie Fortschritt, Disziplin, Leistung und Vernunft. Aus diesen Zutaten schließlich eine Weltanschauung zu gestalten, die unter spirituellen Vorzeichen (der Körper als heiliger Tempel) den gesunden Körper als nachahmenswertes Selbstfindungs- und Identitätsvehikel konstruiert, ist ein konsequenter Schritt dieser Entwicklung.⁶

Dieses Identitätskonzept hat jedoch auch seine Schattenseiten und Ambivalenzen. Nicht nur, dass die Träger jedweder als imperfekt angesehenen Kör-

Praktiken und Interpretationen zwischen privater Selbst- und Vorsorge, sozialer Anpassung und Akzeptanz und politischer Vereinnahmung haben die Geschichte der Kultur des Körpers geprägt

per automatisch aus diesem Schema herausfallen und stigmatisiert werden,⁷ sondern auch, dass die politischen Vereinbarungen, die sich aus diesem Körperentwurf ergeben, zu erschreckenden Konsequenzen führen können (und geführt haben), übersetzt man dieses zunächst private und freiwillige reformerische Körperkonzept in eine autoritär verordnete Körperpolitik, die etwa über Sozialdarwinismus und Rassismus die Ausgrenzung von Körpern – und damit von Menschen – betrieb, die nicht in dieses Schema passten oder bewusst nicht eingepasst wurden.⁸ Es sind diese Praktiken und Interpretationen zwischen privater Selbst- und Vorsorge, sozialer Anpassung und Akzeptanz und politischer Vereinnahmung, die die Geschichte der Kultur des Körpers geprägt haben.

Anfänge im Kaiserreich

Die Schauplätze dieser Körperkultur ab etwa 1900 fanden sich im Wesentlichen zunächst im kulturellen Abseits der noch jungen und kaum etablierten Lebensreformbewegung. In den entsprechenden Gruppen, die versuchten, jenseits der Industriegesellschaft ein möglichst „naturnahes“ und gesundes Leben zu verbringen, gehörten Naturheilkunde, Vegetarismus und Körperkultur zur sozialen Praxis. Die Lebensreformer trafen sich in kleinen Zirkeln und Bünden auf abgeschiedenen Plätzen, wo sie – Männer wie Frauen – Freikörperkultur und Yoga praktizierten. Sie bevölkerten die Lichtluftgelände ihrer Naturheilvereine oder Naturheilsanatorien, wo sie sich im Freien mit wenig Kleidung aufhielten und sich über die natürlichen Heilmittel Wasser, Licht und Luft sowie über Atemübungen und Gymnastik abhärteten und gleichzeitig ihre Krankheiten zu heilen versuchten. Sie gründeten Vereine für Körperkultur und legten auf den vereinseigenen Geländen ganzjährig geöffnete Sportluftbäder an. Hier nutzten knapp bekleidete Männer und Frauen eine Vielzahl von Sport-, Gymnastik-, Bade- und Massagemöglichkeiten an der frischen Luft und betrieben Leistungs- und Wettkampfsport.

4 Körperkultur, 4. Jg., 1909, S. 261

5 Kraft und Schönheit, 20. Jg., 1920, S. 169-172 und *Erasmus* (Hrsg.): Geist der Gegenwart. Formen, Kräfte und Werte einer neuen deutschen Kultur, Stuttgart 1928, S. 146 und S. 171

6 Aspekte dazu in: *Eugen König*: Körper – Wissen – Macht. Studien zur Historischen Anthropologie des Körpers, Berlin 1989 sowie *Philipp Sarasin*: Reizbare Maschinen. Eine Geschichte des Körpers 1765-1914, Frankfurt a. M. 2001

7 Vgl. *Petra Lutz/Thomas Macho/Gisela Staupel/Heike Zirden* (Hrsg.): Der (im-)perfekte Mensch. Metamorphosen von Normalität und Abweichung, Köln 2003.

8 Vgl. etwa *Daniel Wildmann*: Begehrte Körper. Konstruktion und Inszenierung des „arischen“ Männerkörpers im „Dritten Reich“, Würzburg 1998

In allen diesen Einrichtungen wurde die praktische Körperpflege unterstützt und angeleitet durch Trainer und Übungsleiter, und sie wurde ideologisch unterfüttert durch zahlreiche Vorträge von Fachleuten zu den verschiedensten Fragen der Körperkultur, ihrem Nutzen, ihrem Sinn und ihren Möglichkeiten: „Wir bekämpfen“, so formulierten es in typischer Weise die Verantwortlichen des *Verins für Körperkultur*, „alle Schäden unserer einseitigen Kultur und erheben die vernünftige Leibes-zucht zu einer der wichtigsten Forderungen des Einzel- wie des Staatslebens. (Wir) fördern jede gesunde Lebensreform, (die uns) zu immer höherer persönlicher Entfaltung gelangen lässt.“⁹

Wer diese öffentlichen Einrichtungen nicht besuchen konnte, hielt sich an eine oder mehrere der vielen Heimgymnastiksysteme, die in einer Vielzahl von Broschüren und Heften die Lebensreformer zur täglichen Körperpflege (möglichst bei geöffnetem Fenster und ohne Kleidung) anhielten und darüber hinaus Tipps zur richtigen, gesunden und erfolgreichen Lebensweise anboten. Zugkräftige Buchtitel wie z. B. „Geistige und körperliche Trainier-Methoden zu Höchstleistungen auf allen Gebieten“ oder etwa „Kraft und Wille. Grundsätze für ein gesundes und vernünftiges Training des menschlichen Körpers und Willens“ oder gar „Die Kunst, des Lebens froh zu werden und dabei Gesundheit, Schön-

Auf dem kommerziellen Markt der Glücks- und Ganzheitlichkeitsanbieter wollten auch etliche Schwindler ihre schnell geschriebenen Broschüren an die orientierungslosen Bürger bringen

heit, Körper- und Geistesstärke zu erhalten: eine Glückseligkeitslehre“ zeigen die Bedürfnisse nach geistiger und körperlicher Orientierung, die auch ein wenig Weltanschauung anbieten und damit spirituelle Stabilität schaffen konnten. Die Autor/-innen der

Broschüren zur „Kultur des persönlichen Ichs“ behaupteten, die Körpersysteme dienten zur „Vervollkommnung“, strebten die „Erhöhung des Individuums“ an, führten zur „Neugeburt“, wiesen zur „Zufriedenheit und echter Lebensfreude“ oder hülften gar, „schwierigste Lebensfragen“ zu lösen. Dass auf dem kommerziellen Markt der Glücks- und Ganzheitlichkeitsanbieter auch etliche Schwindler ihre schnellgeschriebenen Broschüren an die orien-

9 Kraft und Schönheit, 11. Jg., Heft 1, 1911, Vorwort (unpag.); vgl. auch Bernd Wedemeyer-Kolwe: Das Sportluftbad: eine wilhelminische Mode zwischen Sportanlage, Freizeitpark und Gesundheitsfarm, in: Hans Joachim Teichler (Hrsg.): Moden und Trends im Sport und in der Sportgeschichtsschreibung, Hamburg 2003, S. 107-115

tierungslosen Bürger bringen wollten, versteht sich von selbst. Seriöse Lebensreformzeitschriften warnen denn auch vor denjenigen Autor/-innen, die auf den neuen Körpertrend aufspringen und den unbedarften Abnehmern bloß ihre Apparate und Gymnastiksysteme „andrehen“ wollten.¹⁰



**SANDOW'S
FAMILY GYMNASTICS**

Sandow's Family Gymnastics
nimmt den **ersten** Rang von sämtlichen Zimmer-Turn-Apparaten ein.
Die einzige vernunftgemässe Weise, den Körper jung, kräftig, elastisch zu erhalten, ist tägliche Uebung mit dem Apparat.
Ueberall leicht anzubringen. Aerztlich warm empfohlen.
Ausführliche Uebungs-Tabellen
— liegen jedem Apparat bei. —
Wo nicht erhältlich, weist Bezugsquellen nach
Sandow's Own Combined Developer
Hamburg, Bleichenbrücke 25-29.

Sandows Family Gymnastics: Werbespropekt für einen Heimtrainingsapparat um 1900

Gegen Ende des Kaiserreiches kurz vor dem Weltkrieg war zumindest in den bürgerlichen Schichten diese Art der spirituellen lebensreformerischen Körperkultur fest etabliert, auch da sie die Bedürfnisse der bürgerlichen Gruppen nach physischer und psychischer Orientierung in einer unübersichtlichen Welt kongenial befriedigen konnte.

10 Etliche Beispiele finden sich in Bernd Wedemeyer-Kolwe: „Der neue Mensch“. Körperkultur im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Würzburg 2004, S. 374ff

Institutionalisierung in der Weimarer Republik

In der Weimarer Republik änderte sich diese Körperkulturbewegung: sie wurde im Rahmen von Vereinen, Schulen, Lehr- einrichtungen und Unter- richtsstätten stark institu- tionalisiert und damit flächendeckend verbreit- et; sie fand breite ges- ellschaftliche und sozi- ale Akzeptanz über die bürgerlichen Schichten hinaus. Zum anderen wurde die Körperkultur politisiert, indem sie von politischen Gruppen für ihre Zwecke vereinnahmt oder ihre Weltanschauung selbst unter politische Vorzeichen gestellt wurde. Das Schlagwort von der „verkappten Religion“ machte nun die Runde.¹¹

So erfuhr zum Beispiel die vor 1918 im Nischen- dasein fristende so genannte Nacktkultur nun als moderne Freikörperkultur eine ungeheure Auf- wertung. Die zahlreich gegründeten FKK-Vereine verfügten über etwa 75.000 Mitglieder; auf ihren vereinseigenen Geländen konnte man nicht nur baden, schwimmen und Wettkampf- und Freizeit- sport betreiben, sondern sie erlaubten auch den fi- nanziell schlecht Ausgestatteten billigen Zelturlaub in der Natur auf Selbstversorgerbasis zusammen mit etlichen Gleichgesinnten. Informationsabende und Vorträge sowie die Artikel der zahlreichen FKK- Vereinszeitschriften boten den Mitgliedern Wis- senswertes über Körperpflege, Gesundheitsvorsor- ge und Hygiene an.

In der Weimarer Republik existierten dazu Hunder- te von – heute z. T. noch vorhandenen – kommer- ziellen Gymnastikschulen, in denen die zumeist weiblichen städtischen Angestellten Kurse in Rhyth- mischer Gymnastik belegen und unter Umständen selbst eine Ausbildung zur staatlich anerkan- ten Gymnastiklehrerin machen konnten. Die etwa 400.000 Anhänger der Rhythmischen Gymnastik schätzten die Mischung aus Fitness und Bewegung, Körperpflege und Gesundheitsvorsorge, die in den Kursen angeboten wurde und die den Teilnehmern vermittelte, zu einer gesundheitsbewussten Elite zu gehören, die achtsam mit sich und ihrem Körper umzugehen verstand. Zu all dem kamen noch zahl- reiche kommerzielle Körperschulen, die hinsicht- lich Körperpraktiken, Organisation und Ausstat-

tung den heutigen Fitnessstudios ähnelten, sowie etliche z. T. alternativ-religiöse Gruppen, die im Rahmen der damaligen Asienbegeisterung den vor- wiegend bürgerlichen Interessierten Yoga, Entspan- nungstechniken und Autogenes Training anboten: „Dort im Orient liegt jener rhythmische Ausgleich, dessen wir bedürfen, um in uns selbst zu ruhen“, schrieb man schon 1917 in internen Kreisen der Le- bensreform und Körperkultur.¹²

Alle Gruppen und Schu- len verbanden ihre An- gebote jedoch bald mit politischen und religiö- sen Zutaten, um einen gemeinsamen weltan- schaulichen Überbau zu schaffen

Alle diese Gruppen und Schulen verbanden ihre Angebote jedoch bald mit politischen und reli- giösen Zutaten, um ei- nen gemeinsamen welt- anschaulichen Überbau zu schaffen. Dieses Deu- tungsangebot, das Elite-

denken mit Rechtfertigungsstrategien verknüpfte, schuf eine noch stärkere Anbindung. Mit dieser Pra- xis fügte sich auch die Körperkulturbewegung in die durch enge politische und soziale Milieubin- dung gekennzeichnete Weimarer Republik ein, in der aufgrund der schwierigen gesellschaftlichen und politischen Umstände Etliche – und nicht nur sozial Deklassierte – ständig auf der Suche nach privaten Daseinskonzepten und kulturellen und sozialen Alltagsankern waren.¹³

So vermittelten die zahlreichen Rhythmischen Gym- nastikschulen von *Rudolf Bode* ihren Anhängern eine Ganzheitsidee, die auf völkisch-rassische So- zialutopien ausgerichtet

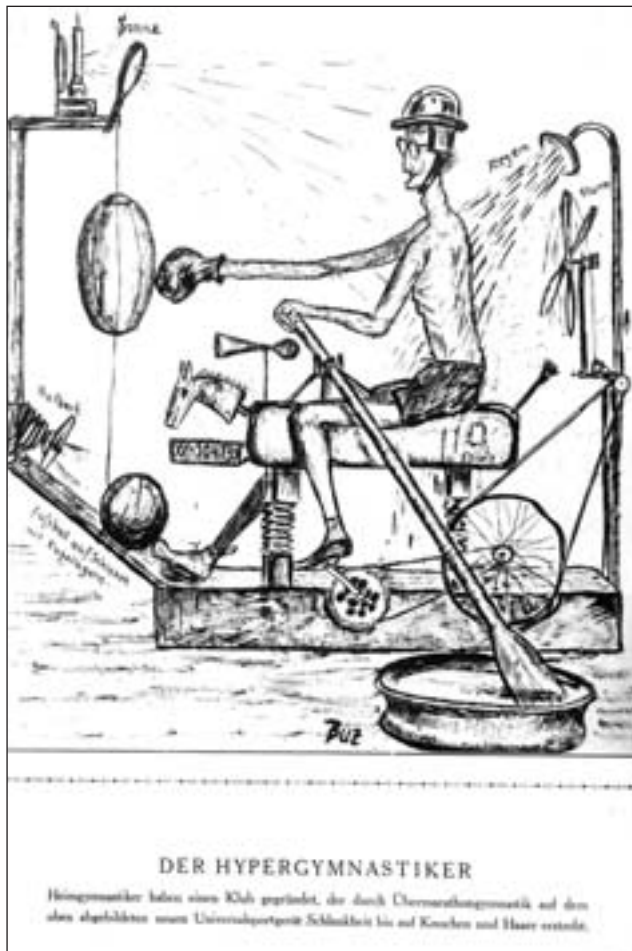
Etliche Anhänger der völkischen Freikörper- kultur favorisierten ras- sisch reine Volksge- meinschaften auf der Basis der „Höherzüch- tung“ durch Körperkul- tur

war. Nicht nur Bode, son- dern auch etliche An- hänger der völkischen Freikörperkultur favori- sierten rassisch reine Volksgemeinschaften auf der Basis der „Höher- züchtung“ durch Kör- perkultur. Da sich in ei-

nem schönen Körper auch ein hochwertiger Geist widerspiegeln, wurden von vornherein alle Nicht- arischen, d. h. körperlich oder rassisch „Minder- wertigen“ aus den entsprechenden Körpergruppen ausgeschlossen, denn, so der völkische FKKler *Josef Seitz* 1923: „degenerierte Menschen wirken nackt dermaßen abstoßend, dass sie von normalen Men-

11 *Carl Christian Bry*: Verkappte Religionen, Gotha 1924

12 Zit.n. *Ortrud Wörner-Heil*: Von der Utopie zur Sozialreform. Jugendsiedlung Frankenfeld im Hessischen Ried und Frauen- siedlung Schwarze Erde in der Rhön, Darmstadt 1996, S. 541
13 Vgl. *Stefanie v. Schnurbein/Justus H. Ulbricht* (Hrsg.): Völki- sche Religion und Krisen der Moderne, Würzburg 2001



Karikatur: Der Hypergymnastiker 1926

schen niemals bei der Gattenwahl berücksichtigt werden“. Damit wurde ein völkisches Elitedenken auf der Basis „natürlicher“ d. h. Rhythmischer Körperkultur das Wort geredet. Nur hier könne „die deutsche Volksseele ganz unbefangen“ auftreten, so *Rudolf Bode* im Jahre 1925.¹⁴

Die linken Gruppen der Weimarer Körperkultur dagegen versuchten, sozial und körperlich Benachteiligte zu emanzipieren

Bei den linken Gruppen stand die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft durch die Schaffung einer sozial ausgerichteten und körperlich gesunden Gemeinschaft im Mittelpunkt der Sozialutopie

und ihnen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Hier stand die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft durch die Schaffung einer sozial ausgerichteten und körperlich gesunden Gemeinschaft im Mittelpunkt der Sozialutopie. Gymnastikschulen wie

¹⁴ *Josef Michael Seitz*: Die Nacktkulturbewegung, Dresden 1923, S. 118f. sowie *Rudolf Bode*, Rhythmus und Körpererziehung, Jena 1925, S. 3

die sozialistische Essener *Dore-Jacobs-Schule*, FKK-Gruppen wie die des linken Berliner Lehrers *Adolf Koch* oder die sozialistischen SPD-nahen Gesundheits- und Lebensreformverbände der Arbeiterorganisationen setzten auf Körperkultur, Gesundheits- und Hygienevorsorge sowie auf praktische Lebenshilfekurse für sozial Schwache und Benachteiligte. Die so körperlich erzogenen Menschen könnten, so *Adolf Koch* 1924, selbstbestimmt „das Leben meistern und mit Form füllen“.¹⁵

Die einstmals private Körperkultur wurde in der Weimarer Republik in öffentliche Räume gestellt und als Vehikel für politische und weltanschauliche Zwecke und Interessensgruppen verwendet. Der intakte gestählte Körper wurde damit als identitätsstiftendes Abgrenzungs- und Definitionsobjekt betrachtet.

Politische Vereinnahmung im „Dritten Reich“

Nach 1933 übernahm der nationalsozialistische Staat die komplette Erziehung und damit auch die körperliche Erziehung. Die totale körperliche Erfassung der „arischen“ Bevölkerung führte vom Schulsport und den gleichgeschalteten Turn- und Sportvereinen über Sport in *BDM* und *HJ*, über körperliche Erziehung im *Reichsarbeitsdienst* und in der Organisation *Kraft durch Freude* der *Deutschen Arbeitsfront* bis hin zum Sport in der Wehrmacht, in der *SA* und in der *SS*. Diese körperliche Totalerziehung ließ nur sehr wenig Raum für private Körperkultur und noch weniger Raum für weltanschauliche Körpergruppen jenseits der staatlichen NS-Ideologie.¹⁶

Die körperliche Totalerziehung im Nationalsozialismus ließ nur wenig Raum für private Körperkultur und für weltanschauliche Körpergruppen jenseits der staatlichen NS-Ideologie

Daher wurden nach 1933 auch die linken Gruppen und Bünde, die Körpererziehung in ihrem Programm hatten, aufgelöst und von den völkischen Vereinigungen lediglich diejenigen am Leben gehalten, deren Ideologie

¹⁵ *Adolf Koch*: Körperbildung, Nacktkultur. Anklagen und Bekennnisse, Leipzig 1924, S. 36f.; vgl. auch *Franz Walter/Viola Denecke/Cornelia Regin*: Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände, Bonn 1991, sowie *Dore Jacobs*: Gelebte Utopie. Aus dem Leben einer Gemeinschaft, Essen 1990

¹⁶ Vgl. *Hajo Bernett*: Der Weg des Sports in die nationalsozialistische Diktatur, Schorndorf 1983, sowie *Lorenz Peiffer*: Sport im Nationalsozialismus. Eine kommentierte Bibliographie, Göttingen 2004

sich integrieren ließ. Dazu gehörten z. B. die völkischen FKK-Gruppen, die mit ihren NS-nahen Führern als *Bund für Deutsche Leibesucht* in das Fachamt *Bergsteigen und Wandern* der neuen Turn- und Sportorganisation eingegliedert wurden und in der Folgezeit noch relativ viel Freiheit besaßen. Die völkischen Gruppen der Rhythmischen Gymnastik wurden mit ihren Schulgründern als *Fachschaft Gymnastik und Tanz* gleichgeschaltet und ihre freiberuflichen Lehrkräfte in den *Reichsverband Deutscher Turn-, Sport- und Gymnastiklehrer* eingegliedert.¹⁷



Arische Körper 1936; aus Hans Surén, *Der Mensch und die Sonne*, Berlin 1936, S. 53

Die Sportpolitik des Nationalsozialismus, die die totale körperliche Erziehung nach sich zog, zielte – vereinfacht gesagt – darauf ab, die körperliche Fitness der „arischen“ Deutschen für die gesunde biologische Reproduktion, die Steigerung der beruflichen Produktivität und die Erhöhung der Wehrfähigkeit zu nutzen. Die systematische körperliche Disziplinierung nutzte man darüber hinaus effektiv für die stringente allgemeine Erziehung zum Gehorsam.

Jenseits dieser Gleichschaltungspraktiken gab es nur sehr wenige Möglichkeiten für eine private Körperkultur, die mit den staatlichen Erziehungssystemen nichts zu tun hatte. Private Körperkulturschulen waren Mangelware oder suchten sich ein Nischendasein auf der Basis von postalisch versendeten Lehrbriefen, die „Körperertüchtigungs-Kurse“ als Heimtraining anboten, private Körperideologien eingeschlossen.¹⁸

Nischendasein nach 1945

Die Mangelsituation der Nachkriegsjahre und die Diskreditierung bisher gängiger Fitness- und Körperbilder durch die Nationalsozialisten führten dazu, dass die vor 1933 noch breit akzeptierten gesellschaftlichen Körperkulturen in den nächsten Jahrzehnten für die Bevölkerung keine Rolle spielen sollten. Die Reformbewegungen der Weimarer Republik konnten mit ihren Gesundheitsvorstellungen nach 1945 nicht mehr an ihre einstmalige so wichtige kulturelle Rolle anknüpfen und führten in der Folgezeit – wie etwa mit ihren Reformhäusern – zunächst ein Nischendasein.¹⁹

Auch das früher so einflussreiche Netzwerk der Rhythmischen Gymnastikgruppen war zerstört; einzelne Schulgründer wie etwa *Rudolf Bode* zogen sich in ihre nur noch wenigen Schulen zurück und traten nur vereinzelt an die kulturelle Oberfläche. Die FKK-Vereine gründeten sich zwar neu, gerieten aber in den pruden 1950er und 1960er Jahren zunehmend ins kulturelle Abseits und blieben – trotz ihrer institutionellen Anbindung an den Deutschen Sportbund – lange Zeit unter sich. Fernöstliche Körperkultur wie etwa Yoga war wieder wenigen Außenseitern vorbehalten; es gab keinen Bedarf nach neuer Religiosität. Die Kultur der bürgerlichen Fitnessschulen, die z. B. in Nordamerika ungebrochen blieb, verschwand gänzlich und wurde in we-

17 Vgl. *Wedemeyer-Kolwe*, a. a. O., S. 389f.

18 Vgl. z. B. *Lionel Strongfort*: *Körperertüchtigungs-Kursus der Strongfort-Körperkultur-Methode*, Frankfurt a.M. 1935

19 Vgl. *Florentine Fritzen*: *Gesünder Leben. Die Lebensreformbewegung im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006, S. 255-276

Prospekt

Auf der Außenseite des Briefumschlages finden Sie Ihre Korrespondenznummer. Versuchen Sie bitte nicht, diese Nummer auch wenn Sie kein Kursanwärter sind, für Briefwechsel und Zahlungen auszugeben!

Kursus für Körper-Entwicklung
BODY-BUILDING Übersetzung: Body = Körper
 Building = Bauen

„ZENTRALE FÜR SELBSTENTWICKLUNG“ Abteilung 128 Leiden (Holland)
 Bank: Transische Bank - LEIDEN

Föllig neuartige und schnelle Methode

Leiden, Datum des Poststempels.

Lieber Interessent!

Über Ihren Entschluss, bei uns einen Prospekt anzufragen, haben wir uns sehr gefreut, denn er zeigt uns, dass Sie mit Hilfe unseres wirklich ausgezeichneten BODY-BUILDING-Lehrgangs in den Besitz eines gesunden und athletisch geformten Körpers gelangen wollen. Auch Sie wollen also zu denjenigen Menschen gehören, die überall wegen ihres kräftigen, gut geformten Körpers bewundert werden. Freunde und vor allem Freundinnen werden mit dieser Bewunderung sicher nicht zurückhalten! Mit unserem völlig neuartigen Body-Building-Spezial-System kann jeder, ob jung oder alt,

mit nur einer Viertelstunde üben täglich in wenigen Wochen zu einem prächtig geformten Körper kommen!

Sie werden sehr bald wieder große Lebenslust verspüren, weil Sie bei der Ausführung der Übungen herzlich fit werden.

Natürlich werden Sie nun denken:

„Alles gut und schön, aber ob das einfach mit Ihrem Kursus geht?“
 Die Antwort auf diese vollkommen logische und menschlich gerechtfertigte Frage kann kurz sein.
Die Antwort ist: Ja!!!

Wir können Ihnen die volle Garantie dafür geben, dass Sie mit Hilfe unseres angenehmen und ausserordentlich guten Lehrgangs

Ihre Figur selber in der Hand haben

Ob Sie nun mager oder dick sind, alt oder jung, ein „Büschlein“ oder eine schmale Brust haben, dünne Beine, eckige Schultern und magere Arme besitzen, alles wird durch unsere praktischen Übungen zu athletischen Formen ausgebildet (oder, Ihrem eigenen Wunsche entsprechend, zu normalen Formen; dieses hängt von mehr oder weniger Üben ab).

Unser System

Früher (und leider auch heute noch) wurden Hanteln, Zugfedern, elastische Kabel und allerlei anderer teure Geräte verwendet um den Körper in Form zu bringen. Ausser den hohen Anschaffungskosten haben diese Hilfsmittel noch andere Nachteile, die wir hier nicht weiter erwähnen wollen. Es existieren auch heute noch Systeme mit sehr ermüdende gymnastischen Übungen, die ausserdem unerfreulich, meistens äusserst anstrengend und dazu wenig erfolgversprechend sind. Nicht selten wird das Einnehmen von gesundheitschädigenden Präparaten empfohlen. Dieses ist bei unserer Methode gänzlich überflüssig. Wir benötigen bei unseren Übungen lediglich ein starkes Stück Seil und einen Stock. Diese Dinge haben wir doch meistens im Hause, nicht wahr? Weiter brauchen Sie nichts! Indem wir nun zum Beispiel in einer bestimmten Art an diesem Seil ziehen, gebrauchen wir unsere eigenen „elastischen Kabel“, nämlich unsere Muskeln. Unsere Muskeln haben wir als elastische Drähte mit auf dem Lebensweg bekommen.

Werbeprospekt für einen Bodybuilding-Kursus, 1950er Jahre

nige Bodybuildingstudios – „Muskelbuden“ – kanalisiert, deren Klientel als sozial unterprivilegiert betrachtet wurde.²⁰

Körperkultur als Phänomen kultureller, religiöser und sozialer Identität und als privater Ort zwischen

20 Vgl. Klaus-Jürgen Gutsche/Hans Jochen Medau (Hrsg.): *Gymnastik. Ein Beitrag zur Bewegungskultur unserer Gesellschaft*, Schorndorf 1989; Karl Dreßen: *Geschichte des Naturismus*, Mönchengladbach 1995; Bernd Wedemeyer: *Starke Männer, starke Frauen. Eine Kulturgeschichte des Bodybuildings*, München 1996

Daseinsdefinition und Gesundheitsvorsorge existierte nicht mehr; es gab keinen kulturellen Bedarf und keine entsprechende Klientel.

Moderner Körperkult

Die „neue Unübersichtlichkeit“ und die Umwertung vieler Werte seit den späten 1960er Jahren, aber auch die materielle Sättigung eines Teils der Bevölkerung veranlassten viele wieder einmal, die „Sinnfrage“ neu zu stellen und neue bzw. neuformulierte Religionen und Weltanschauungen wieder aufzulegen. Die neuen Anforderungen der Leistungsgesellschaft, der wiedererstarkte Hedonismus, die Sehnsüchte nach körperlicher Gesundheit und Schönheit, nach geistigem Sinn und seelischer Harmonie, nach Selbsterfahrung und Identität – kurz: nach kultureller Verortung – ließen auch eine neue bzw. eine neu gewendete alte Körperkultur wieder ins Spiel kommen.²¹

Neben der in Vereinen und Verbänden organisierten Turn- und Sportbewegung mit ihrem Wettkampf- und Leistungsbetrieb etablierte sich seit den letzten 30 Jahren eine zunehmend auf den eigenen Leib bezogene Körperkultur, die sich in Tausenden von Fitnessstudios, privaten Tanz-, Gymnastik- und Ballettschulen und zahllosen esoterischen Körper- und Entspannungskursen in Volkshochschulen und anderen Bildungsstätten der Sorge um den eigenen Körper widmet

21 Kai Buchholz/Rita Latocha/Hilke Peckmann/Klaus Wolbert (Hrsg.): a.a.O., Band 1, S. 13f.

In den letzten 30 Jahren etablierte sich eine zunehmend auf den eigenen Leib bezogene Körperkultur, die sich der Sorge um den eigenen Körper widmet und das „Ich in die Balance“ zu bringen versucht

und das „Ich in die Balance“ zu bringen versucht.²² Dabei gehen – genau wie ihre Vorläufer im Kaiserreich und der Weimarer Republik – die Suche nach privater Authentizität und hemmungslose Kommerzialisierung, „sanfte“

Körpererfahrung und „harte“ Körperstählung, asiatisch beeinflusste Sinnsuche und der körperliche Hedonismus von Schönheitswettbewerben einträchtig Hand in Hand miteinander. Die Grenzen, die im Grunde keine sind, verwischen und machen neuen bzw. neu entdeckten Körperkonzepten Platz, die für jeden die passenden Versatzstücke bereithalten.²³

22 Vgl. *Richard Shusterman*: Die Sorge um den Körper in der heutigen Gesellschaft, in: *Andreas Kuhlmann* (Hrsg.): *Philosophische Ansichten der Kultur der Moderne*, Frankfurt a. M. 1996, S. 241-277

23 *Kai Buchholz/Rita Latocha/Hilke Peckmann/Klaus Wolbert* (Hrsg.): a. a. O., Band 1, S. 593-595

Dass diese moderne Entwicklung historische Vorläufer hat, dass sie sich historisieren kann, um daraus zu lernen, ist indes nur wenigen bekannt und im historischen Bewusstsein kaum verankert. Aber gerade hierin läge eine Chance, die eigenen Bedürfnisse besser einzuordnen und kritischer und reflektierter mit dem neuen Körperboom umzugehen.



Dr. Dr. Bernd Wedemeyer-Kolwe ist außerplanmäßiger Professor für Sportgeschichte am Institut für Sportwissenschaften der Universität Göttingen. Forschungsschwerpunkte: Sportgeschichte, Geschichte der sozialen Bewegungen, der Lebensreform, der völkischen Bewegung und des Okkultismus. Zurzeit Arbeit an einem Buch zur Geschichte des Behindertensports.

E-Mail: wedemeyer@01019freenet.de

Hauptsache gesund? Zu philosophischen Aspekten gesundheitsbezogener politischer Bildung

Carsten Passin

Carsten Passin wählt einen philosophischen Zugang zur Auseinandersetzung mit den Begriffen Gesundheit und Krankheit und kritisiert ihren oft gedankenlosen Gebrauch. Beide Begriffe verweisen auf komplexe Zusammenhänge, die jedoch in der aktuellen Diskussion nur unzureichend reflektiert werden. Mit Bezug auf philosophische Traditionen im Verhältnis zu Gesundheit und Krankheit umreißt Carsten Passin mögliche Zugänge zu der Thematik und konfrontiert sie mit den heute üblichen Denkmustern. Mit Blick auf Tendenzen in Gesundheitspolitik und moderner Lebensführung warnt er vor eindimensionalen Problemlösungen und unrealistischen Heilsversprechungen.

In politischen Bildungsprozessen denken und kommunizieren wir mit Begriffen, Vorstellungen, Thesen und Werturteilen. Dies setzt außer aktueller fachwissenschaftlicher Informiertheit philosophische Aufmerksamkeit voraus, sind damit doch oft auch philosophische Aussagen verbunden.

Ohne ein gewisses Maß an philosophischer Aufmerksamkeit und Sorgfalt geraten unsere Vorstellungen und Begriffe in allzu große Abhängigkeit des Zeitgeistes, sind Ausdruck unreflektierter persönlicher Präferenzen und werden naiv, unkritisch und möglicherweise doktrinär verwendet.

Philosophieren bedeutet: das einsame und gemeinsame Bemühen um begriffliche Klärung, geistige Distanz zu eigenen Denkgewohnheiten und die Bemühung um das Verstehen der in ihnen sich äußernden Problemlagen

Philosophieren bedeutet hier zunächst ganz allgemein: das einsame und – genauso wichtig – gemeinsame Bemühen um begriffliche Klärung, um geistige Distanz zu eigenen Denkgewohnheiten bzw. zeitgeistigen Routinen und die Bemühung um das Verstehen der in ihnen sich äußernden

Problemlagen. Es geht um das Verarbeiten überindividueller Erfahrungen aus dem Nachdenken anderer über die jeweilige Problematik in der Geistesgeschichte wie auch in aktuellen Diskussionen. Es bedeutet auch eine gesteigerte Aufmerksamkeit gegenüber den eigenen Erfahrungen und ihren Gehalten und Begrenztheiten.

Wir – Bildende wie Teilnehmende unserer Seminare – werden dabei, wie bei allen philosophischen Fragen, keine eindeutigen Antworten finden, wir werden in Irritationen geraten und die Schwierigkeiten beim Verstehen noch vermehren. So ist es auch recht, denn, wie *Robert Spaemann* – und

nicht nur er – recht unzeitgemäß sagt: „Sache der Philosophie kann es nicht sein, die Lösungen leichter, sondern die Aufgaben schwerer zu machen.“¹ Wir wissen dann genauer, was wir nicht wissen und nicht wissen können. Die menschenfreundliche Heiterkeit der Skepsis mag sich einstellen wie auch eine gesteigerte Klarheit im Bewusstsein der Widersprüchlichkeiten und komplexen Eingebundenheit unserer Themen in weitere Zusammenhänge.

Diese gesteigerte Aufmerksamkeit und Nachdenklichkeit kann selbst ein Beitrag zur Gesundheit sein – gegen krankmachende Deutungen und Begriffe, Hoffnungen, Sorgen und Verzweiflungen, Heilsversprechen und -erwartungen. Denn Gedanken können krank machen. Sie können auch heilen. Es gibt auch, wie Nietzsche feststellte, „Neurosen der Gesundheit“.²

Gedanken können krank machen, sie können auch heilen

Seit einigen Jahren zeigen sie sich in einem wachsenden „Gesundheitswahn“, der religiöse Züge angenommen und seine eigenen Priester/-innen, Kulte, Rituale, Erlösungsversprechen, Sakri- lege und Fundamentalismen hat.³

Die Kostenexplosion und die Aufgeregtheit der Debatten über Reformen im Gesundheitswesen sind ebenso als Teil davon zu verstehen.

Das Philosophieren über Grundbegriffe des gewählten Themas in der politischen Bildung wird umso wichtiger, je stärker die Bildenden mit demselben als Person verbunden sind und je zentraler dieses Thema im öffentlichen Bewusstsein und in Lebensentwürfen von Menschen positioniert ist.

Beim Thema Gesundheit ist beides der Fall: Wir Bildenden leben selbst sehr individuell im Spannungsfeld von gesund und krank. Wir haben unsere je eigenen Erfahrungen mit und Vorstellungen von Gesundheit und Krankheit, die unser Verhältnis zum Thema und unser Agieren in Seminaren dazu bestimmen.

Gesundheit und Krankheit sind heute in unserer Gesellschaft öffentliche und private Spitzenthemen

1 *Robert Spaemann*, Kritik der politischen Utopie, Stuttgart 1977, S. 18

2 *Friedrich Nietzsche*, Die Geburt der Tragödie aus dem Geist der Musik, KSA 1, S.16

3 Vgl. z. B. die Bücher von *Manfred Lütz*, u. a. „Lebenslust. Über Risiken und Nebenwirkungen des Gesundheitswahns.“ München 2002

mit ähnlicher Präsenz wie Erwerbsarbeit bzw. Arbeitslosigkeit – dieser Gleichklang ist nicht zufällig und sehr bedenkenswert, sind doch beide Themenkomplexe in unserer um Erwerbsarbeit zentrierten Gesellschaft – wie auch in unserer jeweiligen eigenen Lebenspraxis – komplex und widersprüchlich miteinander verwoben.

Gesundheit und Krankheit sind die spezifischen Grundbegriffe gesundheitsbezogener politischer Bildung.

Sie sind so vieldeutig, komplex und schillernd, dass ihre ungeprüfte Verwendung in einer reflektierten Bildungsarbeit ausgeschlossen sein sollte.

Beide Begriffe sind keineswegs nur beschreibende, deren Veränderung und Vielschichtigkeit vorrangig von theoretischen und praktischen Fortschritten der zuständigen Fachwissenschaften abhängt. Sie sind Wertbegriffe und als solche – wie auch das gesundheitsbezogene Verhalten von Menschen – von unterschiedlichsten Bedürfnissen, Interessen und Seinslagen von Menschen bestimmt.

Keine Gesundheit ohne Krankheit

Gesundheit und Krankheit sind nur im Verhältnis zueinander zu bestimmen und dieses Verhältnis ist kein starres, endgültig festzusetzendes. Es ist beweglich, befindet sich im Prozess wie das Leben, von dem beide ein Moment sind. „... was ist Gesundheit anderes als der freie Gebrauch des Lebens.“⁴

Gesundheit und Krankheit sind Seinsweisen von Menschen – ich bin gesund bzw. krank – aber keine Zustände, die sich fixieren und endgültig praktisch festhalten ließen. Mehr noch: man kann zwar vom Gesundsein als Gegensatz zum Kranksein reden und beide in der Vorstellung strikt trennen. Das entspricht auch manchmal unseren erlebten Realitäten und findet sich in vielen Gesundheitsdefinitionen von der Antike bis heute wieder. „Ich bin gesund, das heißt, ich bin nicht krank;“ lässt Goethe die Prinzessin im *Torquato Tasso*⁵ sagen und u. a. bei Aristoteles finden wir: „... darin, dass die Gesundheit nicht da ist, zeigt sich die Krankheit.“⁶

4 *Achim von Arnim*, Die Kronenwächter, Bd.1, Berlin 1817, S. 613

5 *J. W. v. Goethe*, Torquato Tasso. Berlin und Weimar 1974, S. 504

6 *Aristoteles*, Metaphysik. Jena 1907, S. 105

Bei biologischen Wesen gibt es Gesundheit wie Krankheit nicht als Extreme

Doch genau so, wie wir wohl meist ein Befinden dazwischen an uns feststellen – schon der griechische Arzt *Galen* unterschied deshalb einen dritten Zustand, den der Neutralität – genau so müssen wir schon logisch sagen, dass es bei biologischen Wesen Gesundheit wie Krankheit als Extreme nicht gibt – im ersteren Fall wären wir Unsterbliche wie die Mehrzahl der griechischen Götter, im zweiten tot. So gesehen gibt es weder gesunde noch kranke Menschen.

Mit steigender Aufmerksamkeit und Fortschritten medizinischer Diagnostik stellen wir fest, dass wir immer kränker werden bzw. kränker sind, als wir bis dato glaubten.

Schon der Aufklärer *Lichtenberg* sah das: „Ich glaube, wenn sich die Menschen recht darauf legen wollten, die mikroskopischen Krankheiten zu studieren, sie würden die Satisfaktion haben, alle Tage krank zu sein.“⁷

Diese Satisfaktion hatten damals bei *Lichtenberg* bloß die Hypochonder. Heute ist dies ein erheblicher Faktor bei der Kostenexplosion im Gesundheitswesen.

Jede Krankheit verlangt nach Behandlung – nicht jedoch jede/r Kranke bzw. nicht jede/r hat die Lobby, die für ihn danach verlangt.

Widersprüche und Entscheidungsprobleme resultieren daraus: Wie sollen die knappen Ressourcen gesundheitspolitisch verteilt werden, etwa zwischen Gesundheitsfürsorge und Notfall- und Intensivmedizin? zwischen Rettung, Verlängerung, Krankheitsentlastung künftiger, noch unbekannter Leben und akuten Bedrohungen von Menschen, deren Leiden und Sterben für uns sichtbar sind?⁸ Welche Krankheiten sollen mit welchem Aufwand zuungunsten anderer beforscht und behandelt werden?

In ethischen Fragen kann niemand Verantwortung an Experten delegieren

Gesundheitspolitische und medizinische Entscheidungen sind hier meist in ethische Dilemmata verstrickt. Es muss eine Auswahl getroffen werden, z. B. angesichts der unterschiedlichen Verteilung bestimmter Krankheiten und deren Häufigkeit in verschiedenen

7 *Georg Christoph Lichtenberg*, Aus den „Sudelbüchern“, J 693.

8 vgl. u. a. *James F. Childress*, Prioritäten in der Gesundheitsfürsorge, in: Medizin und Ethik. Stuttgart, 1989, S. 311-327

sozialen Bevölkerungsgruppen, Altersgruppen, Geschlechtern oder Regionen in dieser Welt. Das sind manchmal Entscheidungen über Leben und Tod. Solche Zwangslagen können noch so viele Ethikkommissionen nicht lösen. Hier sind letztlich die Entscheidungen treffenden Individuen als ethische Subjekte gefordert. In ethischen Fragen kann niemand Verantwortung an Experten delegieren!

Indikationsprobleme

Gesundheit und Krankheit sind engstens miteinander verwoben und schwer voneinander zu unterscheiden. Bevor wir – in einem relativen Sinne – krank oder gesund sind, werden wir dies. Wir erkranken und gesunden. Doch wer vermag Grenzen und Übergänge zwischen beiden Zuständen festzustellen? Daran hängt die Problematik der Indikation von Krankheit bzw. Gesundheit, die über das medizinische Interesse hinaus vielfältige Interessen von Personen, Krankenversicherungen, Unternehmen usw. berührt: Wann gilt/wann versteht sich

Wann gilt/wann versteht sich selbst jemand als krank oder gesund?

selbst jemand als krank oder gesund? Ist, wer als klinisch gesund gilt, auch wirklich gesund – und was meint hier wirklich?

Um wessen Wirklichkeit geht es? Was wird als Krankheit bzw. als krankmachend anerkannt?⁹ Welches Maß von Gesundheit ist bei Jobbewerbungen ausschlaggebend für Einstellung oder Ablehnung? Wer befindet wie darüber? ...

Ausweichmanöver

Die Schwierigkeit, diese Einheit von Gesundheit und Krankheit gedanklich zu fassen, führt, wie wohl alle solche Schwierigkeiten, zu geistigen Ausweich- und Abwehrbewegungen im Sinne einer Komplexitätsreduzierung und Vereinfachung. Besonders ausgeprägt finden wir dies in Erlösungs-, Heils- und Heilungsversprechen vor allem im esoterischen¹⁰ Bereich.

Die alte – und darum gut aus dem Erfahrungsschatz der Menschheit begründete – philosophische Einsicht in die grundsätzliche Unvermeidbarkeit und

Unabwendbarkeit von Krankheit, Schmerz, Leid und Unglück wird hier ersetzt durch den Willen zur und das Versprechen von Gesundheit (und oft zugleich auch Glückseligkeit¹¹).

Ein Beispiel von einem der bekannteren bekennenden Esoteriker:

Die aus dem Erfahrungsschatz der Menschheit begründete philosophische Einsicht in die grundsätzliche Unvermeidbarkeit und Unabwendbarkeit von Krankheit, Schmerz, Leid und Unglück wird heute ersetzt durch den Willen zur und das Versprechen von Gesundheit

„Die menschliche Urschuld liegt im Verlassen der paradiesischen Einheit. Das Leben in dieser Welt der Gegensätze ist notwendigerweise voller Fehler und dient dazu, den Weg zurück zur Einheit zu finden. Jeder Fehler und jedes Krankheitsbild verdeutlichen so zur Vollkommenheit fehlende Elemente und werden damit zur Entwicklungschance.“¹² – Und zur pekuniären Chance für den Entwicklungshelfer, der die Krankheiten als Experte deutet und populistisch das fröhliche Drauflosinterpretieren lehrt.

Etwas später noch deutlicher: „Da der Schatten“ (im Sinne C. G. Jungs – C. P.) „aber ein für unsere Ganzheit notwendiger Teil ist, können wir nur durch seine Integration heil im Sinne von vollständig werden.“¹³

Damit wäre dann der Sprung geschafft von der Anleihe bei Ursprungseinheits-Mythen über eine Lebenssinn-Setzung – so ganz en passant – bis hin zur Erlösung im Diesseits. Das fasse, wer kann.

Als irritierbare Deutungen, als zur Diskussion gestellte Nach-Denk-Angebote und vorsichtige Wegweisungen wären solche metaphysischen Spekulationen sicher bedenkens- und diskussionswert – als Gewissheiten, wie sie hier einem naiven Glaubensbedürfnis angetragen werden, ganz sicher nicht.

Aber Menschen übernehmen gern und vor allem meist Bedenken-los Gewissheiten in unübersichtlichen Zeiten, wie der Verkaufserfolg solcher Lebenshilfe-Angebote zeigt.

9 vgl. z. B. das Problem des Lärms in unserer nicht nur beschleunigten, sondern auch allseits überaus lauten Gesellschaft, siehe u. a. eine Pilotstudie dazu unter <http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/anske-ute-2003-09-25/HTML/chapter1.html>

10 Ich benutze „esoterisch“ in der heute üblichen alltags-sprachlichen Bedeutung.

11 Vgl. z. B. diese groteske Gleichsetzung von Wellness und eudaimonia anhand von Epikur auf einem Wellness-Portal: <http://www.wellness-gesund.info/Artikel/4848.html?a>

12 Rüdiger Dahlke, Krankheit als Sprache der Seele. Be-Deutung und Chance der Krankheitsbilder, München 1999, S. 17

13 ebenda, S. 23

Therapieerfolge durch den Glauben an esoterische Heilungsversprechen sollen hier überhaupt nicht in Frage gestellt werden. Aber wie die Psychotherapieforschung und die Placeboforschung gezeigt haben, hängen diese oft weniger an der jeweils vertretenen Theorie und Methode und den verabreichten Mitteln als vielmehr an den beteiligten Personen: Den Therapeuten und den zu Therapierenden, also auch an ihrem Verhältnis zueinander. Und, wie *Freud* einmal bemerkte, Therapieerfolge stellten sich oft dann sehr schnell ein, wenn den Patienten das Geld ausging.

Die Tatsache jedoch, dass es inzwischen z. B. Psychotherapien für Psychotherapiegeschädigte gibt, zeigt, wie die unreflektierte Übernahme von Deutungsdogmen in die Selbstdeutung von Menschen diese schädigen kann.

Politische Bildung tut das Gegenteil. Sie soll, nach *H. v. Hentigs* berühmter Formel, die Menschen stärken.

Unfassbarkeit der Gesundheit

Versucht man sich darüber klar zu werden, was Gesundheit ist, gerät man sofort in erhebliche Probleme. Man merkt es persönlich, wenn in Begegnungen mit anderen Menschen die Frage gestellt wird, wie es einem gesundheitlich gehe – ja, was antwortet man dann einigermaßen zutreffend, zumal eine kurze Antwort im small talk erfordert ist? Oder wenn jemand feststellt, man sehe aber gesund bzw. krank aus und dies dem eigenen Befinden und/oder der gerade gestern gestellten Diagnose des Arztes gar nicht entspricht?

Es ist mit der Gesundheit wie mit der Zeit, von der Augustinus sagte: „... was ist die Zeit? Wer vermöchte dies leicht und in Kürze auseinanderzusetzen. ... Und doch erwähnen wir nichts so häufig und nichts ist als so selbstverständlich als die Zeit. Und wir verstehen es allerdings irgendwie, wenn wir davon sprechen, noch verkennen wir es, wenn wir andere von ihr reden hören. Was ist also die Zeit? Wenn mich niemand danach fragt, weiß ich es, wenn ich es aber einem, der mich fragt, erklären sollte, weiß ich es nicht ...“¹⁴

14 *Aurelius Augustinus*, „Confessiones“, 11. Buch, 14. Kapitel, hier in der Übersetzung von *Otto F. Lachmann*, siehe <http://guttenberg.spiegel.de/?id=5&xid=115&kapitel=1>

Dieser Befund findet sich wieder in der Fülle der Definitionsversuche von Gesundheit.¹⁵ Man wird in den verfügbaren Lexika und Fachbüchern verschiedener Professionen unterschiedlichste, ja gegensätzliche Definitionen von Gesundheit finden. Dasselbe gilt erst recht, wenn man den Blick weitet auf verschiedene Zeiten und Kulturen¹⁶.

Insgesamt ist in nach-metaphysischer Zeit die Möglichkeit, Gesundheit eindeutig und als allgemeingültig in Sinne eines Maßstabs und daraus ableitbarer Kriterien zu fassen, problematischer denn je geworden, denn weder „Natur“ noch „Leben“ und erst recht nicht „Mensch“ sind philosophisch eindeutig klärbare Begriffe im Sinne von unzweifelhaften Wesensbestimmungen. Ohne sie ist Gesundheit jedoch nicht zu denken.

Die Schwierigkeit, Gesundheit zu bestimmen, ist bedingt durch ihre Verborgenheit

Die Schwierigkeit, Gesundheit überhaupt zu bestimmen, ist bedingt auch durch ein anderes Phänomen, ihre Verborgenheit.¹⁷

Es war *Schopenhauer*, der dieses Phänomen wohl zuerst intensiver beschrieb:

„Unmittelbar gegeben ist uns immer nur der Mangel, d. h. der Schmerz. Die Befriedigung aber und den Genuß können wir nur mittelbar erkennen, durch Erinnerung an das vorhergegangene Leiden und Entbehren, welches bei seinem Eintritt aufhörte. Daher kommt es, daß wir der Güter und Vortheile, die wir wirklich besitzen, gar nicht recht inne werden, noch sie schätzen ... denn sie beglücken immer nur negativ, Leiden abhaltend. Erst nachdem wir sie verloren haben, wird uns ihr Werth fühlbar: denn der Mangel, das Entbehren, das Leiden ist das Positive, sich unmittelbar Ankündigende.“¹⁸

15 Als repräsentativ mag die aktuelle Gesundheitsdefinition der WHO gelten, die diese Verlegenheit damit „löst“, dass sie Gesundheit und Wohlbefinden identifiziert, was neben der Anerkennung, dass hier die subjektive Seite von Gesundheit betont wird, auch vielfach berechtigte Kritiken hervorgerufen hat. Problematisch ist u. a., dass damit einem paternalistischen Staats- und Gesundheitspolitikverständnis Vorschub geleistet werden kann, dass den demokratischen Staat als verantwortlich für das Befinden der Bürger/-innen anzusehen geneigt ist, wo er doch maximal an der Regelung der Bedingungen für die Möglichkeit von Gesundheit beteiligt sein kann und sollte.

16 Vgl. u. a. *Dietrich von Engelhardt*, *Der Gesundheitsbegriff im Wandel der Geschichte*, in: *Widerspruch*. Münchner Zeitschrift für Philosophie, Heft 42, München 2004

17 Vgl. *Hans Georg Gadamer*, *Über die Verborgenheit der Gesundheit*. Aufsätze und Vorträge. Frankfurt am Main, 1993

18 *Arthur Schopenhauer*, *Die Welt als Wille und Vorstellung*, Zürcher Ausgabe. Werke in zehn Bänden. Zürich, 1977, S. 399f.

Individuelle wie gesellschaftliche Gesundheitsvorsorge ist erst seit wenigen Jahren ein zentraleres Thema. Das hat auch mit der Erkenntnis zu tun, dass Gesundheitsfortschritte im gesellschaftlichen Maßstab weniger durch medizinisch-technische Fortschritte bei der Krankheitsbekämpfung als durch Lebensführung und Prävention bedingt sind, abgesehen von natürlichen Dispositionen.

Die Tatsache, dass Gesundheit und Krankheit mit Verhalten und Haltung zu tun haben, zieht enorme praktische und politisch-ethische Fragen nach sich.

Eine moderne Erwerbsarbeitsgesellschaft mit ihrer fraglosen Identifizierung von Lebenssinn und Erwerbsarbeit gerät hier in erhebliche Konflikte: Welchen Wertschätzungen soll politische Priorität eingeräumt werden? Soll man zur „Standortsicherung

Gesundheitsfördernde Lebensformen und Denkweisen stehen häufig quer zu den sog. Anforderungen des Arbeitsmarktes

Deutschland“ weiterhin Arbeits- und Konsumformen ankurbeln, die oftmals krankheitsfördernd sind, also noch mehr hektisch beschleunigen, mobilisieren, flexibilisieren, lärmern, Leben ent-

rhythmisieren, maßlosen Konsum anstacheln... Oder sollen gesundheitsfördernde Lebensformen und Denkweisen in den Mittelpunkt gerückt werden? Diese stehen jedoch häufig quer zu den sog. Anforderungen des Arbeitsmarktes, so wie er zurzeit strukturiert ist. Beides ist kaum vermittelbar, da kann auch der Arbeitsschutz grundsätzlich nichts ausrichten. Insofern wäre u. a. das in der politischen Bildung seltsamerweise noch wenig diskutierte Bürgergrundeinkommen¹⁹ als gesundheitsfördernd anzusehen.

Es geht immer wieder um dieselbe Frage: wie wollen wir leben?

Schopenhauer hat zu all dem in seinen berühmten Reflexionen zur Gesundheit in seiner pointierten Art bemerkt, dass „zur Heiterkeit nichts weniger beiträgt als Reichtum und nichts mehr als Gesundheit. (...) überhaupt aber beruhen neun Zehntel unsers Glückes allein auf der Gesundheit. Mit ihr wird alles eine Quelle des Genusses: hingegen ist ohne sie kein äußeres Gut ... genießbar, und selbst die übrigen subjektiven Güter, die Eigenschaften des Geistes, Gemütes, Temperaments, werden durch

Kränklichkeit herabgestimmt und sehr verkümmert. Demnach geschieht es nicht ohne Grund, daß man, vor allen Dingen, sich gegenseitig nach dem Gesundheitszustande befragt und einander sich wohl-zubefinden wünscht: denn wirklich ist dieses bei weitem die Hauptsache zum menschlichen Glück. Hieraus aber folgt, daß die größte aller Torheiten ist, seine Gesundheit aufzuopfern, für was es auch sei, für Erwerb, für Beförderung, für Gelehrsamkeit, für Ruhm, geschweige für Wollust und flüchtige Genüsse: vielmehr soll man ihr alles nachsetzen.“²⁰

Gesundheit und Individualität

Würde eine Gesellschaft der Gesundheitsprävention, verstanden als Selbstverantwortung der Individuen für ihre Lebensführung, dieselbe Aufmerksamkeit schenken wie der Krankheitsbekämpfung und würde dies zudem im Interesse individueller Freiheit geschehen, dann wäre dafür wohl ein grundsätzlich verändertes Verständnis von Gesundheit die Bedingung.

Schaut man sich die gängigen Definitionen von Gesundheit und Krankheit an, so fällt auf, dass wir heute üblicherweise von Gesundheit im Singular und von Krankheiten im Plural sprechen, selten oder nie von Gesundheit.

Dies verwundert in einer modernen pluralistischen Gesellschaft, die vorgibt, soviel auf Individualität und individuelle Freiheit zu setzen, in der Menschen sich so gern über ihre Unverwechselbarkeit definieren und sich sträuben, Wertvorstellungen und Maßstäbe als allgemein geltend anzuerkennen. Im Falle „der Gesundheit“ tun wir es jedoch, da lassen wir uns allgemeinen, für alle geltenden Definitionen subsumieren.

Doch nicht nur das: Die eigene Identität durch die eigene Besonderheit zu finden, kann nicht im allgemein verstandenen Gesundsein gelingen. Das ist ja gerade als für alle gleichermaßen geltender Singular die Abwesenheit der Besonderheit. So hat man dann als Gesunder auch wenig Besonderes von sich zu berichten: „Mir fehlt nichts“, „ich habe nichts“, „ich kann nicht klagen“, also nichts Erhebliches erzählen von mir, usw. Nächst Wetter und

19 siehe u. a. www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de und www.grundeinkommen.de

20 Arthur Schopenhauer, Aphorismen zur Lebensweisheit, Stuttgart 1974, S.16 und 18. Weil heute gern Gesundheit und Glück gleichgesetzt werden, soll hier darauf aufmerksam gemacht werden, dass Schopenhauer von Gesundheit als Bedingung und nicht als Endzweck redet.

Politik sind vermutlich die eigenen Befindlichkeiten das am weitesten verbreitete Konversations-thema. Wir alle kennen wohl das Phänomen der Identitätsbestimmung von Menschen über ihre Krankheiten – von seiner Gesundheit oder gar seinen Gesundheitigen redet niemand.

Nietzsche war es, der in neuerer Zeit erwogen hat, dass wir wie von Krankheiten ebenso von Gesundheitigen reden sollten. Gemeint ist hier nicht die Aufhebung der logischen Überlegung des Aristoteles, dass es nur für Krankheit, aber nicht für bestimmte Krankheiten das Gegenteil gibt²¹, sondern: „Es ist doch klar, daß der Arzt nicht einmal die Gesundheit an sich in diesem Sinne ins Auge faßt, sondern die Gesundheit eines Menschen, und eigentlich noch mehr die Gesundheit dieses bestimmten Patienten; denn der, den er kuriert, ist ein Individuum.“²²

Nietzsche fasste dies viel schärfer: „Eine Gesundheit an sich gibt es nicht, und alle Versuche, ein Ding derart zu definieren, sind kläglich mißbraten. Es kommt auf dein Ziel, deinen Horizont, deine Kräfte, deine Antriebe, deine Irrtümer und namentlich auf die Ideale und Phantasmen deiner Seele an, um zu bestimmen, was selbst für deinen Leib Gesundheit zu bedeuten habe. Somit gibt es unzählige Gesundheitigen des Leibes, und je mehr man dem Einzelnen und Unvergleichlichen wieder erlaubt, sein Haupt zu erheben, je mehr man das Dogma von der ‚Gleichheit der Menschen‘ verlernt, um so mehr muß auch der Begriff einer Normal-Gesundheit, nebst Normal-Diät, Normal-Verlauf der Erkrankung unsern Medizinern abhandeln kommen.“

Diese Erkenntnis kommt heute zu Bewusstsein z. B. in der Ethnomedizin, oder, politisch Bildenden vielleicht vertrauter, im Gender Mainstreaming. Das findet ein wichtiges Argument u. a. in der Erfahrung geschlechtsspezifischer Reaktionsweisen auf Medikamente bzw. Therapien und geschlechtsspezifischer (Verlaufsformen von) Krankheiten.

Weiter *Nietzsche*: Die individuelle Gesundheit könnte „... freilich bei dem einen so aussehen ..., wie der Gegensatz der Gesundheit bei einem anderen. Zuletzt bliebe noch die große Frage offen, ob wir der Erkrankung entbehren könnten...und ob nicht namentlich unser Durst nach Erkenntnis und Selbsterkenntnis der kranken Seele so gut bedürfe als der

gesunden: kurz ob nicht der alleinige Wille zur Gesundheit ein Vorurteil, eine Feigheit und vielleicht ein Stück feinsten Barbarei und Rückständigkeit sei.“²³

Gesundheitsimperative und ihre Wirkungen

Das Denken in Gesundheitigen von Gruppen und Individuen hat unabsehbare praktische Auswirkungen für das Selbstverständnis von Menschen wie in der Medizin und Gesundheitspolitik, dürfte aber gegenüber totalisierenden Tendenzen immer unverzichtbarer werden.

Gesundheitsnormative wirken wie Schönheitsideale als allgemeiner Imperativ – man hat gesund bzw. gar in bestimmter Weise gesund oder schön zu sein

Gesundheitsnormative wirken wie Schönheitsideale als allgemeiner Imperativ – man hat gesund bzw. gar in bestimmter Weise gesund oder schön zu sein. Die Ware Arbeitskraft etwa

kann sich nur verkaufen, wenn sie den Imperativen gerecht wird. Menschen, die den herrschenden Gesundheitsnormen und den ihnen folgenden gesellschaftlichen Wertzuweisungen nicht gerecht werden, sehen sich als Kranke zu Menschen zweiter Klasse bzw. zu Objekten weitgehend normierter Fürsorge und Pflege abgestempelt.

Sehr problematisch wird eine allgemeine Gesundheitsnorm, wenn – wie seit Jahren zu beobachten – sich im Zuge der Wellness-Welle Gesundheit und Glück(seligkeit) den Rang als oberster Wert streitig machen bzw. miteinander identifiziert werden und Gesundheit damit für Glück(seligkeit) unverzichtbar oder gar zum Selbst- und Endzweck, zum höchsten Gut wird.

„Hauptsache gesund“, – so hört man dann. Und selten reagiert jemand so irritiert darauf, wie es der Fall wäre, hieße es „Hauptsache reich“.

In der Konsequenz bedeutet das aber: Hauptsache wäre die Beseitigung von Krankheit, sprich von Leid, Schmerz, Beeinträchtigung. Mit allen Mitteln. Notfalls auch der Kranken bzw. der potenziellen, noch ungeborenen Kranken selbst, zu deren Besten natürlich. Denn was sollte dagegen sprechen, außer ein paar schwindende Restbestände traditioneller, veralteter Moral? Und kostensenkend, entstressend, zeitsparend wäre es auch. In seiner um-

21 *Aristoteles*: Organon. in: *Aristoteles*: Die Topik. Heidelberg 1882, S. 75

22 *Aristoteles*: Nikomachische Ethik, Jena, 1909, S. 9.

23 *Friedrich Nietzsche*, Die fröhliche Wissenschaft, Abschnitt 120, KSA 3, S. 477

strittenen Elmauer Rede „Regeln für den Menschenpark“²⁴ hat *Peter Sloterdijk* darauf aufmerksam gemacht, dass angesichts der zu erwartenden gentechnischen Möglichkeiten (und ihren Auswirkungen auf das Verständnis und den Umgang mit Gesundheit und Krankheit) grundsätzliche ethische und politische Entscheidungen zu treffen sind, denen wir nicht ausweichen können. Es kommt darauf an, wer in welchem Geiste (mit-)entscheidet. Moralische Entrüstung allein wirkt da höchst lächerlich gegenüber einer Mixtur aus nüchtern-sachlicher ökonomischer Berechnung und religiös aufgeheizten Gesundheitserwartungen.

Gesundheit wird zunehmend begrifflich durch Wohlbefinden ersetzt

weise wird jedes Unwohlsein zur Krankheit: Der Muskelkater und der Kater am morgen, Schwangerschaft und Gebären, schöpferische Menschen in kreativer Qual, von Zweifeln und Fragen Umtriebene usw.

Gesundheit wird damit einem spezifisch modern-hedonistischen Begriff von Glück angenähert. „Man hat sein Lüstchen für den Tag und sein Lüstchen für die Nacht; aber man ehrt die Gesundheit. ‚Wir haben das Glück erfunden‘, sagen die letzten Menschen – und blinzeln –.“²⁵ Wer auf andere, möglicherweise nur ihm eigene Weise gesund bzw. glücklich ist, „geht freiwillig ins Irrenhaus“²⁶.

Die Frage nach dem guten Leben und dem Gutsein wird ersetzt durch die nach dem Gut-drauf-Sein. Schon erste Nachfragen nach dessen Wozu zeigen jedoch eine Nähe zu neoliberaler Leistungsmoral und Erfolgssimperativen – wer es erträgt, schaue sich z. B. den amerikanischen Film *Jerry McGuire* (1996) an.

Aber ist gesund, wer glücklich ist? Ist glücklich, wer gesund ist? Ist glücklich und/oder gesund, wer sich wohl befindet, gut drauf, erfolgreich ist...?

Es führt zu viel Heiterkeit und Nachdenklichkeit im Seminar, wenn man diese Kombinationen einmal

24 Text und Diskussionsbeiträge: http://www.uni-oldenburg.de/EthikProjekt/Liste_der_Artikel.htm

25 Friedrich Nietzsche, Also sprach Zarathustra, KSA 4, S. 19

26 Friedrich Nietzsche, Also sprach Zarathustra, KSA 4, S. 20

durchspielt. Brisant werden sie, wenn man fragt, was denn die Hauptsache nun sei, ob etwa glückliche, gesunde, sich wohlfühlende Menschen auch notwendig solche Menschen sind, die man – mit traditionellen Worten – als gut, anständig, vernünftig, respektabel, bewundernswert ... betrachtete – und umgekehrt.

Mit *Kant* wissen wir, dass es nicht darauf ankommt und vernünftigerweise nicht hauptsächlich darum gehen kann, glücklich zu sein – das liegt ohnehin nicht in unserer Macht – sondern darum, des Glückes würdig zu sein.

Das wäre auch die Haltung einer Lebenskönnerschaft, zu der die Erkenntnis gehört, dass es weniger darauf ankommt, ob man gesund oder krank

Zur Lebenskönnerschaft gehört die Erkenntnis, dass es weniger darauf ankommt, ob man gesund oder krank ist, sondern wer dies ist

ist, sondern wer dies ist: Manch einem verdüstert sich bei einem Schnupfen seine ganze Welt. Ein anderer schenkt sich und seinen Lieben einige erfüllte Monate, bis ihn der Krebs allzu jung und schnell dahinrafft.

Ein Dritter wurde von seiner Neurose geheilt – und hängte die Gitarre an den Nagel.

Weder Gesundheit noch Krankheit vermögen einem Leben Sinn und Gehalt zu geben – sie können es ihm aber auch nicht nehmen – das tut jede/r selbst.

Wer allerdings auf die unverfügbare und vergängliche Karte „Hauptsache gesund“ setzt, folgt einem Glücksversprechen, das eine Anleitung zum Unglücklichsein ist. Insofern könnte, man wagt es kaum zu sagen, politische Bildung als Aufklärung glücklicher machen oder zumindest ein wenig dabei helfen, so manches Unglück zu verhindern.

Aber ist das förderungswürdig?



Carsten Passin ist freiberuflicher Philosophischer Praktiker und Pädagoge, Vorstand des philoSOPHIA e. V., Mitglied im erweiterten Vorstand der IGPP – Internationale Gesellschaft für Philosophische Praxis.

E-Mail: passin@philopage.de

Internet: www.philopage.de

Gesundheit ist nicht nur eine Frage individuellen Handelns

Angebote der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten

Carsten Direske

Um Wissenstransfer, Qualitätsentwicklung und eine Verbreitung guter Praxis zu fördern, haben sich inzwischen 49 Organisationen zum Kooperationsverbund „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ zusammengeschlossen. Wie dieser Verbund entstanden ist, welches Verständnis von Qualitätsentwicklung dahinter steht und wie der Verbund in den politischen Raum hinein wirkt, stellt Carsten Direske in diesem Beitrag vor.

Ihre Namen: „Schutzengel“, „Connect“ oder „ELAN“. Ihre Einsatzgebiete: Stadtteile, Kindertagesstätten oder auch Betriebe. Ihre Mission: benachteiligten Bevölkerungsgruppen bessere Gesundheitschancen ermöglichen – von Alleinerziehenden über Menschen mit Migrationshintergrund bis zu Kindern aus suchtbelasteten Familien. Die Situation: Das Ausmaß gesundheitlicher Ungleichheit ist in Deutschland erheblich: Wer zum unteren Einkommensfünftel gehört, hat im Vergleich zum oberen Einkommensfünftel durchschnittlich eine um zehn Jahre kürzere Lebenserwartung. Die Perspektive: Es ist ein dickes Brett, das von Flensburg bis Stuttgart, von Aachen bis Dresden in den verschiedensten Angeboten der Prävention und Gesundheitsförderung gebohrt wird.

Die Fakten

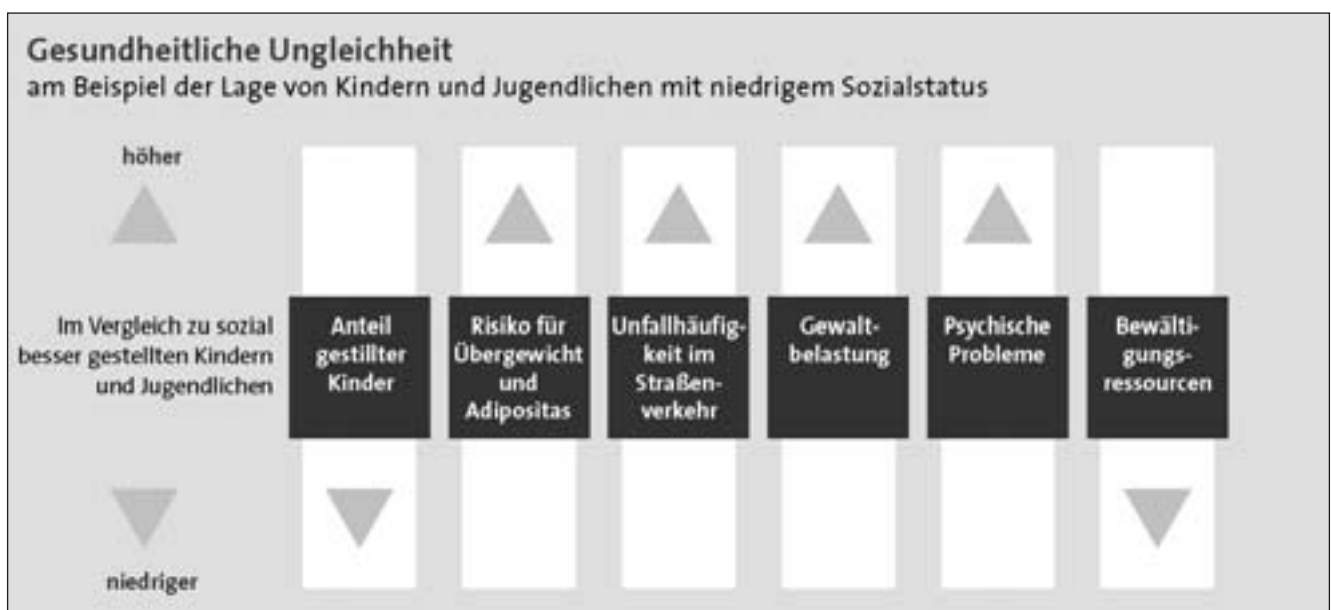
Alleinerziehende, Familien mit sehr geringem Einkommen, Arbeitslose, Flüchtlinge oder Wohnungslose haben eine traurige Gemeinsamkeit: ihr Risiko

zu erkranken oder einen Unfall zu erleiden, ist im Vergleich zu Menschen ohne diese Belastungsfaktoren mindestens doppelt so hoch. Zu den Krankheitsbildern, die verstärkt auftreten, zählen unter anderem Herzinfarkt, Schlaganfall, krankhaftes Übergewicht, chronische Bronchitis und Depression. Männer mit Volks- oder Hauptschulabschluss leiden häufiger an Herzinfarkt, Angina pectoris, Arthrose und chronischem

Langzeitarbeitslose Männer und Frauen sind bald doppelt so häufig von einer länger andauernden Krankheit oder Gesundheitsstörung betroffen wie erwerbstätige Männer und Frauen

Rückenschmerz als Männer mit Fachhochschul- oder allgemeiner Hochschulreife. Bei Frauen mit Volks- oder Hauptschulabschluss treten häufiger Schlaganfall, Angina pectoris, Bluthochdruck, Diabetes, chronische Bronchitis, Arthrose und chronischer Rückenschmerz auf, so der letzte *Armutsbericht* der Bundesregierung. Auch die Häufigkeit von starken Schmerzen unterscheidet sich: Laut letztem Sozioökonomischen Panel klagten annähernd doppelt so viele Frauen mit niedrigerem Schulabschluss über starke Schmerzen in den letzten vier Wochen wie Frauen mit Abitur (51 zu 27 Prozent). Bei den Männern ist das Verhältnis ähnlich, jedoch der Gesamtanteil etwas niedriger (43 zu 19 Prozent). Nach Ergebnissen von Gesundheitssurveys sind langzeitarbeitslose Männer und Frauen bald doppelt so häufig von einer länger andauernden Krankheit oder Gesundheitsstörung betroffen wie erwerbstätige Männer und Frauen. Arbeitslose erhalten umgerechnet in Ta-

Arbeitslose erhalten umgerechnet in Ta-



Quelle: Robert Koch-Institut 2007: Ergebnisse der Kinder- und Jugendgesundheitsstudie KIGGS – Zusammenfassung von Beiträgen im Bundesgesundheitsblatt, Band 50, Mai/Juni 2007 vom 04.05.2007.

gesdosen 25 Prozent mehr Medikamente verschrieben als Menschen mit Beschäftigung, wie die *Techniker Krankenkasse* errechnet hat.

Gesundheit – individuelle und gesellschaftliche Verantwortung

Wer sich in sozial schwierigen Lebenslagen befindet, wird von „klassischen“ Angeboten der Gesundheitsförderung und Prävention wie etwa Kursangeboten weniger erreicht. Dass die Förderung der Gesundheit ohnehin nicht auf das Individuum allein abgewälzt werden kann, zeigt sich auch beim Bereich der umweltbedingten Gesundheitsbelastungen: sozial Benachteiligte leben deutlich häufiger in verkehrsreichen Quartieren und sind dadurch verstärktem Lärm und Stress ausgesetzt. Bereits 1986 betonte die *Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation*: „Grundlegende Bedingungen und konstituierende Momente von Gesundheit sind Frieden, angemessene Wohnbedingungen, Bildung, Ernährung, Einkommen, ein stabiles Öko-System, eine sorgfältige Verwendung vorhandener Naturressourcen, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit“. Die Charta betont als Ziel von gesundheitsförderndem Handeln, „bestehende soziale Unterschiede des Gesundheitszustandes zu verringern“. In der politischen

In der politischen Praxis haben Prävention und Gesundheitsförderung nach wie vor einen schwereren Stand als der Bereich der medizinischen Versorgung

Praxis haben Prävention und Gesundheitsförderung jedoch nach wie vor einen schwereren Stand als der Bereich der medizinischen Versorgung. Das 2005 gescheiterte Präventionsgesetz, für das erst jüngst ein neuer Entwurf vorgestellt wurde, ist ein Ausdruck davon. Obwohl die Aufwendungen für Prävention in Deutschland nach wie vor nur einen Bruchteil der Gesundheitsausgaben ausmachen, hat sich die Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten über die letzten zehn Jahre zu einem Feld mit vielen Akteuren und sehr vielen Maßnahmen und Projekten entwickelt. Dies war 2001 der Anstoß für die *Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA)*, eine Bestandsaufnahme erstellen zu lassen.

Von der Transparenz- zur Qualitätsinitiative

Die BzGÄ beauftragte *Gesundheit Berlin e. V.* mit einer ersten umfassenderen Erhebung zu Angeboten der Gesundheitsförderung in Deutschland. Die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung verfügte durch die jährliche Veran-

staltung des bundesweiten Kongresses *Armut und Gesundheit* über vielfältige Kontakte. Aus einer Ersterhebung bei 10.000 Institutionen, Verbänden und Initiativen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich auf Bundes-, Landes- und Kreisebene entwickelte sich die *Datenbank Gesundheitsprojekte*. Diese online verfügbare Angebotsammlung ist heute Teil der Internetplattform www.gesundheitliche-chancengleichheit.de. Im Herbst 2007 ist die Datenbank grundlegend überarbeitet worden und umfasst derzeit über 1.100 aktuelle Angebote sowie weitere 1.500 inzwischen abgeschlossene Maßnahmen und Projekte in einem Archiv, die sich jeweils nach bestimmten Kriterien oder über eine freie Suche recherchieren lassen.

Im Zuge der wachsenden Nutzung der Datenbank wurde schon bald deutlich, dass mehr Transparenz nur der erste wichtige Schritt sein konnte und weitere folgen mussten, um die Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten voran zu bringen: eine stärkere Vernetzung der Angebote samt ihrer Träger, eine qualitative Weiterentwicklung und eine räumliche Ausdehnung. Zu diesem Zweck rief die BzGÄ 2003 den Kooperationsverbund ins Leben. Getragen wird er heute von einem breiten Bündnis aus derzeit 49 Organisationen: der BzGÄ, Krankenkassen, der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung, den Landesvereinigungen für Gesundheit, Ärzteorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und weiteren Unterstützern. Für die Förderung der Vernetzung hat der Kooperationsverbund auf Landesebene bis Anfang 2006 entsprechende Strukturen mit 16 so genannten *Regionalen Knoten* geschaffen, die in den Bundesländern Informations- und Koordinationsaufgaben mit übernehmen. Für die Unterstützung der Qualitätsentwicklung von Angeboten der Gesundheitsförderung wurde ein Katalog von zwölf Kriterien von einem beratenden Arbeitskreis verabschiedet, auf deren Grundlage die Auswahl von Beispielen guter Praxis (Good Practice) erfolgt. Die ausführliche Vorstellung der Good Practice-Beispiele in der Datenbank Gesundheitsprojekte ist sowohl Aufforderung zur Übernahme von Ansätzen durch bereits bestehende Angebote als auch zur räumlichen Ausdehnung zum Beispiel in Nachbarbezirke. Die Regionalen Knoten und auch der Good Practice-Ansatz verdienen einen genaueren Blick auf ihre Funktionen.

Soziallagenbezogene Gesundheitsförderung regional

Die Regionalen Knoten unterstützen die Koordinierung der soziallagenbezogenen Gesundheitsförde-

rung auf Landesebene und tragen so zur Stärkung des Themas wie auch zur Weiterentwicklung der Praxis bei. Um an bestehende Vernetzungsstrukturen anzuknüpfen, sind die Regionalen Knoten bei den Landesvereinigungen für Gesundheit (LVG) angebunden. In Bundesländern ohne LVG übernehmen vergleichbare Einrichtungen diese Funktion.

Durch die Regionalen Knoten soll die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesebene weiter intensiviert und ein verstärkter Informations-Transfer

Die Regionalen Knoten sollen die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesebene weiter intensivieren und den Informations-Transfer zwischen den gesundheitsfördernden Angeboten verstärken

zwischen den gesundheitsfördernden Angeboten erreicht werden. Die 16 Regionalen Knoten spielen eine entscheidende Rolle bei der Auswahl und Verbreitung von Guter Praxis. In der Startphase wurden die Regionalen Knoten über die BZgA, Krankenkassen und aus Mitteln der Landesvereinigungen für Gesundheit finanziert, die diese aus den jeweiligen Länderhaushalten bewilligt bekamen. In den ersten Bundesländern ist die Finanzierung inzwischen ausschließlich auf Mittel von der Landesebene umgestellt, meist durch eine anteilige Finanzierung über das jeweilige Fachministerium und Krankenkassenpartner sowie die LVGs.

Regionale Knoten mit vielfältigen Aufgaben

Durch vielfältige Vernetzungsarbeit leisten die Regionalen Knoten einen wichtigen Beitrag zu mehr gesundheitlicher Chancengleichheit: Sie regen den Austausch der Gesundheitsförderungsprojekte untereinander an, betreuen Arbeitskreise, führen Fachveranstaltungen durch, konzipieren Wettbewerbe und initiieren neue Maßnahmen. Sowohl aus Gründen der Effizienz aber auch wegen der begrenzten Personalkapazitäten ergeben sich Notwendigkeiten zur Schwerpunktsetzung, etwa im Bereich sozial benachteiligter Kinder und deren Familien, bei der Gesundheitsförderung im Stadtteil oder auch der Weiterqualifizierung von Projektmitarbeitern. In Schleswig-Holstein entwickelte der Regionale Knoten beispielsweise ein Modellprojekt zur Gesundheitsförderung bei Alleinerziehenden. In Thüringen geht es um die Integration von Stadtteilarbeit und Gesundheitsförderung. Der Regionale Knoten Hamburg kümmert sich besonders um das Thema Unterstützung für Wohnungslose und hat gerade eine Broschüre dazu herausgebracht, die die Hürden für wohnungslose Menschen im Gesundheits-

system vor Augen führt. Der vom Regionalen Knoten Brandenburg konzipierte Kita-Preis „Emmi“ (Eltern machen mit) für Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten konnte landesweit ausgedehnt werden.

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Regionalen Knoten ist es, Beispiele guter Praxis (Good Practice) zu identifizieren und im Good Practice-Prozess zu begleiten. Was heißt nun Good Practice im Kooperationsverbund konkret und wie läuft das Verfahren der Identifizierung ab?

Gute Praxis der Gesundheitsförderung

Die Wirksamkeit von gesundheitsfördernden Angeboten lässt sich kaum direkt messen. Gesundheitsfördernde Arbeit setzt in den vielschichtigen

Die Wirksamkeit gesundheitsförderlicher Maßnahmen zu belegen, ist ein schwieriger Prozess

Lebenswelten der Menschen an und entfaltet ihre Wirkung in der Regel nur über größere Zeiträume. Die Wirksamkeit gesundheitsförderlicher Maßnahmen zu

belegen, ist ein entsprechend schwieriger Prozess, der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Projekte und auch die Entscheidungsträger vor neue Anforderungen stellt. Derzeit gibt es in Deutschland noch keine Übereinkunft darüber, wie diese komplexe Aufgabe am besten anzugehen ist. Deutlich ist inzwischen aber, was erfahrungsgemäß als gute und nachahmenswerte Praxis in der Gesundheitsförderung betrachtet werden kann. Hier setzt der Gedanke von Good Practice an: Durch Identifizierung und Benennung von Bereichen, in denen Projekte der Gesundheitsförderung herausragende Arbeit leisten, werden die vorhandenen positiven Ansätze erschlossen und zur Nachahmung empfohlen.

Der Beratende Arbeitskreis des Kooperationsverbundes mit Expert/-innen aus Wissenschaft und Praxis hat zwölf Kriterien für „Good Practice“ – so die international übliche Bezeichnung für gute Praxis – festgelegt. Diese Kriterien reichen von der Niedrigschwelligkeit über die Dokumentation und Evaluation bis zur besonderen Berücksichtigung des Lebenswelt-Ansatzes. Dabei ist nicht die Erfüllung sämtlicher zwölf Kriterien die Voraussetzung für gute Praxis. Das Vorliegen einer Konzeption, ein gesundheitsförderndes Selbstverständnis und als Zielgruppe „Menschen in schwieriger sozialer Lage“ sind jedoch unabdingbar. Die Darstellung der Beispiele guter Praxis auf der Internetplattform



Quelle: www.gesundheitliche-chancengleichheit.de

www.gesundheitliche-chancengleichheit.de konzentriert sich dabei auf die besonders herausragenden Merkmale des jeweiligen Angebotes. Wie dies in der Praxis aussieht, soll an einem konkreten Beispiel gezeigt werden.

Schutzengel – Beispiel für Good Practice

Flensburg-Neustadt ist vom Strukturwandel besonders betroffen und Sanierungsgebiet. Hier wohnen überdurchschnittlich viele sozial benachteiligte Menschen. Gerade für junge Familien und Alleinerziehende bestehen oft Mehrfachbelastungen

und Überforderungen. Im gesundheitlichen Bereich sind insbesondere bei Kindern und Jugendlichen gehäuft Sprach- und Entwicklungsstörungen, Übergewicht, Karies, Verhaltensauffälligkeiten sowie erhöhte Asthma- und Infektionsanfälligkeit feststellbar.

„Schutzengel“ gibt den Familien Hilfestellung, um Entwicklungsstörungen und gesundheitliche Probleme bei Kindern zu verringern oder zu verhindern. Zielgruppen sind Familien bzw. Mütter in schwierigen sozialen Lebenslagen mit Kindern im Alter bis zu drei Jahren. Wichtige Elemente von Schutzengel sind:

- Eine Familienhebamme, die eng mit dem Diakonissenkrankenhaus zusammen arbeitet. Sie unterstützt junge Familien weit über den Rahmen der üblichen durch die Krankenkassen finanzierten Hilfen hinaus und leistet präventive Frühbetreuung.
- Eine Familienbegleiterin der Diakonie, die junge Familien in Zusammenarbeit mit der Kirchengemeinde bei der Bewältigung des Alltags unter die Arme greift.
- Ein Familientreffpunkt, für den eine örtliche Baugenossenschaft Räume zur Verfügung gestellt hat und der von einem örtlichen Kindergarten in Fragen pädagogischer Frühförderung beraten wird. Hier treffen sich Eltern, entsteht Austausch und ein Ort der Selbsthilfe. Hier bietet die Hebamme auch eine Sprechstunde an.
- Die örtliche AOK, die durch Richtlinienänderungen Möglichkeiten für mehr Beratung geschaffen hat.
- Ein eigener Verein als Träger, in dessen Arbeit sich viele Menschen und Organisationen auch ehrenamtlich einbringen.



Bewegungsförderung mit Alltagsgegenständen bei „Fitness für Kids“

Die Evaluation von „Schutzengel“ hat ergeben: Die Zielgruppe wird durch die niedrigschwellige Vorgehensweise wirkungsvoll erreicht. Nach der Anlaufphase arbeiten die beteiligten Institutionen deutlich effektiver. Der ganze Stadtteil profitiert von der Maßnahme: „Schutzengel“ trägt zu seiner Stabilisierung und weiteren positiven Entwicklung bei.

Bei „Schutzengel“ sind die drei identifizierten Bereiche Guter Praxis das „Integrierte Handlungskonzept und die Vernetzung“, die „niedrigschwellige Arbeitsweise“ und die „Dokumentation und Evaluation“.

2006 hat das *Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Senioren* in Kiel „Schutzengel“ zum Leitprojekt erklärt. Das Modell aus Flensburg wird nun, angepasst an die jeweiligen örtlichen Verhältnisse, flächendeckend in Schleswig-Holstein ausgeweitet.

In der Datenbank Gesundheitsprojekte sind derzeit über 60 Gute Praxis-Angebote zu finden. Ihr Spektrum reicht von der Gesundheitsförderung in der Kindertagesstätte, Eltern-Empowerment über die Unterstützung von ehemals Drogenabhängigen bis zu Integrationsprojekten von Menschen mit Behinderungen.

Good Practice – handhabbare Qualitätsentwicklung in der Gesundheitsförderung

Hauptverantwortlich für die Auswahl der Beispiele guter Praxis sind die 16 Koordinator/-innen der Regionalen Knoten im Kooperationsverbund. Diese haben im Rahmen ihrer Koordinierungs- und Vernetzungsarbeit einen unmittelbaren Zugang zur Angebotslandschaft in ihren jeweiligen Bundesländern. Anbieter potenziell nachahmenswerter Gesundheitsförderungsangebote werden zunächst gebeten, ihre Arbeit anhand einer Checkliste selbst einzuschätzen und weitere Materialien dazu zur Verfügung zu stellen. Anschließend werden sie im Rahmen eines leitfadengestützten Interviews zu Hintergrund und Vorgehen des Angebotes sowie zur Umsetzung der jeweiligen vorbildlichen Praxisbereiche befragt. Die Ergebnisse dieses Interviews werden in Form einer umfassenden Angebotsbeschreibung dokumentiert. Ein „Peer-Review“-Schritt gemeinsam mit einem/einer anderen Koordinator/-in der Regionalen Knoten dient einer ersten Prüfung der Entscheidung und Verbesserung der Darstellungen, die abschließend von einem Mitglied des Beratenden Arbeitskreises begutachtet werden. Koordiniert wird dieses Verfahren durch *Gesundheit Berlin e. V.* Die Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung fungiert als Geschäftsstelle des Kooperationsverbundes und übernimmt die laufenden Koordinationsarbeiten und auch die Öffentlichkeitsarbeit samt der Pflege der Internetplattform.

Der dargestellte Auswahlprozess für Good Practice ist nicht statisch, sondern wird stetig weiter entwickelt: Ende 2006 wurden die gemeinsamen Erfahrungen der Koordinator/-innen der Regionalen Knoten und des beratenden Arbeitskreises ausgewertet und das Auswahlverfahren überarbeitet. Im Frühjahr 2008 ist der nächste Schritt für eine weite-

re Systematisierung der gesammelten Erfahrungen vorgesehen.

Betont werden muss, dass die heutige Sammlung von Beispielen guter Praxis keinen Anspruch darauf erhebt, sämtliche qualitativ herausragenden Angebote der Gesundheitsförderung vollständig abbilden zu können.

Andererseits ist die Good Practice-Suche auch ein aktiver Prozess: Neben der Sichtung bekannter Angebote werden durch eine Analyse der bislang beschriebenen Handlungsfelder, Zielgruppen und Kriterien vorhandene Lücken ausgemacht, um dann durch gezielte Recherchen nach entsprechenden Angeboten der Gesundheitsförderung das Spektrum der Datenbank zu erweitern und damit den Praxisnutzen weiter zu erhöhen.

Gutachten des Sachverständigenrates würdigt Kooperationsverbund

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR) hat im Juli 2007 seine Expertise „Kooperation und Verantwortung. Voraussetzungen einer zielorientierten Gesundheitsversorgung“ veröffentlicht. Das 900 Seiten starke Werk soll Möglichkeiten und Wege zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens aufzeigen und unter anderem zum Abbau von Versorgungsdefiziten beitragen. Dem Kooperationsverbund „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ widmet das Gutachten ein eigenes Kapitel. Der SVR spricht sich darin für die Verstetigung der Arbeit des Kooperationsverbundes aus. So stellt der SVR fest, dass es dem Kooperationsverbund gelungen ist, ein Netz starker Kooperationspartner aufzubauen und dass die Strukturen des Kooperationsverbundes mit dem Good Practice-Prozess als wichtigem Baustein gute Möglichkeiten bieten, ein bundesweit gemeinschaftlich getragenes Konzept der Qualitätsentwicklung zu etablieren. Der Rat begrüßt den Ausbau des Kooperationsverbundes und betont die Notwendigkeit, Akteure und Praxis der sozialogenbezogenen Gesundheitsförderung stärker miteinander zu vernetzen. Ebenso würdigt er den in Gestalt der Regionalen Knoten gelungenen Aufbau einheitlicher Strukturen zur Stärkung der sozialogenbezogenen Gesundheitsförderung auf Landesebene und den Beitrag zu einer niedrig-

schwelligem und kostengünstigen Qualitätsentwicklung, der im Rahmen des Kooperationsverbundes durch die Auswahl von Good Practice-Beispielen geleistet wird.

Die Empfehlungen des SVR lauten, „die Arbeit des Kooperationsverbundes als Informations- und Kommunikationsplattform zu verstetigen“, die Strukturen der Regionalen Knoten „zu stärken und auszubauen, indem insbesondere die Kontinuität der Finanzierung gesichert wird“. Perspektivisch plädiert der SVR dafür, ausgehend vom Good Practice-Verfahren des Kooperationsverbundes „den Ansatz einer partizipativen Qualitätsentwicklung der sozialogenbezogenen Gesundheitsförderung fortzuführen“. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe, der sich aber alle Partner und Beteiligten des Kooperationsverbundes auch zukünftig gern stellen. Denn „Adebar“, „BEAM“ und „JUMP“ verdienen für die Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit.

Quellen, Literatur und Surftipps

Website www.gesundheitliche-chancengleichheit.de

Ottawa-Charta (1986): www.euro.who.int/About/WHO/Policy/20010827_2?language=German

Robert Koch-Institut (Hrsg): Gesundheit in Deutschland. 2006

Thomas Lampert/Lars Eric Kroll: Einfluss der Einkommensposition auf die Gesundheit und Lebenserwartung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Discussion papers 527. 2005

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung. (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2005



Carsten Direske, MSc., ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit bei Gesundheit Berlin e. V. – Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung und dort erreichbar unter der Adresse: Friedrichstr. 231, 10969 Berlin.

E-Mail: direske@gesundheitberlin.de

Diskriminierung und Gewalt in der Pflege – Notwendige Themen politischer Bildung

Fenna Paproth

Der Artikel behandelt die Diskriminierung von Alten in der Gesellschaft im Zusammenhang mit strukturellen, menschenrechtlichen Problemen in den Pflegeeinrichtungen. Die zunehmende Ökonomisierung der Pflege wirkt sich massiv auf die Situation von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen und Pflegekräften aus und fördert ein Klima der Gewalt. Zunächst wird der Aspekt Diskriminierung in den Zusammenhang mit Menschenrechten in der Pflege gestellt. Die nachfolgenden Erläuterungen zum Phänomen Gewalt schließen neben soziologischen auch psychologische Erklärungsmodelle ein. Abschließend werden Anknüpfungsmöglichkeiten für die politische Bildungsarbeit mit Pflegekräften und Angebote für eine „Politische Altenbildung“ vorgestellt, die präventiv gegen Diskriminierung, Gewalt und Menschenrechtsverletzung in der Pflege wirken.

Die deutsche Öffentlichkeit reagiert – kurzzeitig – empört, wenn Misshandlungen gegenüber pflege- und hilfebedürftigen alten Menschen aufgedeckt werden. So geschehen nach der Veröffentlichung des 2. Berichts des *Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen (MDS)* im September 2007.¹ Demnach hat sich zwar die Pflegequalität in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen im Vergleich zum 1. Bericht (2004) insgesamt verbessert. Dennoch sind nach wie vor erhebliche Mängel festzustellen. So konstatiert der MDS bei jedem/jeder zehnten Heimbewohner/-in und bei 5,7 Prozent der Pflegebedürftigen daheim einen akut unzureichenden Pflegezustand. Und bei jeder/m dritten (!) Pflegebedürftigen stellten die Prüfer Defizite bei der Ernährung und Flüssigkeitsversorgung fest. Neben Vernachlässigung und Misshandlung stellen

Neben Vernachlässigung und Misshandlung stellen freiheits-einschränkende Maßnahmen gegenüber pflege- und hilfebedürftigen alten Menschen eine besondere Form der Gewalt dar

Bauchgurten, das Aufstellen von Bettgittern und das Abschließen des Zimmers, die Ausübung psychischen Drucks und die Wegnahme von Schuhen oder Kleidung und nicht zuletzt die Vergabe von Medikamenten ohne oder gegen den Willen der Betroffenen. Untersuchungen haben ergeben, dass

in Deutschland umgerechnet etwa 400.000 freiheits-einschränkende Maßnahmen pro Tag gegenüber Pflegebedürftigen angewandt werden.²

Wie bereits erwähnt, ist die Empörung in der deutschen Öffentlichkeit über die Pflegemängel in der Regel kurzzeitig. Meist verschwinden die Schlagzeilen schon nach wenigen Wochen wieder aus den Zeitungen, bis ein neuer Fall aufgedeckt oder eine weitere Studie veröffentlicht wird. Weiter Bestand haben jedoch Misshandlung, Vernachlässigung und gewaltvolle Handlungen und damit Menschenrechtsverletzungen gegenüber Pflegebedürftigen.

Die Träger politischer Bildung haben bisher nur unzureichend die eklatanten Missstände in der Pflege thematisiert und kaum entsprechende Angebote entwickelt. Ein Grund dafür besteht sicherlich darin, dass Betroffene das Thema Diskriminierung und Gewalt in der Pflege aus Scham meiden. Fehlende

Betroffene meiden das Thema Diskriminierung und Gewalt in der Pflege aus Scham

Sensibilisierung, Sprachlosigkeit über das Geschehene, Ohnmacht und Überforderung mit der pflegerischen Arbeit und nicht zuletzt die Angst

vor Arbeitsplatzverlust verhindern oftmals den Zugang zur Thematisierung und Veränderung des Problems. Noch nicht herausgearbeitet ist, ob Gewalt in der Pflege unter Berücksichtigung von Gender ebenfalls ein Erklärungsansatz für die mangelnde Auseinandersetzung darstellt. Bei der Seminarwerbung in Gesundheits-, Kranken- und Altenpflegeschoolen fällt mir auf, dass sich ausschließlich männliche Auszubildende für das Thema „Gewalt in der Pflege“ interessieren. Weshalb zeigen weibliche Auszubildende kein Interesse an der Reflexion des Themas? Weisen sie es von sich, weil sie sich nicht als potenzielle Täterinnen und Gewaltausübende wahrnehmen wollen? Die Kriminalstatistiken der letzten Jahre haben den Zusammenhang von Gewalt und Gender verdeutlicht. Danach sind mehrheitlich Jungen und Männer sowohl Opfer von Gewalt wie auch Täter. Doch gilt dieser Zusammenhang auch für die verübten Misshandlungen im Bereich der Pflege? Das ist kaum anzunehmen, denn nach wie vor stellen Frauen den Großteil der Beschäftigten in der Pflege dar. Gewalt von Frauen ist allerdings bislang kaum untersucht worden. Zukünfti-

1 Medizinischer Dienst der Spitzenverbände der Krankenkassen (2007): Qualität in der ambulanten und stationären Pflege.

2. Bericht des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen. Internetpublikation

2 Thomas Klie, Thomas Pfundstein (2004): Münchener Studie: Freiheitsentziehende Maßnahmen in Münchener Pflegeheimen, in Birgit Hoffmann, Thomas Klie (Hrsg.): Freiheitsentziehende Maßnahmen. Unterbringungs- und unterbringungsähnliche Maßnahmen in Betreuungsrecht und -Praxis, Heidelberg, S. 75 – 130

ge Forschungen müssten das Thema Gewalt in der Pflege deshalb auch in den Zusammenhang mit Gender stellen.

Diskriminierung in der Pflege

Obwohl der öffentliche Diskurs über die Pflege oftmals aus einer rein ökonomischen Perspektive geführt wird, ist unbestritten, dass die Pflege sich an der Achtung der Menschenwürde orientieren muss. Folgende qualitative Fragen stehen mit der Bewahrung der Menschenwürde in Pflegesituationen in engem Zusammenhang:

Es ist unbestritten, dass die Pflege sich an der Achtung der Menschenwürde orientieren muss

Wie kann der Grad an Selbstbestimmung pflegebedürftiger Frauen und Männer erhöht werden? Wie können Pflegeeinrichtungen eine bedürfnisorientierte Pflege ermöglichen, die differenzierte Lebenslagen der Personen – zum Beispiel Migrant/-innen, religiöse und sexuelle Minderheiten, demenziell Erkrankte, Menschen mit schlechten Deutschkenntnissen oder Alleinstehende – einschließt? Und welche strukturellen Maßnahmen müssen ergriffen werden, damit bestehende Standards für eine angemessene Pflege konsequent umgesetzt werden?

In Anlehnung an diese Fragestellungen hat das *Deutsche Institut für Menschenrechte* in seiner Studie die „Sozialen Rechte älterer Personen in Pflege“ untersucht.³ Mit dieser Studie ist in Deutschland erstmalig das Thema Pflege in den Zusammenhang mit Diskriminierung und Menschenrechten gestellt worden. Obwohl viele Pflegeeinrichtungen unter den gegebenen finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen eine sehr gute Pflege garantieren können, kommt die Studie zu dem Schluss, dass im Durchschnitt gravierende menschenrechtlich relevante Mängel bestehen und es in Deutschland keine flächendeckende menschenwürdige Grundversorgung gibt.⁴ Die Studie nimmt den Menschen-

3 Valentin Aichele/Jakob Schneider (2006): Soziale Menschenrechte älterer Personen in der Pflege. Studie des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Die Studie nutzte als Grundlage ihrer Untersuchung die Ergebnisse des 1. Berichts des Medizinischen Sozialdienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen (2004).

4 Vgl. ebd. S. 38. Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) hat bereits in 2001 seine „große Besorgnis über die menschenunwürdigen Zustände in Pflegeheimen (...), die auf strukturelle Mängel im Pflegebereich beruhen“, zum Ausdruck gebracht und empfahl Deutschland, „Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Situation von Patient/-innen in Pflegeheimen“ zu ergreifen. Zitiert nach ebd. S. 26

Es gibt in Deutschland keine flächendeckende menschenwürdige Grundversorgung

rechtsansatz als Ausgangspunkt ihrer Untersuchung. Danach ist jeder Mensch aufgrund seines Menschseins als

Rechtssubjekt anzuerkennen. Die menschenrechtliche Ebene fungiert als Querschnittsansatz, wenn es um die Ausgestaltung sozialer Prozesse geht. Die Gewährleistung individueller Rechte im Sinne der Menschenwürde ist primär die Verantwortung des Staates. Übertragen auf den Bereich der Pflege bedeutet dies, dass hilfe- und pflegebedürftige Personen nicht als Empfänger karitativer Leistungen zu verstehen sind, sondern sie vielmehr das Recht auf angemessene Hilfe haben. Dafür trägt der Staat Verantwortung.⁵



Hilfebedürftige Personen haben das Recht auf angemessene Hilfe

Der Menschenrechtsansatz beinhaltet darüber hinaus auch ein Diskriminierungsverbot. In der Praxis nimmt sich der Ansatz Gruppen einer Gesellschaft an, die auf Grund objektiver oder subjektiver Faktoren in Situationen leben, in denen sie verletzlich sind. Danach muss die „Lebenslage von Pflegebedürftigen als grundsätzlich verletzlich angesehen werden. Ihre Situation kennzeichnet nämlich, dass die Selbständigkeit der Betroffenen meist altersbedingt schrittweise verloren geht und im selben Zuge wachsende multiple Abhängigkeitsverhältnisse entstehen und sich festigen.“⁶

Das Diskriminierungsverbot stellt ein menschenrechtliches Strukturprinzip dar. Der Staat steht nicht nur in der Verantwortung, Einzelne oder Gruppen vor Diskriminierung zu schützen; das Verbot beinhaltet gleichzeitig ein Gestaltungsmoment. Danach

5 Vgl. ebd. S. 39

6 Ebd. S. 30

Das Diskriminierungsverbot stellt ein menschenrechtliches Strukturprinzip dar

sind strukturelle Benachteiligungen aktiv abzubauen und allen hilfe- und pflegebedürftigen Personen ist der Zugang zu ihnen angemessenen Pflegeleistungen zu gewährleisten. Auf Grundlage des Diskriminierungsverbotes empfiehlt die Studie, innerhalb der angebotenen Pflegeleistungen weiter zu differenzieren und eine bedürfnisorientierte Pflege sicherzustellen.⁷ Denn Personen mit demenziellen Erkrankungen haben völlig andere Bedürfnisse als Personen mit migrationsbedingten Krankheitsbildern. Hier besteht meines Erachtens noch erheblicher Handlungs- und vor allem auch Forschungsbedarf.

Der im Herbst 2003 initiierte „Runde Tisch Pflege“ hat diese Fragen aufgegriffen und 2006 in eine „Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen“ umgesetzt.⁸ Die Charta setzt die Achtung der Menschenwürde in den Fokus und zielt darauf ab, die Rolle und Rechtsstellung dieser Menschen und ihrer Angehörigen zu stärken und Informationen und Anregungen bei der Gestaltung des Hilfe- und Pflegeprozesses zu gewähren. Die Verbreitung der Charta gilt aus Sicht der Initiator/-innen des „Runden Tisches Pflege“ als wesentlicher Baustein einer Umsetzungsstrategie, mit der ein „entscheidender Schritt vom Anspruch in gelebte Wirklichkeit“⁹ getan werden kann. Die Gewährleistung und Einhaltung des Rechtekatalogs verhindert die Diskriminierung von Pflegebedürftigen und die Ausübung von Gewalt an ihnen. Voraussetzung dafür sei ein breites Engagement aller Akteure und Betroffenen im Bereich der Pflege. Zudem müssten Betroffene sich ihrer Rechte bewusst sein und diese auch einfordern können und Pflegeinstitutionen ihr Handeln an den Rechten ausrichten.

Die Charta formuliert insgesamt acht Rechte, die in allgemeiner Weise in zahlreichen nationalen, internationalen und europäischen Texten erwähnt und dort teilweise bindend verankert sind.¹⁰ Die Charta stellt somit eine Zusammenfassung bereits bestehender Rechte dar.

7 Vgl. ebd. S. 42

8 BMFSFJ, BMG (2006) (Hrsg.): Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen

9 Ebd. S. 3

10 Hierzu zählen vor allem die Europäische Sozialcharta, die Charta der Grundrechte der EU und nicht zuletzt die Grundrechte des Grundgesetzes.

Artikel der Charta für hilfe- und pflegebedürftige Menschen¹¹

Artikel 1: Selbstbestimmung und Hilfe zur Selbsthilfe

Jeder hilfe- und pflegebedürftige Mensch hat das Recht auf Hilfe zur Selbsthilfe sowie auf Unterstützung, um ein möglichst selbstbestimmtes und selbstständiges Leben führen zu können.

Artikel 2: Körperliche und seelische Unversehrtheit, Freiheit und Sicherheit

Jeder hilfe- und pflegebedürftige Mensch hat das Recht, vor Gefahren für Leib und Seele geschützt zu werden.

Artikel 3: Privatheit

Jeder hilfe- und pflegebedürftige Mensch hat das Recht auf Wahrung und Schutz seiner Privat- und Intimsphäre

Artikel 4: Pflege, Betreuung und Behandlung

Jeder hilfe- und pflegebedürftige Mensch hat das Recht auf eine an seinem persönlichen Bedarf ausgerichtete, gesundheitsfördernde und qualifizierte Pflege, Betreuung und Behandlung

Artikel 5: Information, Beratung und Aufklärung

Jeder hilfe- und pflegebedürftige Mensch hat das Recht auf umfassende Informationen über Möglichkeiten und Angebote der Beratung, der Hilfe, der Pflege sowie der Behandlung

Artikel 6: Kommunikation, Wertschätzung und Teilhabe an der Gesellschaft

Jeder hilfe- und pflegebedürftige Mensch hat das Recht auf Wertschätzung, Austausch mit anderen Menschen und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Artikel 7: Religion, Kultur und Weltanschauung

Jeder hilfe- und pflegebedürftige Mensch hat das Recht, seiner Kultur und Weltanschauung entsprechend zu leben und seine Religion auszuüben.

Artikel 8: Palliative Begleitung, Sterben und Tod

Jeder hilfe- und pflegebedürftige Mensch hat das Recht, in Würde zu sterben.

In den formulierten Rechten wird deutlich, dass sie nicht ausschließlich für alte Menschen gelten, sondern unabhängig von ihrem Alter allen hilfs- und pflegebedürftigen Personen zukommen sollen. Allerdings vermeidet die Charta es auch, auf den Schutz für Menschen in besonderen Lebenslagen – z. B. Migrant/-innen, Homosexuelle, Hochaltrige oder Alleinstehende – explizit hinzuweisen.

Dennoch ist zu hoffen, dass mit der Verbreitung der Charta der entscheidende Schritt zur Umset-

11 Ebd. S. 7f

zung des Anspruchs in gelebte Wirklichkeit getan ist, die Pflegequalität sich verbessert und die Chancen hilfe- und pflegebedürftiger Frauen und Männer auf eine selbständige Lebensführung dadurch steigen. Voraussetzung dafür ist, dass „die politischen Instanzen auf allen Ebenen sowie die Leistungsträger die notwendigen Rahmenbedingungen zur Gewährleistung der beschriebenen Rechte, insbesondere auch die finanziellen Voraussetzungen, weiter entwickeln und sicherstellen.“¹²

Das Phänomen Gewalt in der Pflege

In der Fachliteratur wird das Phänomen Gewalt in der Pflege seit Mitte der 1980er Jahre thematisiert. Allerdings ist festzustellen, dass dabei die Gewalt gegen Alte im Fokus steht und andere von Gewalt und Misshandlung betroffene Personengruppen, z. B. Migrant/-innen, religiöse und sexuelle Minderheiten oder Menschen mit schlechten Deutschkenntnissen außer Acht gelassen werden und keinerlei Erwähnung finden. Doch auch die Gruppe der „Alten“ ist nicht homogen, sondern sie differenziert sich nach Herkunft, Geschlecht, Erkrankung, Befähigung, Sprache, sexueller Identität usw. So bleibt zu hoffen, dass z. B. die vor einigen Jahren in Gang gesetzten Prozesse der „Interkulturellen Öffnung der Gesundheitsversorgung“ entscheidende Impulse zur einer differenzierten Forschung und Analyse von Gewalt in der Pflege geben können.

Alle Beteiligten in der Pflege können sowohl Täter/-innen als auch Opfer sein

Grundsätzlich gilt, dass alle Beteiligten in der Pflege sowohl Täter/-innen als auch Opfer sind bzw. sein können. D. h.

nicht ausschließlich Pflegenden üben Gewalt aus, sondern ebenso Pflegebedürftige verhalten sich aggressiv gegenüber Pflegekräften oder beschimpfen diese. Allerdings ist zu konstatieren, dass Pflegebedürftige sich in einer grundsätzlich verletzlichen Lebenslage befinden (s. o.) und sie im Vergleich zu Pflegekräften ungleich weniger Macht- und Einflussmöglichkeiten haben.

Um das Gewaltphänomen gegen alte Menschen in der Pflege darstellen zu können, ist die Anwendung der Gewaltdefinition nach Galtung (1993)¹³ hilfreich. Unter Gewalt versteht er „jedes Handeln, welches

potentiell realisierbare grundlegende menschliche Bedürfnisse durch direkte (personale) und/oder strukturelle und/oder kulturelle Determinanten beeinträchtigt, einschränkt oder deren Befriedigung verhindert.“ (Galtung 1993)

Er setzt die direkte, strukturelle und kulturelle Gewalt zu einem „Gewaltdreieck“ zusammen, wobei die Zeitperspektiven der Gewaltformen sehr verschieden sind. Die direkte Gewalt (z. B. Schlagen) ist eine aktuelle Handlung durch eine Person, die strukturelle Gewalt (z. B. unzureichender Pflegepersonalschlüssel) ein Prozess und die kulturelle Gewalt (z. B. Vorurteile gegen Alte) stellt eine Invariante, eine mehr oder weniger schwer veränderliche permanente Größe dar.

Triade der Gewalt gegen alte Menschen¹⁴

Gewalt gegen alte Menschen in der Pflege geschieht nie spontan oder zufällig. Sie unterliegt stattdessen mehrdimensionalen Entstehungsbedingungen und zeigt sich in unterschiedlichen Formen. Strukturelle Mängel korrespondieren mit einem kulturellen System von Werten und fördern in der Weise die Entwicklung und Ausübung von Gewalt.

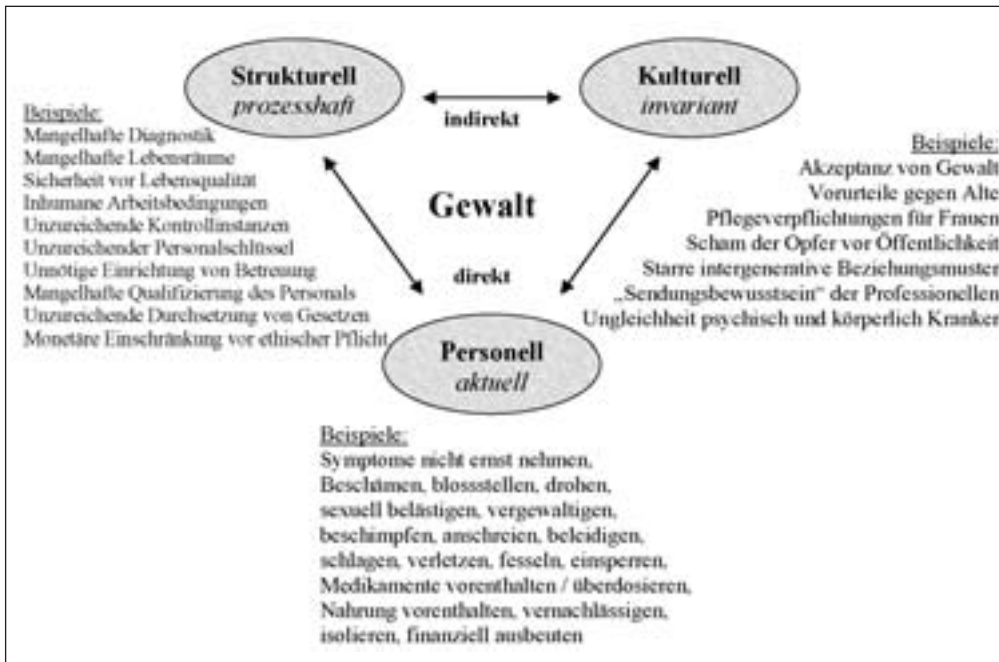
Die dargestellten strukturellen Beispiele tragen sicherlich in erheblichem Maße zu den Misständen in der Pflege bei und müssen angesichts der steigenden Zahl von Pflegebedürftigen mittel- und langfristig eine dauerhafte Verbesserung erfahren. Allerdings wird mit dem Verweis auf die schlechten Rahmenbedingungen auch häufig das eigene Fehlverhalten „entschuldigt“ und von der Selbstverantwortung entkoppelt. Viel wichtiger scheint meines Erachtens ein Aspekt zu sein, der in dem „Gewaltdreieck“ nicht explizit formuliert wird: die strukturelle und kulturelle Abwertung von Pflege Tätigkeit an sich in der Gesellschaft. In der Pflege, von jeher und nach wie vor weiblich konnotiert, arbeiten zu 90 % Frauen. Die Abwertung zeigt sich in der schlechten Bezahlung und in der fehlenden Lobby. Ein bundesweiter Streik ist mangels Organisation und fehlender Solidarität untereinander nicht zu erwarten. Und obwohl die Analysen einen enorm steigenden Pflegebedarf in der Gesell-

Die Abwertung der Pflege zeigt sich in der schlechten Bezahlung und in der fehlenden Lobby

schichte

12 Präambel der Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen, S. 7
 13 Johan Galtung (1993): Kulturelle Gewalt. In: Landeszentrale für politische Bildung BW (Hrsg.): Aggression und Gewalt. Stuttgart, S. 52-73

14 Die Abbildung und Beispiele sind entnommen aus: Rolf D. Hirsch (2005): Gewalt gegen alte Menschen – Ein Überblick zur Situation in Deutschland. Möglichkeiten zur Prävention und Intervention durch private Initiativen. Internetpublikation



hängig von fachlicher Kompetenz und guter, gesundheitlicher Versorgung und können die Pflegeeinrichtung in der Regel nicht dann verlassen, wenn sie es wollen.

Wunder (2006) merkt an, dass die gesellschaftliche Abwertung der Pflegetätigkeit zu einer Selbstabwertung bei den Pflegekräften führen kann und langfristig das eigene Gewissen betäubt.¹⁵ Hierin sieht er ein weiteres, mögliches Erklärungsmodell für die Entstehung von Gewalt. Demnach ergibt sich aus der belastenden Arbeitssituation eine Selbstabwertung („Ich mach hier die Drecksar-

schaft feststellen, müssen Klinik- und Heimleitung in Zeiten des Sparzwangs Stellen streichen oder auf ungelerntes Personal zurückgreifen. Dieser Widerspruch ist eklatant. Er löst sich auch nicht durch die Umwandlung der Pflegeeinrichtungen hin zu modernen, wirtschaftlichen Dienstleistungsunternehmen auf. Im Gegenteil: Diese Entwicklung halte ich für fatal, weil an die Stelle von Beziehungspflege die Entfremdung tritt und die Achtung der Menschenwürde vom Kosten-Nutzen-Faktor überlagert wird.

eine Selbstabwertung („Ich mach hier die Drecksar-

15 Michael Wunder (2006): Spannungsfelder in der Pflege – Betroffene, Angehörige, Pflegenden miteinander statt gegeneinander. Internetpublikation Vgl. auch den Beitrag von Katharina Göring (2004): Das zerbrochene Ideal. Über Gewalt in der Pflege. In: Dr.med Mabuse Nr. 149. Sie stellt die These auf, dass „Gewalt in der Pflege sehr viel mit der inneren Realität der Pflegenden, mit ihren Gefühlen und vor allem mit den Regressionen dieser Gefühle zu tun hat.“

Im Jargon des Pflegequalitätsmanagements wird auch nicht mehr von Patient/-innen oder Bewohner/-innen gesprochen, sondern von „Kunden“. Diese Bezeichnung ist letztlich falsch und verschleiert die Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse in den Pflegeeinrichtungen. Denn Kunden können frei entscheiden, ob und welches Produkt sie kaufen wollen. Patient/-innen hingegen sind unfreiwillig in den Pflegeeinrichtungen, sie befinden sich in einer verletzlichen Lebenssituation, sind ab-



So lange wie möglich auf den eigenen Beinen stehen können

© matchka/pixelio

Das Gerechtigkeitsgefühl wird verletzt, wenn die Arbeit nicht angemessen bezahlt, nicht wertgeschätzt, nicht positiv verstärkt und man letztlich allein gelassen wird

positiv verstärkt und man letztlich allein gelassen wird.

„Es folgt die Leugnung von Ohnmacht und Hilflosigkeit, die sich häufig darin äußert, dass Betroffene Supervision ablehnen oder die Öffnung gegenüber Kolleg/innen unterlassen, weil sie dies als persönliche Schwäche sehen.“ Dies birgt die Gefahr, „dass das eigene Gewissen betäubt wird, also eine Auflehnung gegen moralische Verpflichtungen stattfindet. (...) Es entsteht ein tiefes Ressentiment gegenüber Patient/innen (...) und dieses Ressentiment ist der Reflexion, der Kommunikation und der Kritik verschlossen.“ (Wunder 2006, S. 7)

Weder das Gewaltdreieck nach *Galtung* noch das skizzierte psychologische Erklärungsmodell können das Phänomen von Gewalt gegen Alte in der Pflege abschließend erklären. Weitere Untersuchungen durch die Pflegewissenschaften sind daher notwendig. Dennoch enthalten die Modelle wertvolle Anhaltspunkte und können somit für die politische Bildungsarbeit herangezogen werden.

Anknüpfungspunkte für die politische Bildung

Welche präventiven Maßnahmen müssen eingeleitet werden, um Vernachlässigung, Übergriffigkeit, Menschenrechtsverletzung und Diskriminierung in der Pflege zu verhindern? Und welchen Beitrag können Träger der politischen Bildung dazu leisten?

Durch meine Erfahrungen und Beobachtungen in der Seminararbeit mit Auszubildenden und Pflegekräften in Kliniken, Krankenhäusern und Heimen gelange ich zu folgendem Schluss: Je höher der wirtschaftliche Druck auf den Einrichtungen lastet, je größer die individuell erfahrenen Belastungen werden, umso mehr machen sich Frustration und Resignation bei den Pflegekräften breit, umso höher wird der Konkurrenzdruck untereinander, umso größer werden die Unstimmigkeiten in der Teamarbeit und umso weniger wird miteinander kommuniziert. Diese Entwicklungen begünstigen Diskriminierung, Gewalt und Menschenrechtsver-

beit“), die durch die eigene Scham, den Selbstbezug beantwortet wird: „Ich bin auch dreckig“.¹⁶ Ebenso wird das Gerechtigkeitsgefühl verletzt, wenn die Arbeit nicht angemessen bezahlt, nicht wertgeschätzt, nicht positiv verstärkt und man letztlich allein gelassen wird.

letzungen in der Pflege. Zu deren Verhinderung und Prävention halte ich politische Bildungsarbeit mit Pflegekräften für sinnvoll und auch notwendig. Denn das umfangreiche Wissen, die Erfahrungen und die Kompetenzen politischer Bildner/-innen können dabei wertvolle Hilfe leisten.

Politische Bildungsarbeit mit Pflegekräften umfasst in diesem Zusammenhang folgende Angebote:

- **Konstruktives Konflikttraining:** Hierzu zählt die Reflexion der strukturellen und kulturellen Rahmenbedingungen im Stationsalltag, die Aggressionspotenziale bei Patient/-innen und Pflegekräften fördern. Hinzu kommt das Erlernen konstruktiver Konfliktlösungsstrategien wie z. B. die Gewaltfreie Kommunikation, um die Kommunikation im Team, mit Vorgesetzten und mit Patient/-innen zu verbessern. Die Reflexion des eigenen Verhaltens in Krisensituationen, die Reflexion von Gewalt(formen) in Zusammenhang mit Gender, die Erarbeitung von Entlastungs- und Unterstützungsstrategien und die Diskussion um Selbstverantwortung, Selbstbestimmung der Patient/-innen/Bewohner/-innen und Auftragspflicht gegenüber Vorgesetzten wären weitere wichtige Punkte.
- **Qualitätsmanagement auf der Basis von Menschenrechten:** Die Nutzung der „Charta für hilfe- und pflegebedürftige Menschen“ ist hierbei zu befürworten. Dies schließt die Kenntnisse über die Rechte von Patient/-innen und die Diskussion um die Einhaltung von Menschenrechten in der Pflege ein. Es sind Maßnahmen zu erarbeiten, die zur Umsetzung und Einhaltung der Rechte beitragen. Ebenso sollten Strategien verabredet werden, die bei Missachtung der Standards greifen.
- **Anti-Diskriminierungstraining:** Für sinnvoll halte ich die Anwendung des Anti-Bias-Ansatzes.¹⁷ „Bias“ bedeutet übersetzt Voreingenommenheit oder Einseitigkeit. Der Ansatz analysiert Dominanz- und Diskriminierungsmechanismen auf zwischenmenschlicher, institutioneller und kultureller/gesellschaftlicher Ebene und macht die individuelle Verstrickung als Privilegierte und Unterdrückte darin deutlich. Ziel des Ansatzes ist es, Wege für diskriminierungsfreies Handeln aufzuzeigen. Bezogen auf die Situation in der

17 Zur Herkunft und Einführung in den Ansatz: INKOTA-Netzwerk e. V. (Hrsg.) (2002): Vom Süden lernen. Erfahrungen mit einem Antidiskriminierungsprojekt und Anti-Bias-Arbeit. Die HVHS Alte Molkerei Frille bietet regelmäßig Einführungsseminare und mehrreihige Fortbildungen zum Anti-Bias-Ansatz an.

16 Ebd. S. 7.

Pflege gelingt es mit dem Ansatz, Vorurteile und Diskriminierungen gegenüber marginalisierten Gruppen in der Pflege und auch unter den Mitarbeitenden wie z. B. bei Pflegekräften mit Migrationshintergrund zu reflektieren und abzubauen. Ebenso können mit Anti-Bias diskriminierende Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte thematisiert und Impulse für eine Solidarisierung und Vernetzung untereinander gegeben werden.



Politische Altenbildung kann alte Menschen darin unterstützen, ihre Rechte einzufordern

Politische Altenbildung

Die politische Bildung müsste auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung um eine Politische Altenbildung erweitert werden

Um präventiv gegen Diskriminierung, Menschenrechtsverletzung und Gewalt in der Pflege zu wirken, müssten diejenigen angesprochen werden, die zukünftig Hilfe

und Pflege in Anspruch nehmen. Die politische Bildung müsste deshalb und auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung um eine Politische Altenbildung erweitert werden. Eine politische Altenbildung kann den Adressat/-innen in den Seminaren Kenntnisse über die sozialen Menschenrechte hilfe- und pflegebedürftiger Personen vermitteln. Sie kann alte Menschen darin unterstützen, diese Rechte einzufordern oder ggf. auf noch zu bildende Hilfe- und Unterstützungsstrukturen zurückzugreifen. Auch die Sensibilisierung für Diskriminierungsmechanismen, Formen der Gewalt und für das eigene Aggressionsverhalten ist sinnvoll.

Eine Politische Altenbildung kann über solche, noch zu realisierenden Angebote das Subjekt- und Rechtsbewusstsein der Betroffenen stärken und die Chancen auf Selbstbestimmung und Wahrung der Menschenwürde in verletzlichen Lebenssituationen erheblich verbessern.



Fenna Paproth ist Diplom-Pädagogin und Mitglied im Leitungsteam der HVHS Alte Molkerei Frille. Ihre Schwerpunkte sind u. a. Politische Bildungsarbeit mit Auszubildenden und Pflegekräften aus dem Gesundheits-, Kranken- und Altenpflegebereich. Sie ist Mitbegründerin des Instituts für Begleitung und Kommunikation in der Pflege: www.institut-vives.de.

Adresse: HVHS Alte Molkerei Frille, Mitteldorf 1, 32469 Petershagen.

E-Mail: paproth@hvhs-frille.de

Kinderhospizarbeit: Begleitung auf dem Lebensweg

Edith Droste

Edith Droste berichtet über die Entstehung der Hospizbewegung in Deutschland, hier speziell über die Kinderhospizbewegung. Ihr Beitrag gibt Einblick in die Prämissen dieser Arbeit, in der sich unmittelbar Betroffene und Ehrenamtliche gemeinsam mit professionellen Helfern engagieren. Betont wird der Grundsatz, nicht von den Defiziten der begleiteten Kinder auszugehen, sondern an ihren Ressourcen anzusetzen. Ziel dieser Arbeit ist aber nicht nur die Unterstützung der Kinder und ihrer Familien, sondern auch ein bewusster Umgang mit Leid und Sterben in der Gesellschaft.

Wurzeln der Kinderhospizarbeit in Deutschland: Die Ausgangslage

In Deutschland leben ca. 22.600 Kinder mit einer zum Tod in der Kindheit oder frühen Jugend führenden Erkrankung. Jährlich sterben mehr als 1500 von ihnen an unheilbaren Krankheiten, davon ca. 520 an den Folgen von Krebs. Um den Bedürfnissen und der Lebenslage der erkrankten Kinder und ihrer Familien Rechnung zu tragen, war die Schaffung eines über die existierende pflegerische und medizinische Versorgung hinausgehenden Angebotes des Lebensbeistands und der Sterbebegleitung von existenzieller Bedeutung.

Deshalb machten sich Anfang der 90er Jahre Eltern lebensverkürzend erkrankter Kinder auf die Suche nach Möglichkeiten der Entlastung, Begleitung und Unterstützung für sich selbst, die erkrankten Kinder und deren Geschwister. Sie suchten Menschen, die sich an ihre

Anfang der 90er Jahre machten Eltern lebensverkürzend erkrankter Kinder sich auf die Suche nach Möglichkeiten der Entlastung, Begleitung und Unterstützung

Seite stellen, sie ernst nehmen, ihnen nichts überstülpen würden. Ein Vater der Gründergeneration erinnert sich: „Am Anfang stand eine Handvoll betroffener Familien, verbunden durch das gemeinsame Schicksal einer

schwerwiegenden medizinischen Diagnose für eines oder mehrerer ihrer Kinder, d. h. Familien, die nach langen Monaten quälender Ungewissheit über die Krankheit ihres Kindes sich urplötzlich konfrontiert sahen mit einer völlig unbegreiflichen und hoffnungslosen Diagnose: unheilbare Krankheit, extrem eingeschränkte Lebenserwartung. Es waren Menschen, die aus eigener Erfahrung die Sorgen und Nöte kannten, die sich notgedrungenermaßen aus einer solchen Situation ergaben, nicht nur wegen der kranken Kinder, sondern auch wegen der unvermeidbaren Belastungen für die gesunden Ge-

schwister und für das Leben der Familie insgesamt“.¹

Inspiziert und ermutigt durch Besuche im weltweit ersten Kinderhospiz Helen House in Oxford/Großbritannien, das im Jahr 1982 eröffnet worden war, kristallisierte sich das Ziel heraus, in Deutschland ein Kinderhospiz nach englischem Vorbild zu errichten. Das Kinderhospiz, im Wortsinne verstanden als Herberge, sollte dabei nicht nur ein Ort für die letzte Lebensphase sein. Vielmehr ging es darum, für die Betroffenen ein ihrer Situation entsprechendes zweites Zuhause zu schaffen und den erkrankten Kindern und ihren Familien Begleitung auf ihrem extrem anstrengenden Lebensweg ab der Diagnose anzubieten. Zur Umsetzung dieses Ziels wurde der Deutsche Kinderhospizverein gegründet. Es folgte im Jahr 1998 die Eröffnung des deutschlandweit ersten Kinderhospizes Balthasar in Olpe in Kooperation mit der gemeinnützigen Gesellschaft der Franziskanerinnen zu Olpe (GFO).

Kinderhospizarbeit heute

Seitdem hat die Kinderhospizarbeit in Deutschland Gestalt angenommen und sich etabliert – getragen von einer Bewegung betroffener, engagierter und qualifizierter Menschen. Der Bedarf ist unbestritten, die öffentliche Resonanz und politisches Wohlwollen sind vorhanden. Wie in der allgemeinen Hospizarbeit haben sich auch in der Kinderhospizarbeit zwei einander ergänzende Arbeitsfelder entwickelt: Ambulante Kinderhospizdienste, die betroffene Familien in der Bewältigung des häuslichen Alltags vor Ort unterstützen und begleiten, sowie stationäre Kinderhospize als Rückzugsorte aus einem extrem belasteten Alltag.

Einige Grundsätze

Die gemeinsame Wurzel mit der britischen Kinderhospizbewegung spiegelt sich auch in den Grundsätzen der Kinderhospizarbeit wider, die in Anlehnung an die Definition des englischen Dachverbandes ACT (Association for children with Life-Threatening or Terminal Conditions and their family) formuliert wurden:

- Kinderhospizarbeit betrachtet das gesamte Familiengefüge als untrennbare Einheit. Sie unterstützt damit ausdrücklich auch Eltern und Geschwister.

¹ Richard Volk, Rede anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Kinderhospizes Balthasar, Unveröffentlichtes Manuskript. Olpe 2003

- Die Begleitung der betroffenen Familien beginnt ab dem Zeitpunkt der Diagnose einer lebensverkürzenden Erkrankung und geht über den Tod des Kindes hinaus.
- Grundlegender Auftrag der Kinderhospizarbeit ist die Förderung der Lebensqualität der gesamten Familie, ausgehend von deren Bedürfnissen und Interessen.
- Kinderhospizarbeit sieht Eltern als Fachleute ihrer Kinder. Gemeinsam mit Hauptamtlichen arbeiten sie zum Wohl des Kindes partnerschaftlich zusammen und ergänzen sich mit ihren jeweiligen Kompetenzen.

Stationäre Kinderhospize: Orte der Geborgenheit

Mittlerweile gibt es sieben stationäre Kinderhospize in Deutschland: das Kinderhospiz Allgäu in Bad Grönenbach (bei Memmingen/Allgäu), Balthasar in Olpe (Sauerland), Bärenherz in Wiesbaden, Löwenherz in Syke (bei Bremen), Regenbogenland in Düsseldorf, Sonnenhof in Berlin, Sternenbrücke in Hamburg. Sie eröffnen für mehrere Wochen im Jahr Frei- und Erholungsräume für die ganze Familie. In Krisensituationen, insbesondere in der finalen Lebensphase, bieten sie Sterbe- und Trauerbegleitung sowie palliativmedizinische Versorgung.

Im Zentrum der Arbeit stehen die erkrankten Kinder

phäre, in der Obhut pädagogisch und medizinisch geschulter Mitarbeitender, können sie sich entspannen und wohlfühlen. Pflege und Betreuung orientieren sich an den aktuellen Fähigkeiten und individuellen Bedürfnissen. Geschwister mit ihren Erfahrungen, Wünschen und Bedürfnissen ernst zu nehmen und ihnen altersgemäße Angebote für Austausch, Begegnung und Ermutigung zu machen, ist integraler Bestandteil der Arbeit im stationären Kinderhospiz. Die Eltern können, sofern sie dies möchten, die Pflege der erkrankten Kinder abgeben. Wenn

Im Zentrum der Arbeit stehen die erkrankten Kinder. In geborgener, kindgerechter Atmos-

sie plötzlich Zeit haben, über ihre Situation nachzudenken und nachzuspüren, was in ihrem Innersten geschieht, gelangen sie oft in intensive Verarbeitungsprozesse: „Da wird ihnen manchmal bewusst, wie tiefgreifend sich ihr Leben durch die Erkrankung des Kindes verändert hat. Es tauchen Fragen auf hinsichtlich des bevorstehenden Abschieds von ihrem Kind. Hier begleiten wir einfühlsam und bieten uns als Gesprächspartner an.“² Die Mitarbeiter im stationären Kinderhospiz können den Betroffenen nicht die Trauer und den Schmerz über das (bevorstehende) Sterben ihres Kindes abnehmen. Aber sie können da sein, mit aushalten und mit tragen.

Ambulante Kinderhospizdienste: Begleitung im Alltag

Während der Bedarf an stationären Kinderhospizen als gedeckt betrachtet werden kann, ist die Versorgung im ambulanten Bereich bisher unzureichend. Seit 2004 widmet sich der *Deutsche Kinderhospizverein*, dem Wunsch betroffener Eltern folgend, daher dem bundesweiten Aufbau ambu-

2 Gaby Letzing, Wir sind da und tragen mit...wie kann das gelingen? Arbeit in einem stationären Kinderhospiz. In: *Deutscher Kinderhospizverein* (Hrsg.): Begleitung auf dem Lebensweg. Dokumentation der 1. Deutschen Kinderhospiztage 2005. Schriftenreihe des Deutschen Kinderhospizvereins, Band 1, Wuppertal.



© Deutscher Kinderhospizverein e. V.

Tim im Workshop für erkrankte Kinder mit ehrenamtlicher Begleiterin

Gerade die kontinuierliche wohnortnahe Unterstützung und Entlastung der Familien ist wichtig in einem Alltag, der gekennzeichnet ist durch aufwändige Pflege und Rund-um-die-Uhr-Betreuung

lanter Kinderhospizdienste. Unter der Leitung hauptamtlicher Koordinatoren bzw. Koordinatorinnen werden Ziele wie Familienbegleitung, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt. Aktuell existieren in Deutschland ca. 53 ambulante Kinderhospizdienste, 15 davon in Trägerschaft des Deutschen Kinderhospizvereins. Gerade die kontinuierliche wohnortnahe Unterstützung und Entlastung der Familien ist wichtig in einem Alltag, der gekennzeichnet ist durch aufwändige Pflege und Rund-um-die-Uhr-Betreuung, dies oft über Jahre hinweg.

Die Begleitung der Familien erfolgt durch Ehrenamtliche, die in einem umfassenden Befähigungskurs auf ihre Arbeit vorbereitet werden. Ihr Einsatz beginnt im Idealfall ab dem Zeitpunkt der Diagnose und kann sich – im Gegensatz zur Hospizbegleitung Erwachsener – über einen langen Zeitraum erstrecken. Begleiter binden sich für eine lange Zeit. Dies bringt nicht nur die Notwendigkeit einer hohen Verbindlichkeit mit sich, sondern auch einen wachsenden, oft sehr engen Kontakt mit den Familien. In gewisser Weise werden Begleiter für eine bestimmte Zeit Teil des Familiensystems.

Finanzierung

Seit Januar 2002 regelt § 39a Abs. 2 des Sozialgesetzbuches (SGB) die Finanzierung der ambulanten Kinderhospizarbeit. Ambulante Dienste sind Bestandteil dieser gesetzlichen Regelung, insofern sie die Regelungen dieser Rahmenvereinbarung erfüllen. Zu einem wesentlichen Teil müssen sie sich über Fördervereine, gemeinnützige Träger und Spenden finanzieren. Auch die Arbeit stationärer Kinderhospize kann nach § 39a SGB abgerechnet werden. Hierzu müssen die stationären Kinderhospize auf Länderebene Verträge mit den Krankenkassen schließen, die alle unterschiedliche Tagessätze gewähren. Es bleibt – bezogen auf den Aufenthalt der erkrankten Kinder – ein von den Eltern zu finanzierender Eigenanteil von 10 %. In der Praxis scheitert kein Aufenthalt an diesen Kosten. Sie werden im Zweifelsfall, ebenso wie die für den Aufenthalt von Eltern und Geschwistern im Kinderhospiz, über Spenden finanziert.

Die Deutsche Kinderhospizakademie

Im Mai 2005 gründete der *Deutsche Kinderhospizverein* die *Deutsche Kinderhospizakademie* mit einem Angebot von inzwischen jährlich 40 Veranstaltungen. Sie entstehen aus den Bedürfnissen und dem Erfahrungswissen der betroffenen Familien

heraus, die in die inhaltliche Planung intensiv eingebunden sind. Die Akademie möchte einen Beitrag dazu leisten, die Grundlagen der Kinderhospizarbeit in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, Berührungsängste gegenüber dem Thema Kind, Krankheit und Tod abzubauen und einen informierten, solidarischen Umgang der Gesellschaft mit den Betroffenen zu fördern.

Mütter und Väter lebensverkürzend erkrankter und/oder gestorbenen Kinder sind eingeladen, auf eigene Lebensthemen zu schauen, der Trauer ei-



Lebensverkürzend erkrankte Kinder und ihre Geschwister eröffnen mit ihrem Bild die Deutsche Kinderhospizakademie

Die Kinderhospizakademie verzichtet bewusst auf ein eigenes Tagungshaus, um ihre Angebote wohnortnah anbieten zu können

nen Raum zu geben und in Kontakt mit eigenen Kraftquellen zu gelangen. Ehren- und hauptamtlich in der Kinderhospizarbeit Engagierte und Mitarbeitende angrenzender Berufsbereiche erhalten Einblicke in die Entwicklungsgeschichte und Grundsätze der Kinderhospizarbeit. Workshops und Freizeiten bieten erkrankten Kindern Räume zur Entfaltung ihrer kreativen Potenziale. Deren Brüder und Schwestern erhalten Gelegenheit, Sorgen und Nöte, Träume und Wünsche auszutauschen und Stärkung auf dem eigenen Lebensweg zu erfahren.

Die Kinderhospizakademie verzichtet bewusst auf ein eigenes Tagungshaus, um ihre Angebote wohnortnah anbieten zu können. Sie arbeitet bundesweit und kooperiert mit unterschiedlichen Tagungshäusern, Bildungsträgern und Selbsthilfegruppen.

Begleitung auf dem Lebensweg der Familie

Die Diagnose „Ihr Kind ist unheilbar krank und hat eine sehr eingeschränkte Lebenserwartung“ stellt für Eltern eine tiefe, kaum zu überbietende Erschütterung dar. Mühsam und schrittweise müssen sie Abschied nehmen von ihrer bisherigen Lebensplanung, von ihrer Zukunftsvorstellung eines ganz normalen Lebens als ganz normale Familie. Schritt für Schritt müssen sie realisieren, dass es keine ursächlich wirkende Therapie und damit keine Chance auf Heilung gibt. Damit einher gehen Verzweiflung und Wut, Verdrängung und Ohnmacht, Hoffnung und Resignation. Der Lebensalltag muss umgestellt werden, der Pflegeaufwand steigt. Die Eltern trauern mit den kranken Kindern um den Verlust von Fähigkeiten wie Sprechen, Laufen, Essen und suchen nach Wegen zur Linderung von Schmerzen. Sie sind oft über Jahre hinweg in einer



© Deutscher Kinderhospizverein e. V.

Julian mit seiner Schwester Anne bei der musikalischen Eröffnung des 2. Deutschen Kinderhospizforums

extremen seelischen und körperlichen Belastungssituation bis hin zur völligen Erschöpfung.

Kinder, die wir in der Kinderhospizarbeit begleiten, leben unter extrem anstrengenden Bedingungen

Kinder, die wir in der Kinderhospizarbeit begleiten, leben unter extrem anstrengenden Bedingungen. Chronische oder plötzlich auftretende Krankheiten bestimmen ihr Leben. Sie befinden sich am Beginn einer zum frühen Tod führenden Erkrankung oder im weit fortgeschrittenen Krankheitsstadium. Sie sind extrem bewegungsaktiv oder sie leben mit großen Einschränkungen der Bewegungsfähigkeit – im Rollstuhl oder im Pflegebett. Einige sind dauer- oder teilbeatmet, erblinden oder werden per Sonde ernährt. Viele von ihnen haben die Fähigkeit zu sprechen verloren – oft können sie körpersprachlich auch nur noch sehr eingeschränkt kommunizieren. Je weniger die Kinder ohne Unterstützung ihren Alltag meistern können, desto existenzieller benötigen sie Menschen an ihrer Seite, auf die sie sich absolut verlassen können. Hier können sie keine Kompromisse machen. Wenn ich nicht laufen kann, müssen andere mich fortbewegen – dazwischen gibt es nichts. Gleichzeitig erleben sie aus der Kinderperspektive die Welt mit vielem, was diese – jenseits von krankheitsbedingten Beeinträchtigungen – an Interessantem und Schönem zu bieten hat. So wie gesunde Kinder auch. Meist haben sie irgendwie gelernt, ihre Einschränkungen als ihre Lebensbedingungen

anzunehmen, sich damit zu arrangieren, sich in ihrem Ja zum Leben nicht unterkriegen zu lassen.

Weder die Eltern noch die Geschwister noch die erkrankten Kinder wollen auf das Schwere in ihrem Leben reduziert werden. Eine Mutter sagte kürzlich: „Ich will nicht, dass jemand mein Leben mit meinen kranken Kindern als einzige seelische und körperliche Belastung hinstellt. Wir haben uns lieb und leben zusammen das Leben, das uns gegeben ist. Manchmal ist es schwer, manchmal auch nicht. Manchmal sind wir traurig und weinen, manchmal sind wir wütend und schimpfen, manchmal sind wir fröhlich und lachen, so wie andere Menschen auch.“³

Kinderhospizarbeit: Hilfe zur Selbsthilfe

Im Umgang mit existenziellen Fragen und Krisensituationen des menschlichen Lebens – hierzu gehören Krankheit, Tod und Sterben – hat infolge der gesellschaftlichen Entwicklung in vielen Bereichen eine Delegation an Experten und Expertensysteme stattgefunden: Ärzte und Therapeuten, Krankenhäuser und Bestatter bieten spezialisierte, arbeits-

³ Zitiert nach *Günter Tessmer*: Die Kinderhospizbewegung in Deutschland: Kinder und Eltern, Haupt- und Ehrenamtliche bringen die gemeinsame Sache voran. In: Deutscher Kinderhospizverein, Begleitung auf dem Lebensweg, a. a. O.

teilige, hochprofessionelle Hilfe für die unterschiedlichsten Lebenslagen an. Wo demgegenüber individuelle Ressourcen und Kompetenzen in den Hintergrund traten, setzte die in den späten 70er Jahren in Deutschland entstehende Selbsthilfebewegung an. Sie brachte Selbsthilfegruppen zu tödlich verlaufenden Krankheiten von Kindern ebenso wie die Hospizbewegung hervor.

Diese waren die Antwort auf eine Entwicklung, in deren Verlauf das Sterben und die Sterbenden immer weiter an den Rand gedrängt worden waren.

Hauptziel der Hospizbewegung ist es bis heute, Tod und Sterben als elementaren Bestandteil des Lebens wieder ins öffentliche Bewusstsein zu rufen

Hauptziel der Hospizbewegung ist es bis heute, Tod und Sterben als elementaren Bestandteil des Lebens wieder ins öffentliche Bewusstsein zu rufen, in der Mitte der Gesellschaft zu verankern und jedem Einzelnen – ausgehend von seinen Bedürfnissen – ein Leben und Sterben in Würde zu ermöglichen. Stationäre (Kinder)hospizdienste und ambulante (Kinder)hospizdienste sind in diesem Zusammenhang keine Inseln, sondern Bestandteil einer bejahenden Kultur im Umgang mit Tod und Sterben.

Die Tatsache, dass Menschen aus eigener Kraft, Lebensklugheit und praktischer Intelligenz heraus, im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe, ihre Belan-

ge selbst in die Hand nehmen, motiviert und trägt auch die Kinderhospizbewegung. Eltern lebensverkürzend erkrankter Kinder haben ein breites Erfahrungswissen und viele alltagspraktische, medizinisch-pflegerische und psychosoziale Kompetenzen darüber erworben, welche Form der Begleitung und Unterstützung auf ihrem extrem anstrengenden Lebensweg für sie selbst und die Kinder hilfreich ist. Mitarbeitenden im medizinischen, schulischen und sozialen Bereich geben sie wertvolle Hinweise, wie ihre Kinder Zufriedenheit, Unwohlsein, Schmerzen



© Deutscher Kinderhospizverein e. V.

Gedenken an gestorbene Kinder, für die im Silvesterseminar Lichter entzündet wurden

zum Ausdruck bringen, was für die Kinder hilfreich und wohltuend ist. Sie schärfen unsere Wahrnehmung dafür, wie die Kinder oft durch ganz feine Reaktionen – einen Blick oder Nuancen in der Mimik – ihre Befindlichkeit signalisieren, wie wir ein entspanntes Lachen von einem Angstlachen unterscheiden können, welche Maßnahmen sich bei Krankheitsschüben oder welche Medikamente sich bei Schmerzen bewährt haben. Je fragiler, je pflegeintensiver, je eingeschränkter die Kinder sind, umso mehr fühlen sich die Eltern für deren Wohl verantwortlich.

Ehrenamtlichkeit und bürgerschaftliches Engagement

Die Aktivitäten der (Kinder)hospizbewegung basieren zu großen Teilen auf bürgerschaftlichem Engagement. Allein im *Deutschen Kinderhospizverein* sind es 400 Ehrenamtliche, die unterschiedlichste Fähigkeiten und Ressourcen in die Kinderhospizarbeit einbringen. In einem 80 Stunden umfassenden Befähigungskurs werden sie auf ihren Einsatz in den Familien oder in anderen Tätigkeitsfeldern vorbereitet. Die Vermittlung von Informationen über Grundlagen der Kinderhospizarbeit, über Krankheitsbilder und kindliche Todesvorstellungen geht Hand in Hand mit der Annäherung an eigenes Erleben im Zusammenhang mit Tod und Sterben in Form von Biografiearbeit und Selbsterfahrung.

Im Rollenspiel können sich die Teilnehmenden an den Lebensalltag der gehandicapten Kinder annähern: „Begeben Sie sich in die Rolle eines schwer mehrfach behinderten Kindes. Ihre Kommunikationsmöglichkeiten sind extrem eingeschränkt. Die Augen werden Ihnen verbunden. Nun werden Sie von einer fremden Person gefüttert, aber Ihnen wird nicht gesagt, was Sie da essen sollen. Anschließend werden Ihnen die Zähne geputzt. Ein Stein im Schuh verursacht starke Schmerzen, aber niemand versteht Ihre Signale, deutet die Schmerzursache zutreffend.“ Solche Erfahrungen, die nur eine Ahnung davon vermitteln, wie die erkrankten Kinder empfinden mögen, lassen Ehrenamtliche mit einer veränderten Haltung in deren Begleitung gehen. Sie untermauern den für unsere Arbeit wichtigen Satz: In ihren Schuhen stehen, mit ihren Augen sehen. Daraus lässt sich die in der Kinderhospizarbeit zentrale Haltung ableiten: Indem ich mit meiner Aufmerksamkeit so dicht und ungeteilt wie möglich beim Kind verweile und ihm assistierend, liebevoll und wertschätzend zur Seite stehe, ermögliche ich ihm die Teilhabe an der Fülle der Welt im Rahmen seiner Möglichkeiten.



Jessica mit ehrenamtlicher Begleiterin im Familienseminar

Die Aufmerksamkeit anderen gegenüber hat einen Gegenpol: den der Selbstsorge. Diese beinhaltet das Wahrnehmen eigener Grenzen und Fehlerfreundlichkeit sich selbst gegenüber. Begleiter müssen sich darauf verlassen können, in enger Anbindung an die Koordinatorin bzw. den Koordinatoren und in regelmäßig stattfindenden Praxisbegleitungen Raum für Austausch und Begegnung zu finden.

Hauptamtliche in der Kinderhospizarbeit

Die Begleitung lebensverkürzend erkrankter Kinder – und ihrer Familien bis über den Tod hinaus – ist auch für hauptamtlich Tätige häufig nicht nur eine berufliche, sondern ebenso eine menschliche Herausforderung. In der (Kinder)hospizarbeit verdichtet sich immer wieder die Erfahrung, dass traditionelle Berufsrollen und -inhalte – als Wissensvermittler, Helfer, Therapeut, Seelsorger – nur bedingt greifen oder gesprengt werden. Das Nicht-Ausweichen vor einer ehrlichen Antwort, das Aushalten des Nichts-Tun-Könnens im Sinne von grundlegender Veränderung, das Stehenlassen von Hoffnungslosigkeit, ohne gleich mit gut gemeinten Worten zu trösten oder Patentrezepte anzubieten, verlangt auch Hauptamtlichen viel ab: Mitgefühl, Mitmenschlichkeit und Wahrhaftigkeit sind oft stärker gefordert als spezialisierte berufliche Fähigkeiten wie beispielsweise therapeutische oder aus Kommunikationsmodellen abgeleitete Herangehensweisen. Wenn Hauptamtliche – ausgehend von dem Paradigma der Selbsthilfe und der Hospizarbeit – Menschen einen verlässlichen Rahmen anbieten, damit

sie im Reden und Teilen von Erfahrungen Resonanz auf ihre Gefühle, Trost und Ermutigung erfahren, können sich erweiterte Zugänge zu den geschilderten beruflichen Herausforderungen auftun.

Perspektivwechsel: Von den Defiziten zu den Ressourcen

Eine zentrale Grundhaltung in der Kinderhospizarbeit ist die bewusste Abkehr von einem – in Medizin und Pädagogik noch oft verbreiteten Blickwinkel, der die Handicaps in den Mittelpunkt stellt – hin zum Ressourcenblickwinkel. Noch zu oft werden Betroffene – beispielsweise in der Medienberichterstattung – auf Krankheit und Leiden reduziert. Sie werden zu Objekten unserer Fürsorge und unseres Mitleids, statt als Subjekte und Gestalter ihres Lebens anerkannt zu werden. Kinderhospizarbeit stellt demgegenüber die Kraft aller Beteiligten, das Leben auf ihre Weise zu meistern, in

Kinderhospizarbeit stellt die Kraft aller Beteiligten, das Leben auf ihre Weise zu meistern, in den Vordergrund

den Vordergrund. Mit allem, was dazu gehört: Lachen und Weinen, Wut und Trauer, Normalität und Ausnahmesituationen.

Aus dieser Perspektive wird der Kern des Auftrags deutlich: Kinderhospizarbeit zu tun, ist dann nichts Bewundernswertes, gar Heldenhaftes und auch keine Tätigkeit, die besonders verschleißend wäre.

Sondern klar umgrenzte Auftragsarbeit im Dienste der Kinder und ihrer Familien, getragen von Mitmenschlichkeit, Respekt und Mitgefühl.

Die darauf basierende Haltung ermöglicht ein gleichwertiges Miteinander in der Begleitung der Kinder durch uns. Die Kinder und ihre Begleiter begegnen sich. Jeder bringt seine Lebenserfahrung, seine Individualität und seine Ressourcen ein auf der Suche nach sich selbst und dem Wesentlichen, nach der Intensität des Augenblicks und der Fülle der Begegnung.

Ein informierter und solidarischer Umgang der Gesellschaft, jenseits von Mitleid mit den Betroffenen und jenseits von Bewunderung für die ehren- und hauptamtlichen Begleiter, ist sicher die wirksamste Form der Stärkung für die Akteure in der Kinderhospizarbeit und für die Kinderhospizbewegung insgesamt.



Edith Droste, Diplompolitologin und Trauerbegleiterin, ist nach 20jähriger Tätigkeit als Hauptamtliche Pädagogische Mitarbeiterin in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung seit vier Jahren Leiterin der Deutschen Kinderhospizakademie beim Deutschen Kinderhospizverein.

Adresse: Bruchstr. 10, 57462 Olpe

E-Mail: edith.droste@deutscher-kinderhospizverein.de

Gesundheitsförderung für benachteiligte Jugendliche – aber wie?

Gabriele Körner

Das Thema Gesundheitsförderung gewinnt in der pädagogischen Arbeit zunehmend an Bedeutung. Gesundheitsprogramme sollten einen Beitrag zur Herstellung von gesundheitlicher Chancengleichheit leisten. Nach einer Klärung grundlegender Begriffe und Handlungsansätze befasst sich der Artikel mit der Frage, wie dieses Ziel für sozial benachteiligte Jugendliche erreicht werden kann. Im Anschluss wird exemplarisch das Gesundheitsprogramm BodyGuard des Internationalen Bundes vorgestellt.

Einleitung

Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist momentan ein Thema mit hoher Präsenz in den Medien: deutsche Kinder werden immer dicker, Jugend sucht immer früher den Rausch, ein Fünftel der 11 – 17-Jährigen raucht bereits, so oder ähnlich lauten die Schlagzeilen.

Wer in Deutschland durch Armut benachteiligt ist, hat ein weit höheres Risiko zu erkranken und eine bis zu zehn Jahre geringere Lebenserwartung

Wer in Deutschland durch Armut benachteiligt ist, hat ein weit höheres Risiko zu erkranken und eine bis zu zehn Jahre geringere Lebenserwartung als Menschen, die sozial besser

gestellt sind.¹ Auch Kinder und Jugendliche aus armen Familien sind in besonderer Weise von gesundheitlicher Ungleichheit betroffen.² Als Ursachen nennt der Gesundheitsbericht des *Bundesgesundheitsministeriums* schlechtere Wohnverhältnisse, aber auch das problematischere Gesundheitsverhalten dieser Bevölkerungsgruppe: sie raucht mehr, leidet häufiger unter Übergewicht und bewegt sich nicht ausreichend.³ Besonders alarmierend ist aber die folgende Aussage: „Das soziale Gefälle bei der Erkrankungshäufigkeit und den Sterberaten nimmt eher zu als ab.“⁴

Eine sozillagenbezogene Prävention und Gesundheitsförderung in Kindheit und Jugendalter ist eminent wichtig. Das Thema drängt daher auf die

politische Tagesordnung. Der Auf- und Ausbau von Vernetzungsstrukturen wird vorangetrieben, damit Sozial- und Gesundheitsbereich künftig stärker zusammenarbeiten. Dadurch soll sichergestellt werden, dass sozial Benachteiligte gesundheitlich nicht noch weiter abgehängt werden. Es wird an einem nationalen Aktionsplan für mehr Bewegung und bessere Ernährung gearbeitet. Mit dem Präventionsgesetz, das voraussichtlich 2008 verabschiedet wird, werden die gesamte gesundheitliche Prävention und ihre Finanzierung neu geordnet.

In der Sozial- und Bildungsarbeit nimmt das Thema Gesundheit an Bedeutung zu

Auch in der Sozial- und Bildungsarbeit nimmt das Thema Gesundheit an Bedeutung zu. Die zahlreichen Gesundheits-

kurse von Bildungseinrichtungen, kommerziellen Anbietern und Krankenkassen besuchen aber meist nur Personen, die bereits über ein gutes Gesundheitswissen verfügen. Die Gruppe der sozial Benachteiligten wird kaum erreicht. Meist setzen diese Bildungs- und Kursangebote am individuellen Gesundheitsverhalten an. Gesundheitsförderung ist aber mehr und meint sowohl die Stärkung der Eigenverantwortung als auch die Gestaltung gesunder Lebenswelten. Diesem ganzheitlichen Ansatz, wegweisend 1986 in der Ottawa-Charta der WHO formuliert, hat sich beispielsweise der *Deutsche Volkshochschulverband* schon früh angeschlossen. Entsprechend wird die Aufgabe der Gesundheitsbildung in der Erweiterung und Verbesserung der „Handlungschancen von Menschen und ihre(r) Selbst- und Mitbestimmungschancen in gesundheitlichen Belangen“⁵ gesehen. Die Frage ist nun aber, wie dieser Anspruch in der Bildungspraxis eingelöst werden kann.



Das Logo für ein Präventionsprojekt des IB
©Internationaler Bund

Prävention und Gesundheitsförderung: Begriffsklärungen und Handlungsansätze

Zur Standortbestimmung einer gesundheitsbezogenen Bildungs- und Sozialarbeit ist es notwendig,

⁵ *Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): „Leitbegriffe der Gesundheitsförderung“, Schwabenheim a. d. Selz 2004, S. 69*

¹ vgl. *Thomas Lampert/Lars Eric Kroll/Annalena Dunkelberg: „Soziale Ungleichheit und Lebenserwartung in Deutschland“; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 42/2007; Bonn*

² vgl. *Bundesgesundheitsblatt Band 50; Heft 5/6: „Ergebnisse des Kinder- und Jugendsurveys“; Heidelberg 2007*

³ Empirisch nicht nachweisbar ist allerdings, zu welchem Anteil gesundheitsriskantes Verhalten diese Ungleichheit verursacht.

⁴ *Robert Koch-Institut: „Gesundheit in Deutschland“, Berlin 2006, S. 84*

sich zunächst mit den Begrifflichkeiten und den verschiedenen Handlungsansätzen zu befassen. Die WHO definiert Gesundheit als den „Zustand des

Gesundheit ist mehr als Freisein von Krankheit völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens“ und somit nicht nur als Freisein

von Krankheit. Diese Definition stellt immer noch eine Leitorientierung in der Debatte dar. Allen Ansätzen zur Gesundheitsförderung und Prävention liegen Modelle zu Grunde, die eine Erklärung für die Ursachen von Gesundheit oder Krankheit liefern. Lange Zeit war das biomedizinische Modell vorherrschend. Fachleute behandeln organische Defekte und beseitigen sie im günstigen Falle. Der Kranke ist in diesem Modell nicht verantwortlich für seine Krankheit und wird zur Gesunderhaltung auch nicht in die Pflicht genommen. Nach dem Risikofaktorenmodell dagegen sind Gesundheit und Krankheit ein multifaktorielles Geschehen. Verhalten, Erbinformation und Umwelt spielen eine Rolle. Aus den verschiedenen Faktoren werden über statistische Methoden Wahrscheinlichkeiten für bestimmte Erkrankungen abgeleitet. Die Ernährungsweise oder Stressfaktoren kommen in den Blick. Die Wechselwirkungen zwischen biologischen, psychischen und sozialen Faktoren werden in diesem Modell anerkannt. Prävention setzt auf die Reduzierung von Risikofaktoren. Beim Lebensstil/Lebensweisen-Modell handelt es sich um eine eher soziologisch ausgerichtete Perspektive. Gesundheit ist ein Teil der Lebensweise und so abhängig von den jeweiligen Lebensbedingungen und den sozialen Milieus. Prävention verlangt hier also umfassende, auch politische Strategien, da die gesamten Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Blick genommen werden. Sie prägen die alltäglichen Routinen, die Ernährungsgewohnheiten, das Freizeitverhalten und vieles mehr. Partizipation und Selbstbestimmung bei der Gestaltung der Lebensbedingungen werden als wichtige Elemente für eine Veränderung betrachtet.

Das Salutogenese-Modell von *Antonovsky* ist ein Ansatz, der momentan breit rezipiert wird. Hier wird die Perspektive umgekehrt und gefragt, was den Menschen gesund erhält und wie manche Menschen es schaffen, trotz Belastungen nicht krank zu werden. Der zentrale Begriff ist das Kohärenzgefühl. Damit sind ein Gefühl des Zusammenhangs, der Stimmigkeit zwischen sich und der Welt, das Vertrauen, die Anforderungen des Lebens bewältigen zu können und der Glaube an die Sinnhaftigkeit des eigenen Tuns gemeint. Es handelt sich somit um eine psychische Größe. Gesundheitsförderung nach diesem Modell besteht vorrangig in

der Stärkung des Kohärenzgefühls und der Bewältigungsressourcen.⁶

Die Begriffe Prävention und Gesundheitsförderung sind schon mehrmals gefallen. Was genau versteht man aber nun darunter beziehungsweise wodurch unterscheiden sie sich?

„Unter Prävention versteht man die Verhütung von Krankheiten durch Ausschaltung von Krankheitsursachen (primäre Prävention), durch Früherkennung und Frühbehandlung (sekundäre Prävention) oder durch die Vermeidung des Fortschreitens einer bestehenden Krankheit (tertiäre Prävention)“⁷. Die Art und Weise, wie Prävention ansetzt, wird ebenfalls noch einmal unterschieden in medizinische Prävention (Schutzimpfungen z. B.), Verhaltensprävention (sie zielt auf Verhaltensänderungen von Einzelnen und Gruppen ab) und Verhältnisprävention. Sie strebt die Veränderung der ökologischen, sozialen, kulturellen und technisch-materiellen Umwelt (Setting) an, die als wesentlich für Gesunderhaltung und Krankheitsentstehung betrachtet wird.

Gesundheitsförderung ist ein komplexer sozialer und gesundheitspolitischer Ansatz und zielt auf die Verbesserung der gesundheitsrelevanten Lebensbedingungen ab

„Der Leitbegriff Gesundheitsförderung ist entstanden als Bezeichnung für ein gesundheitspolitisches Aktionsprogramm zur Erreichung der Ziele „Gesundheit für alle“⁸. In der Ottawa-Charta der WHO sind 1986 Ziele,

Prinzipien, Handlungsstrategien und Handlungsfelder der Gesundheitsförderung formuliert worden. Gesundheitsförderung ist danach ein komplexer sozialer und gesundheitspolitischer Ansatz und zielt ausdrücklich auch auf die Verbesserung der gesundheitsrelevanten Lebensbedingungen ab. Eine Kernstrategie der Gesundheitsförderung ist der Setting-Ansatz. Ein Setting ist ein soziales System. In erster Linie werden Kommunen, Schulen, Krankenhäuser und Betriebe als Settings bezeichnet. Die Kommunikationsstrukturen und der Ablauf von Entscheidungsprozessen in einem System werden als wesentlich betrachtet. Ein hohes Maß an Partizipation und Selbstbestimmung der Betroffenen wird angestrebt. Der Setting-Ansatz wird heute als besonders Erfolg versprechend zur Ver-

6 vgl. dazu auch: *Hans Günther Homfeldt/Stephan Sting: „Soziale Arbeit und Gesundheit. Eine Einführung“*, München 2006

7 *Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung* (Hrsg.), 2004, S. 179

8 *Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung* (Hrsg.), 2004, S. 73

besserung der gesundheitlichen Lage von sozial Benachteiligten betrachtet.

Die Begriffe Gesundheitsförderung und Prävention werden oft synonym oder gemeinsam verwendet. Eine scharfe Abgrenzung gelingt nur schwer und ist für die Praxis auch nicht unbedingt erforderlich⁹. In der Debatte steht Gesundheitsförderung eher für eine salutogenetische Perspektive, die nach den Potenzialen und Ressourcen fragt. Beim älteren Präventionsbegriff stehen mehr die Krankheitsvermeidung und die Reduktion von Risikoverhalten im Zentrum. Risikominderung und Ressourcenstärkung werden inzwischen als zwei gleichberechtigte Strategien, die sich ergänzen, angesehen.

Gesundheitsförderung in der Praxis von Bildungseinrichtungen

Die Herstellung und Erhaltung von Gesundheit ist also ein äußerst komplexes Geschehen und bei weitem nicht alle Faktoren sind durch Bildungs- oder Sozialarbeit beeinflussbar. Bei der Planung von Angeboten zur Gesundheitsförderung ist daher zum einen zu fragen, wo die Gestaltungsmöglichkeiten liegen, zum anderen aber auch, auf welche Interventionsebene sich das Angebot beziehen soll.

9 vgl. Rolf Rosenbrock/Claus Michel: „Primäre Prävention. Bausteine für eine systematische Gesundheitssicherung“, Berlin 2007



Bewegung und Geschicklichkeit fördern

Bei der Verhaltensprävention steht das gesundheitsrelevante Verhalten des Individuums im Mittelpunkt

Bei der Verhaltensprävention steht das gesundheitsrelevante Verhalten des Individuums im Mittelpunkt. Kursangebote zu einer gesünderen Ernährungsweise, Aufklärungskampagnen über Risikofaktoren, Trainings- und Gesundheitserziehungsangebote setzen hier an. Auch Angebote zum Aufbau von Bewältigungsressourcen sind hier einzuordnen. Bei der Planung solcher Angebote ist es notwendig zu klären, wie besonders gefährdete Zielgruppen erreicht werden können. In vielen Fällen wird dies nur mit Kooperationspartnern möglich sein.

Auf der Ebene des Settings geht es darum, die Bildungseinrichtung selbst in gesundheitsförderlicher Weise zu verändern. Ansatzpunkte hierzu sind beispielsweise die Verpflegung, die Gestaltung der Räume oder der Umgang mit Zeit. „Offene und verdeckte Anreize, die gesundheitsgefährdendes Verhalten und „distress“ begünstigen (...)“¹⁰, sind in den Blick zu nehmen. Auch die Partizipations- und Mitsprachemöglichkeiten von Teilnehmenden und Beschäftigten und Fragen der betrieblichen Gesundheitsförderung werden hier berührt.

Der dritte mögliche Handlungsbereich ist die gesellschaftlich-politische Ebene. Das Thema Gesundheit ist ein Querschnittsthema, das nicht nur in der expliziten Gesundheitspolitik eine Rolle spielt, sondern beispielsweise auch beim Umwelt- oder Verbraucherschutz relevant ist. Gesundheit ist so auch ein Feld der politischen Bildung. Bildungsangebote, die auf die Ressourcenstärkung im Hinblick auf Beteiligung und Einmischung abzielen, wären ebenfalls hier zuzuordnen. Weiter kann die Bildungseinrichtung selbst sich für eine gesundheitsfördernde Politik, zum Beispiel im Setting Kommune, einsetzen und in entsprechenden

© Internationaler Bund

10 Rosenbrock/Michel 2007, S. 6

regionalen oder überregionalen Netzwerken aktiv werden.

Glaubhaft und wirksam wird Gesundheitsbildung in der Regel erst dann, wenn zumindest Verhaltens- und Verhältnisprävention miteinander verknüpft werden. Dass Bildungseinrichtungen sich künftig auch stärker politisch verorten, um einen Beitrag zur Erreichung von gesundheitlicher Chancengleichheit zu leisten, bleibt zu hoffen.

Warum gesundheitsbezogene Arbeit mit Jugendlichen?

Die Lebens- und Ernährungsgewohnheiten von Kindern und Jugendlichen in den Industrienationen haben sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt. Die Zahlen sind alarmierend:¹¹

- 20,5 % der 11-17-jährigen Jungen und 20,3 % der gleichaltrigen Mädchen rauchen. Jugendliche mit niedrigem Sozialstatus rauchen häufiger.
- Etwa ein Drittel der Jungen und ein Viertel der Mädchen geben an, zurzeit mindestens einmal in der Woche Alkohol zu konsumieren.
- Die stationären Behandlungen von Jugendlichen wegen Alkoholvergiftung nahmen zwischen 2000 und 2004 um 49 % zu¹².
- Rauschtrinken ist dabei kein spezifisches Problem sozial Schwacher.
- 15 % der Kinder- und Jugendlichen sind übergewichtig (davon sind 6,3 % adipös). Ein höheres Risiko für Übergewicht und Adipositas besteht bei Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus und bei Kindern mit Migrationshintergrund.
- 23,2 % der Kinder und Jugendlichen mit niedrigem Sozialstatus zeigen Hinweise auf psychische Probleme.
- 28,9 % der 11 – 17-jährigen Mädchen zeigen Symptome von Essstörungen (Jungen: 15,2 %); vermehrt bei niedrigem Sozialstatus und Migrationshintergrund.

Das Jugendalter ist entwicklungspsychologisch betrachtet eine Lebensphase, die durch Prozesse der Identitätsfindung gekennzeichnet ist. Experimentieren, Suchen, Verwerfen und an Grenzen gehen, den Körper ausprobieren sind jugendtypische Ver-

haltensweisen. Die Ablösung von den Eltern, die Orientierung an Gleichaltrigen und das Eingehen erster Liebesbeziehungen gehören zu dieser Phase.

Präventionsansätze können nur greifen, wenn der subjektive Sinn des gesundheits-schädigenden Verhaltens Jugendlicher verstanden wird

Die körperliche Veränderung ist ein weiteres wichtiges Merkmal der Adoleszenz. Das Essverhalten, aber auch der riskante Substanzkonsum dient oft der Bewältigung dieser nicht unerheblichen Entwicklungsaufgaben und hat eine wichtige Funktion für das soziale und psychische „Überleben“ der Jugendlichen. Riskante Praktiken bleiben meist episodisch. Präventionsansätze können nur greifen, wenn der subjektive Sinn des gesundheitsschädigenden Verhaltens Jugendlicher verstanden wird.

Für die Jugendlichen selbst ist die Erhaltung der Gesundheit meist noch kein Thema, weil die Folgen eines gesundheitsschädigenden Lebensstils erst im mittleren Erwachsenenalter sichtbar werden. Der starke Gegenwartsbezug Jugendlicher trägt ebenfalls hierzu bei. Gesundheit erscheint als ein unerschöpfliches Gut. Jugendliche sind daher nur schwer für explizite Maßnahmen der Gesundheitsförderung zu gewinnen.

Dennoch gibt es gute Gründe für die gesundheitsfördernde Arbeit gerade mit Jugendlichen:

- Autonomie und Selbstbestimmung über das gesundheitsrelevante Verhalten nehmen zu, der Einfluss der Eltern geht zurück. Jugendliche können elternunabhängig erreicht werden.
- Der Konsum von Alkohol, Tabak und illegalen Drogen beginnt meist im Jugendalter. „In dieser Lebensphase (werden) teils bewusst und teils unbewusst vielfältige gesundheitsbezogene Einstellungen und Verhaltensweisen erprobt, erlernt, und verfestigt“¹³. Man weiß, dass die überwiegende Zahl der im Jugendalter angenommenen Gewohnheiten im Erwachsenenalter fortgeführt wird. Verhaltensweisen, die früh angeeignet wurden, sind im späteren Lebenslauf nur schwer änderbar.
- Gesundheit ist ein „Körperthema“ und bietet daher vielfältige Anknüpfungspunkte zum vorhandenen Interesse Jugendlicher an ihrem Körper. Sensible, geschlechtsdifferenzierte Ansätze,

11 Alle Zahlenangaben, wenn nicht anders vermerkt, stammen aus dem Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (2007)

12 Prognos AG: „Kurzbericht zur Modellphase II Wissenschaftliche Begleitung“ des Bundesmodellprogramms „HaLT-Hart am Limit“, Basel 2007

13 Klaus Hurrelmann/Andreas Klocke/Wolfgang Melzer/Ulrike Ravens-Sieberer (Hrsg.): „Jugendgesundheitsurvey Internationale Vergleichsstudie im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation WHO“, Weinheim und München 2003, S. 100

die auf Vertrauensbeziehungen beruhen, können Räume schaffen für das Einüben eines gesunden Umgangs mit dem eigenen Körper.

- Kern vieler Präventionsstrategien, wie der Sucht- oder Gewaltprävention, ist die Stärkung von Bewältigungsressourcen und der Fokus auf die Lebenskompetenzen. Partizipation, das Erfahren von Selbstwirksamkeit und die Gewinnung von Selbstvertrauen sind ebenfalls gemeinsame Elemente aller „Präventionen“. In der gesundheitsbezogenen Prävention für Jugendliche kann auf diese Ansätze zurückgegriffen und das bereits entwickelte vielfältige Methodenrepertoire genutzt werden (zum Beispiel der Erlebnispädagogik).

Das Gesundheitsprojekt BodyGuard des Internationalen Bundes

Unter dem Titel „Entwicklung und Implementierung gesundheitsfördernder Programme für benachteiligte Jugendliche und ihre Familien“ beantragte der *Internationale Bund* erfolgreich Fördermittel für ein Gesundheitsprojekt bei der *Aktion Mensch*.¹⁴ Mit dem Projekt sollte zum einen das Thema Gesundheitsförderung im Gesamtverband einen höheren Stellenwert erhalten, zum anderen ging es darum, vor Ort konkrete Umsetzungsideen zu entwickeln, auszuwerten und erfolgreiche Arbeitsansätze zu verbreiten. Zielgruppen sind vor allem junge Männer und junge Frauen ohne oder mit schlechten schulischen und beruflichen Qualifikationen, Jugendliche aus sozial und ökonomisch gefährdeten Familien, Jugendliche mit Leistungsschwächen, Beeinträchtigungen oder Behinderungen.

BodyGuard verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz und wird in den Handlungsfeldern Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung aktiv, da zwischen diesen Elementen vielfältige Wechselwirkungen bestehen

Das zentrale Anliegen des Projektes ist die Entwicklung zielgruppengerechter Maßnahmen und Programme zur Gesundheitsförderung, die verhaltenspräventiv wirken. Auf der Ebene des Settings zielt das Projekt darauf ab, Schritt für Schritt im Setting Bil-

dungszentrum gesundheitsförderliche Bedingungen zu schaffen. Es gibt ein Rahmenkonzept, das vor

Ort auf die dortigen Ressourcen und Erfordernisse flexibel angepasst werden kann. BodyGuard verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz und wird in den Handlungsfeldern Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung aktiv, da zwischen diesen Elementen vielfältige Wechselwirkungen bestehen. Die *Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzGA)* hat ein wissenschaftlich fundiertes Wirkmodell entwickelt, das den Zusammenhang zwischen den Elementen Bewegung, Ernährung und Stress aufzeigt. So wird durch Bewegung nicht nur Energie verbraucht, sondern sie trägt auch zur Stressabfuhr bei. Stress löst Frustessen aus, und eine schlechte Nährstoffversorgung begünstigt Stressanfälligkeit und „Stress führt zu riskanten Verhaltensweisen als Mittel zur Bewältigung von psychischen Belastungen“¹⁵. In einer empirischen Studie zum Ernährungsverhalten von Jugendlichen¹⁶ konnte nachgewiesen werden, dass ein sportorientierter Lebensstil auch mit einem sinnvolleren Ernährungsverhalten einhergeht. Jugendliche mit fernsehorientierter Freizeitgestaltung dagegen konsumierten weit mehr Softdrinks, Süßigkeiten, Snacks und auch Drogen.

BodyGuard arbeitet ressourcenorientiert. Auf sinnliches Erleben und die Verbesserung der Körperwahrnehmung wird großer Wert gelegt. Bewegung soll Freude machen, gesunde Ernährung kann genussvoll sein und Entspannung tut gut. Alle Angebote setzen dabei auch auf Gemeinschaft und Erleben in der Gruppe; Freiwilligkeit und die Möglichkeit, eigene Wünsche und Interessen einzubringen, sind weitere Merkmale. Die Vermittlung von gesundheitsbezogenem Wissen knüpft an die Erfahrungen an.

Der *Internationale Bund* beteiligt sich an der Jugendaktion GUT DRAUF-Ernährung, Bewegung, Stressbewältigung der BzGA, und bildet seine Mitarbeiter/-innen in Kooperation mit der BzGA entsprechend fort. Der Auf- und Ausbau von Kooperationsbeziehungen ist ein wichtiger Projektbestandteil.

Die Projektaktivitäten werden dokumentiert und evaluiert. Die wissenschaftliche Begleitung hat die *TU Dresden/Fakultät Erziehungswissenschaften*¹⁷ übernommen. Die erste Welle der Datenerhebung

¹⁴ Der Internationale Bund (IB) ist einer der großen freien Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit und in ganz Deutschland aktiv. In 700 Einrichtungen an 300 Standorten organisiert er seit 1949 Hilfen für junge Menschen und Erwachsene unter dem Motto „Betreuen-Bilden-Brücken bauen“.

¹⁵ Ines Heindl: „Ernährung, Gesundheit und soziale Ungleichheit“ in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42/2007, Bonn, S. 32

¹⁶ Jürgen Gerhards/Jörg Rössel, im Auftrag der BzGA: „Das Ernährungsverhalten Jugendlicher im Kontext ihrer Lebensstile“, Köln 2003

¹⁷ Prof. Dr. Andreas Hanses und Kerstin Sander sind verantwortlich für die Evaluation

ist abgeschlossen. Momentan werden die Befragungen der Jugendlichen und der Mitarbeiter/-innen ausgewertet. Im kommenden Jahr ist mit den ersten Ergebnissen zu rechnen. Diese fließen in das Projekt zurück und ermöglichen somit eine Weiterentwicklung der Arbeit.

Die praktische Umsetzung des Projektes mit den Jugendlichen erfolgt seit Herbst 06 in fünf IB-Bildungseinrichtungen, die vorrangig berufliche Bildung betreiben.¹⁸ Dies hat zur Folge, dass die Jugendlichen in der Regel über einen längeren Zeitraum (bis zu dreieinhalb Jahre) kontinuierlich die Bildungseinrichtung besuchen. In der ersten Projektphase wurde gemeinsam mit einer Sozialmarketingagentur eine Wort-Bild-Marke entwickelt. So sind der Name BodyGuard und ein Projektlogo entstanden. Damit ist die Hoffnung verbunden, das Projekt einprägsamer in der Öffentlichkeit präsentieren zu können und leichter Partner und Förderer zu gewinnen. Mit dem Namen sollten sich aber auch die Jugendlichen identifizieren können.

An den Projektstandorten konnten Partner wie die Kommune, ein örtliches Gesundheitszentrum oder auch Krankenkassen gewonnen werden. Arbeitsgruppen zur Gesundheitsförderung wurden etabliert. Ein umfangreiches Bewegungsangebot vom Biketraining zum Lauftraining über Entspannung mit Shiatsu oder Yoga, über Spinning, Bowling, Fußball, Volleyball, Step-Aerobic und einigem mehr erreichte allein im Winterhalbjahr mehr als 300 Jugendliche. Aktivitäten rund um das Thema Ernährung, wie gesundes Frühstück, Ernährungsberatung oder Kochkurse, wurden an allen Standorten durchgeführt. Die ansprechendere Gestaltung von Pausenräumen und die Einrichtung von Entspannungsräumen war an drei Standorten ein weiterer Schwerpunkt.

Es ist an allen Standorten gelungen, die Jugendlichen zur Teilnahme an den Projektaktivitäten zu motivieren. Einfacher war dies, wenn ein Ziel verfolgt wurde. Das regelmäßige Lauftraining am Standort Mannheim diente als Vorbereitung zur Teilnahme am MLP Staffelmarahton. Dort trat das Projekt erfolgreich mit vier Staffeln (je vier Läufer) an. In Klingenberg stand am Ende des Winterfitnessprogramms die Teilnahme an einem deutsch-tschechischen Erlebniscamp mit Kletteraktivitäten, Radtouren und einigem mehr.

18 Interkulturelles Bildungs-Erlebnis- und Trainingszentrum Frankfurt (Oder); Bildungszentrum Hirschfelde (Sachsen); Bildungszentrum Mannheim; Bildungszentrum Pfalz/Saarland in Pirmasens; Bildungszentrum Klingenberg (Sachsen)



Lauftraining war angesagt

Ein differenziertes Angebot für Jungen und Mädchen hat sich in einigen Bereichen als sinnvoll erwiesen, um die unterschiedlichen Interessen berücksichtigen zu können und einen geschützten Rahmen gerade für die körperlichen Aktivitäten zu bieten.

Das Bikeprojekt in Frankfurt (Oder) knüpft mit diesem Bewegungsangebot erfolgreich an jugendkulturell geprägte Bewegungsformen an. Aber auch mit „traditionellen“ Sportarten wie Fußball oder Tischtennis lassen sich Jugendliche für mehr Bewegung gewinnen.

Als nicht so einfach hat es sich erwiesen, insbesondere junge Männer für Entspannungsangebote zu begeistern. Weiter hat es sich teilweise als schwierig herausgestellt, Angebote, die eine längere Kontinuität verlangen (wie eine Tanzgruppe) zu etablieren.

Aktionen mit gesundem Frühstück wurden durchweg gut angenommen. Die Veränderung der Gemeinschaftsverpflegung großer Einrichtungen hin zu mehr Jugendgerechtigkeit und Gesundheit steht

dagegen noch am Beginn. Die Kooperation mit Krankenkassen läuft langsam an. Es ist bisher gelungen, vor Ort mit einzelnen Krankenkassen eine Zusammenarbeit zu vereinbaren. Diese bezieht sich hauptsächlich auf die Durchführung gemeinsamer Aktivitäten oder die Bereitstellung von Materialien.

Zwei BodyGuard-Projekte streben die Zertifizierung als GUT DRAUF-Einrichtung an (Gütesiegel der BZGA mit externer Bewertung). Der Weg zur gesundheitsfördernden Einrichtung ist ein Prozess, der mit der entsprechenden Schulung von Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen beginnt. Die Nutzung des GUT DRAUF Fortbildungs- und Zertifizierungskonzepts dient der Qualifizierung von BodyGuard und ermöglicht darüber hinaus die Implementierung von Gesundheitsförderung in weitere, nicht am Modell beteiligte IB-Einrichtungen.

Damit haben wir die insgesamt sehr positive Resonanz auf das Thema Gesundheitsförderung im Jugendbereich im Verband aufgegriffen.

Weitere Informationen zu BodyGuard erhalten Sie auch unter www.ib-bodyguard.de



Dr. phil. Gabriele Körner ist Dipl. Sozialpädagogin und Erziehungswissenschaftlerin und im Ressort Bildung und Soziale Arbeit der Zentralen Geschäftsführung des Internationalen Bundes in Frankfurt am Main als Projektleiterin für Gesundheitsförderung tätig.

Adresse: Internationaler Bund – Zentrale Geschäftsführung –, Valentin-Senger-Str. 5, 60389 Frankfurt

E-Mail: Gabriele.Koerner@Internationaler-Bund.de

WenDo im Spannungsfeld von Körperarbeit und Politischer Bildung

Sabine Haupt-Scherer

WenDo (Weg der Frau) wird als pädagogisches Konzept für Frauen und Mädchen vorgestellt, das mehr ist als nur Selbstverteidigung und Selbstbehauptung. Es dient der Prävention von Gewalt und der Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Frauen und Mädchen auf körperlicher, persönlicher, theoretischer und gesellschaftlicher Ebene. Sabine Haupt-Scherer beschreibt die einzelnen methodischen Elemente des WenDo im Spannungsfeld zwischen seiner körperorientierten Arbeitsweise und seinen politischen Implikationen und skizziert die konkrete Umsetzung dieses Ansatzes in der beruflichen Weiterbildung auf dem Jugendhof Vlotho.

„Dass du dich als Pfarrerin zur WenDo-Trainerin ausbilden lässt: Das widerspricht doch allem, was du predigst!“ „WenDo in der Jugendhilfe – als ob die Jungs und Mädels nicht schon gewalttätig genug wären! Willst du sie auch noch zu Kampfmaschinen ausbilden?“

Meine Ausbildung zur WenDo-Trainerin wurde nicht von allen Seiten begrüßt. Vielleicht weil nicht deutlich genug ist, was WenDo eigentlich bedeutet. Für mich passt WenDo gut dazu, Pfarrerin und

WenDo ist keine Kampfkunst oder Kampfsportart, sondern ein pädagogisches Konzept zur Prävention von Gewalt und zur Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Frauen

politische Bildnerin im Rahmen der Jugendhilfe zu sein, denn WenDo hat für mich viel mit Menschenwürde, mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit und mit Engagement gegen Gewalt, für Respekt und Courage zu tun.

Denn WenDo ist keine Kampfkunst oder Kampfsportart, sondern ein pädagogisches Konzept zur Prävention von Gewalt und zur Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Frauen auf persönlicher, theoretischer und gesellschaftlicher Ebene.

Das japanische Do bezeichnet den Weg. In der Silbe davor wird der Weg näher beschrieben, hier mit Wen, einer Abkürzung von women. Also heißt WenDo **Weg der Frau**.

Geschichte des WenDo

WenDo wurde in den siebziger Jahren im feministischen Kontext von Frauen in Kanada entwickelt. Es waren Kampfsportlerinnen, die aus unterschiedlichen Kampfkünsten kommend eine Erfahrung gemeinsam hatten: Obwohl sie Schwarzgurträgerinnen ihrer Kampfkunst

Selbstverteidigungstechniken wurden eingebettet in ein pädagogisches Konzept vor dem Hintergrund einer feministischen Gesellschaftsanalyse

waren, waren sie sich einig: Sie würden die dort gelernten Techniken nicht einsetzen, wenn sie im Alltag angegriffen würden.

So wurde die Idee geboren, ein pädagogisches Konzept zur Selbstbehauptung und Selbstverteidigung für Frauen und Mädchen zu entwickeln, das alltags-tauglich ist. Aus den unterschiedlichen Kampfsportarten stellten diese Frauen ein Repertoire an Techniken zusammen, die weder Muskelkraft noch regelmäßiges Training brauchen, um in Notsituationen angewendet zu werden. Diese Selbstverteidigungstechniken wurden eingebettet in ein pädagogisches Konzept vor dem Hintergrund einer feministischen Gesellschaftsanalyse.

Das Training basiert auf der Auseinandersetzung mit Geschlechterdifferenz, Geschlechterhierarchie, patriarchalen Strukturen und erlernten Geschlechterrollen, insbesondere Opferhaltungen von Frauen und Mädchen. Sein Ziel sind Gewaltprävention und Empowerment.

Von Anfang an war die Weitergabe nur an Frauen und Mädchen, also in geschlechtshomogener Gruppe, vorgesehen. Das erleichtert die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschlechterrolle und mit tabuisierten Themen wie eigenen erlebten Übergriffen.

Übergriffe dienen der Stabilisierung der Geschlechterhierarchie

Für viele Teilnehmerinnen sind sie zunächst gut gehütete Geheimnisse, etwas, was nur ihnen passiert ist,

und sie fragen sich, warum und was ihr Anteil daran ist. Oft beginnen sie im Laufe des Kurses, diese Erfahrungen mitzuteilen und stellen dann fest, dass jede Frau solche Erfahrungen gemacht hat, zugleich aber immer denkt, es sei nur ihr passiert. So entsteht dann Solidarität mit den anderen Betroffenen, und die zunächst individuell gestellte Frage nach dem Warum kann im Kontext gesellschaftlicher Machtverhältnisse und der Funktion von Übergriffen gesehen werden, die dazu dienen, Geschlechterhierarchie zu stabilisieren.

WenDo und politische Bildung

WenDo ist insofern ein ausgesprochen politisches Konzept, als es sich – ausgehend von individuellen Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten – mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen und der feminis-

tischen Gesellschaftsanalyse auseinandersetzt.

Auch kann man beim WenDo gegenüber den Kampfkünsten insofern von einer **Demokratisierung und Partizipation** sprechen, als nicht von einem Meisterin-Schülerin-Verhältnis ausgegangen wird, in dem die Schülerin der Meisterin zu folgen hat, sondern die Trainerin öffnet einen Raum für selbstbestimmtes Lernen, in dem die Teilnehmerinnen das Ziel vorgeben, das Programm mitbestimmen und ihre Grenzen festlegen.



WenDo verfolgt einen **emanzipatorischen Ansatz**: Es geht um Selbstbestimmung und Empowerment, um Ressourcen- und Lösungsorientierung. Es geht auch um **Antidiskriminierungsarbeit** gegen Rassismus, Bodyismus (Diskriminierung aufgrund körperlicher Merkmale wie etwa Gewicht oder Körperbehinderung) und Sexismus. Jede Frau, jedes Mädchen ist willkommen – unabhängig von sexueller Orientierung, Herkunft und Körperformen.

WenDo und Körperarbeit

Das ist ein hoher Anspruch für ein pädagogisches Konzept, das schwerpunktmäßig mit dem Körper arbeitet. Aber wenn der Körper die Grundlage dafür ist, in der Umwelt und in der sozialen Welt situiert zu sein, so ist dieser Anspruch hoch politisch. Das Gehirn ist eben keine Kommandozentrale, die ohne Kooperation mit all dem arbeiten kann, was unterhalb des Kopfes zum Körper gehört. Die Trennung von Körper und Geist ist doch eher theoretisch und nur auf dem Papier durchzuhalten. Die heutige Hirnforschung zeigt, welchen zentralen Stellenwert die Kopplung von Verstand, Gefühl und Körper für das menschliche Denken und Handeln hat, und dass hier im Gehirn Netzwerke entstehen, die – wenn an einer Stelle (Denken, Fühlen, Handeln, Körpersensation, Körperhaltung) angeregt, das gesamte Netzwerk aktivieren (schön nachzulesen bei *Gerald Hüther*: *Wie Embodiment neu-*

robiologisch erklärt werden kann. In: Maja Storch/Benita Cantieni/Gerald Hüther/Wolfgang Tschacher: Embodiment. Die Wechselwirkung von Körper und Psyche verstehen und nutzen. 1. Aufl. Bern 2006).

So beeinflussen nicht nur Denken und Fühlen den Körper und die Körperhaltung, sondern auch umgekehrt: die Wechselwirkung von Kognition und Körper ist zirkulär-kausal, damit auch von beiden Seiten veränderbar. So ist der Körper notwendiger Teil von Intelligenz, ist Generator von Gefühlen und Erinnern, Ausdruck von Erfahrenem. Er ist, etwa im Trauma, der verletzlichste Punkt, was oft zur Abspaltung von Körperlichkeit führen kann. Er ist aber zugleich der größte Verbündete in Prävention und Abwehr und in der Verarbeitung von Traumata und Gewalterfahrungen. Er kann genutzt werden als Möglichkeit für selbstregulatorische Prozesse, zur Unterstützung von psychischen Verarbeitungsprozessen (etwa in der Bioenergetik), zur Wahrnehmung und zur Kommunikation (Körpersprache) und natürlich zur Selbstverteidigung.

Auf folgenden Ebenen arbeitet WenDo mit dem Körper:

- Atmung, Entspannung, Stressregulation
- Wahrnehmung und Intuition
- Verstehen und Einsetzen von Körpersprache
- Verarbeitung von Angst und Aggression auf körperlicher Ebene

- Nutzung von Körperhaltungen für selbstregulatorische Prozesse
- Spüren der eigenen Kraft, körperliche Kräftigung und körperliches Selbstbewusstsein
- Selbstverteidigungstechniken in engerem Sinne.

Die Elemente des WenDo-Trainings

Damit bin ich bei den Elementen des WenDo-Trainings, die größtenteils auf die Ebene der Körperarbeit gehören, damit aber zugleich auf Empfindungen, Wahrnehmung, Bewusstsein, Denken und Selbstmanagement Einfluss nehmen wollen.

Als Bereiche von **Körperarbeit** gibt es im WenDo:

- Arbeit mit Stand und Haltung
- Arbeit mit Atmung und Stimme
- Arbeit zur Gleichgewichtsschulung und Kräftigung
- Arbeit an der Körperwahrnehmung
- Entspannung und Massage.

Jedes Verharren in einer **Haltung** friert die dazu gehörenden **Emotionen** ein und beraubt den Körper der Fähigkeit, andere Gefühle spontan auszudrücken. Neben Haltungen, die aus individuellen Erfahrungen und Verletzungen entstehen, führt gerade die geschlechtsrollentypische Erziehung von



Es geht darum zu spüren, wie sich mit Haltungsveränderungen auch Wahrnehmungen, Emotionen und Handlungsspielräume verändern

Mädchen zu einschränkenden und begrenzenden Körperhaltungen. Diese werden in der Gesellschaft wiederum als schwach und unsicher interpretiert, evozieren oft auch eben diese Gefühle. Der Wunsch, selbstbewusst zu sein und dies auch auszustrahlen, ist ein durchgängig genanntes Motiv für das WenDo-Training. Im WenDo geht es zunächst darum, den eigenen Körper und die eigenen Gefühle wahrzunehmen, zu spüren, wie sich mit Haltungsveränderungen auch Wahrnehmungen, Emotionen und Handlungsspielräume verändern. Durch **körperliche Entspannung, Gleichgewichts- und Haltungsschulung** sollen neue Haltungen, Standpunkte und Sichtweisen möglich werden. Durch den gezielten Einsatz der Skelettmuskulatur, die der willentlichen Kontrolle gut zugänglich ist, können Emotionen beeinflusst werden, die normalerweise nur bedingt kontrollierbar sind.

Gerade Menschen, die Gewalt und Stress erfahren haben, profitieren von einer Lockerung und Dehnung der verkrampften Beugemuskulatur, der Förderung einer parasympatikalischen Reaktivierung (Reaktivierung der Entspannung) und der Überwindung der Lateralisierung (isolierten Nutzung) der Gehirnhälften. Aggressive Impulse und Bewegungen zu ermöglichen, fördert die Neuorganisation der Gefühls- und Handlungsebene. **Selbstmanagement** (als die Fähigkeit, eigenes Denken, Handlungen und Gefühle auf die Umwelt so zu koordinieren, dass man sich zielgerichtet und befriedigend im Alltag bewegen kann) und **Stressmanagement** können dadurch deutlich verbessert werden. Haltung, Standfestigkeit und Gleichgewicht werden in ihrem Zusammenhang von körperlicher und psychischer Bedeutung erprobt. Ähnliches gilt für den Einfluss der **Atmung** auf Angstbewältigung und Handlungsfähigkeit und die geschlechtsrollentypische Einschränkung des Stimmensatzes.

Ziel der Körperarbeit ist es auch, das geschlechtsrollentypische Selbstbild kritisch unter die Lupe zu nehmen, sich selbst als stark, kraftvoll, wehrhaft und handlungsfähig zu erleben. Neben den Selbst-

Ziel der Körperarbeit ist es auch, das geschlechtsrollentypische Selbstbild kritisch unter die Lupe zu nehmen

verteidigungstechniken gehört die Übung hierher, die wir „**Das Brett**“ nennen und die aus dem WenDo wahrscheinlich die bekannteste ist: Die

Teilnehmerinnen werden aufgefordert, mit der Faust ein schwebend liegendes Kiefernholzbrett durchzuschlagen. Dabei geht es weniger um Technik als um den Mut einer klaren Entscheidung und den klaren Willen, „da durch zu kommen“. Und es geht um die alltagstaugliche Erfahrung, dass der Widerstand nachgibt (zerbricht), wenn ich mich auf das Ziel (den Punkt unter dem Brett) konzentriere, während ich nicht durchkomme, wenn ich mich auf den Widerstand konzentriere und vor dem Ziel bremsen. Diese Erfahrung ist dann auf viele Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungssituationen übertragbar.



An der Grenze von der Körperarbeit zur psychischen Arbeit liegt die Arbeit mit **Wahrnehmung und Intuition**. Die Wahrnehmung soll geschärft und die Stimme der Intuition soll gestärkt werden. Körpersensationen, Gefühle und Stimmungen sollen als wichtige Signale wahrgenommen werden. Es gilt sie sorgfältig zu registrieren und ihren möglichen Ursachen nachzugehen, um die eigenen Alarmsignale kennen zu lernen und besser nutzen zu können. Und die können bei jeder Frau anders sein: ein komisches Gefühl im Magen oder im Rücken, eine aufkommendes flaes Gefühl oder eine depressive Verstimmung. Die Erfahrung zeigt, dass Mädchen eine relativ gute intuitive Wahrnehmung für gefährliche Situationen, ohne sie begründen zu können

und die können bei jeder Frau anders sein: ein komisches Gefühl im Magen oder im Rücken, eine aufkommendes flaes Gefühl oder eine depressive Verstimmung. Die Erfahrung zeigt, dass Mädchen eine relativ gute intuitive Wahrnehmung für gefährliche Situationen, ohne sie begründen zu können. Wenn sie lernen, dass sie für jedes Nein einen rationalen Grund angeben müssen, wird diese Stimme immer leiser und verschwindet schließlich. Je mehr „Erziehung zur Frau“ sie genossen haben, desto schwächer wird diese Stimme, und in der Pubertät können sie die Gefährlichkeit von Situationen meist nicht mehr intuitiv einschätzen. Im WenDo arbeiten wir auch an der Rückgewinnung dieser Intuition.

Neben der Körperarbeit gibt es die **theoretische Arbeit auf der psychischen Ebene**. Dazu gehören die theoretische Auseinandersetzung mit

- Gewalt und Traumatisierung
- Eskalations- und Deeskalationsmechanismen
- patriarchalen Gesellschaftsstrukturen (feministische Gesellschaftsanalyse)
- Theorien von Embodiment (Verkörperung von Gefühlen)
- rechtlichen Rahmenbedingungen (Notwehrparagraph, Gewaltschutzgesetz, Prozessordnung u. ä.)

sowie die persönliche Auseinandersetzung mit

- der eigenen Erziehung und Geschlechtsrollenentwicklung
- den eigenen Stärken und Ressourcen, Schwächen und Grenzen
- dem eigenen Recht, unverletzt durchs Leben zu gehen und der ethischen Frage, was ich dafür bereit bin einzusetzen und anderen zuzumuten.

Beide Ebenen – die körperliche und die psychische – mischen sich immer wieder in den Einheiten und Übungen und werden gemeinsam genutzt in Rollenspielen und Planspielen, zur Analyse von Situationen und zur Handlungsplanung.

So dargestellt hört sich das sehr komplex an, aber in einem **Training von zwei Stunden** innerhalb

eines mehrere Abende währenden Kurses könnte das etwa so aussehen:

Nach einer kurzen meditativen Sammlung gibt es eine Runde, in der die Teilnehmerinnen sagen, wie es ihnen geht, wozu sie Lust haben und ob sie ein spezielles Anliegen haben. Ich als Trainerin habe einen Ablaufplan im Kopf und kann ihn jetzt variieren. Dabei haben spezielle Anliegen Vorrang. Dann würden etwa Arbeit zu Stand und Erdung folgen sowie ein körperliches Warmmachen mit Dehnübungen und Spielen. Dann möglicherweise eine Technikwiederholung vom letzten Mal, eine spielerische Übung zu Körpersprache und dann ein Rollenspiel zu einer als unbefriedigend erlebten Situation. Schließen würde das Training mit einer Übung zum Abschütteln, Lockern und Kraft spüren und einer Entspannungsübung. Oder nach der Sammlung und dem Aufwärmen folgt eine Einheit zu Stand und Stimme, dann eine längere Technikübung und darauf ein Gespräch darüber, wie die Technik erlebt wurde, was sie beim Gegner bewirkt (Schock, Verwirrung, Schmerz, evtl. bleibende Schäden), und in welchen Situationen frau diese Technik einsetzen würde und wo nicht. Ethische Diskussionen und die Frage nach Alternativen könnten sich anschließen. Danach eine Übung zum Austoben, ein Solidaritätsspiel und eine entspannende Massageübung zu zweit.

Für einen **Wochenendkurs** wäre folgender Ablauf denkbar:

Freitag: Nach dem Kennen lernen und der Klärung der Erwartungen und Bedürfnisse folgt eine Einheit zu Stand, Erdung und körperlicher Präsenz, spielerisches Aufwärmen, eine Technikeinheit zu Verteidigungsschlägen und die schon beschriebene Einheit „Das Brett“, danach eine Entspannung für den Abend.

Samstag: Sammlung, Aufwärmen, eine Einheit zur Stand- und Technikwiederholung, ein Gespräch zu Wahrnehmung, Ziel und Einsatz der Technik, daran anschließend zu Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft, ihre Funktion und Möglichkeiten zur Gegenwehr. Danach ein Spiel zur Entlastung und Wahrnehmungsübungen zu Grenzen und Gefährdung sowie eine kurze Entspannungsübung.

Nachmittags nach dem Aufwärmen Tritttechniken zur Selbstverteidigung und Rollenspiele, Analyse gefährlicher oder unangenehmer Situationen und verbale wie körperliche Handlungsplanung, zum Abschluss eine Imaginationsübung zu Sicherheit und eigener Kraft.

Sonntag: Nach Sammlung und Aufwärmen Techniktraining zu Befreiungen und Tricks für nicht gefährliche, aber unangenehme Alltagssituationen (Schulhof, Familienfeier), eine Entspannungsübung und Auswertung des Kurses.

WenDo im LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho

Im *Jugendhof Vlotho*, dem Bildungszentrum des *Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe*, biete ich seit fünf Jahren WenDo-Kurse an. Die Hauptzielgruppe des Jugendhofs Vlotho sind Mitarbeitende in der Jugendhilfe und der sozialen Arbeit in Westfalen und Lippe. Die Bildungsarbeit geschieht in der Regel im Rahmen der beruflichen Weiterbildung.

Zur Stärkung der Mitarbeiterinnen habe ich zunächst klassische WenDo-Grundkurse und -Fortgeschrittenenkurse angeboten. Dabei wurden neben dem „Ich will etwas für mich tun!“ schnell zwei besondere Anliegen deutlich:

- „Wie wehre ich mich gegen Übergriffe, die Klienten und Klientinnen mir zumuten, während ich im Dienst bin?“ Was also tun, wenn der Wunsch, sich zu wehren, mit der dienstlichen (Fürsorge)Rolle in Konflikt gerät?
- „Wie kann ich das, was ich erfahren habe, an meine eigenen Klientinnen: an Mädchen und junge Frauen, an Schülerinnen oder Frauen in der Behindertenhilfe oder in der Psychiatrie weitergeben?“

Da beide Anliegen in einem Grundkurs nur sehr bruchstückhaft zur Geltung kommen können, sind daraus im LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho zwei neue auf die berufliche Bildung zugeschnittene Seminartypen entstanden:

- 1. Selbstschutz und Deeskalation bei körperlicher und verbaler Aggressivität von Klienten und Klientinnen:** Das Konzept zu diesem Seminar stammt von *Susanne Steuber*, mit der ich es im Jugendhof zusammen durchführe und weiterentwickle. Selbstschutz, Selbstverteidigung und Deeskalation werden im Rahmen der eigenen beruflichen Rolle reflektiert und eingeübt. Umfang: zweimal ein Tag mit etwa einem Monat Abstand dazwischen.
- 2. Selbstverteidigung zum Weitergeben:** Hier wird das Repertoire eines WenDo-Grundkurses vermittelt und geübt und im Blick auf die pädagogische Fragestellung der Vermittlung an Frau-

en oder Mädchen, mit denen ich arbeite, reflektiert. Umfang: zweimal drei Tage mit etwa einem halben Jahr Abstand dazwischen.

Beide Seminartypen sind so angelegt, dass frau zwischen zwei Blocks Erfahrungen mit dem Gelernten sammeln kann, die dann im zweiten Block reflektiert werden können. Beide Seminartypen sind nachgefragt und haben in meiner Arbeit die Standard-Grundkurse ersetzt.

Im zweiten Halbjahr 2008 will ich zwei neue Fragestellungen angehen:

- Mit dem BellZett, einem Frauenbewegungszentrum in Bielefeld, will ich eine **interkulturelle WenDo-Trainerinnenausbildung** anbieten. Im zeitlichen Umfang von einem Kennenlerntag und drei Wochenenden wollen wir vor allem Frauen mit Migrationshintergrund zu WenDo-Trainerinnen ausbilden und ein WenDo-Konzept mit interkulturellem Schwerpunkt entwickeln. Denn die Erfahrung hat gezeigt, dass das Standard-WenDo-Konzept sehr am abendländischen Kulturkreis orientiert ist, für den es entwickelt wurde.
- Ausgehend von der Erfahrung, dass ich selbst immer wieder mit dem Methodenrepertoire des WenDo auch in der Supervision von Frauen arbeite und dass zuweilen Supervisorinnen mein Seminar „Selbstverteidigung zum Weitergeben“ besucht haben, um ihre körperorientierten Interventionsmöglichkeiten zu erweitern, ist folgende Seminaridee entstanden: **WenDo-Training als Grundlage für körperorientiertes Intervenieren in der Supervision**. Methoden aus dem WenDo-Training sollen genutzt werden, um Frauen bei der Klärung und Bewältigung von beruflichen Situationen zu unterstützen.

WenDo im Spannungsfeld von Körperarbeit und politischer Bildung?

Jetzt bin ich am Ende des weiten Bogens, den ich von der Geschichte des WenDo über seine politischen Implikationen und körperorientierten Arbeits-

formen, seine unterschiedlichen methodischen Elemente und die konkreten Ausformungen des WenDo im Rahmen der beruflichen Weiterbildung im LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho geschlagen habe. Wenn ich sehe, wie nahtlos alles zueinander passt, frage ich mich, ob ich überhaupt von einem Spannungsfeld reden kann oder ob diesen Begriff andere mit ihren Bedenken an mich herangetragen haben.

Wenn der Körper unsere Form ist, in der wir uns in der Welt und in einem sozialen Gefüge befinden, wenn er unser Ort ist, zu denken, zu fühlen, zu urteilen und zu handeln, wenn der Körper der ist, der es zu spüren bekommt, wenn Umwelt und Gesellschaft auf mich reagieren, und wenn er mein Verbündeter bei dem Versuch ist, selbstwirksam zu sein, zu gestalten, dann ist der Körper auch der Ort, um politisch wirksam zu sein.

In einer Welt, die zweigeschlechtlich zu denken gewohnt ist und die Geschlechterstereotypen und Geschlechterhierarchien kennt, hat das alles eine weibliche und eine männliche Seite. Mit der weiblichen Seite arbeitet das Konzept des WenDo im Feld zwischen politischer Bildung und Körperarbeit, dessen Spannung möglicherweise nur die Perspektive ausmacht, von der aus ich es betrachte.



Sabine Haupt-Scherer ist Pfarrerin, Bibliodramaleiterin, Supervisorin, Traumafachberaterin und WenDo-Trainerin. Sie arbeitet als Bildungsreferentin auf dem Jugendhof Vlotho, dem LWL-Bildungszentrum, mit den Schwerpunkten Beratung, Frauen- und Mädchenarbeit, Gewaltprävention, Traumabehandlung und Traumpädagogik.

Adresse: Über den Jugendhof Vlotho, 32602 Vlotho, Oeynhäuser Str. 1

E-Mail: sabine.haupt-scherer@lwl.org

Die Fotos zeigen Szenen aus den Trainings und wurden von der Autorin für den Abdruck zur Verfügung gestellt.

Demokratiekompetenz stärken – Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft

Stellungnahme des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten zu seinem Jahresthema 2008

In Deutschland leben heute über 15 Millionen Menschen, die selbst oder deren Familien aus unterschiedlichsten Teilen der Welt hier eingewandert sind. Ihre Integration ist – auch vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland – die zentrale politische Herausforderung für Regierungen, Parlamente und zivilgesellschaftliche Akteure auf den verschiedenen politischen Ebenen.

Integration ist unabdingbar, um ein friedliches und demokratisches Miteinander zu sichern. Die Erfahrungen aus der Nachkriegszeit und bei der Wiedereinführung der Demokratie in Deutschland haben gezeigt, dass demokratisches Verhalten immer wieder gelernt und erfahren werden muss, um nachhaltige Wirkungen zu erzielen und um die Demokratie im eigenen Lebensalltag zu verankern. In diesem Sinne müssen die Anstrengungen erhöht werden, um die anstehenden Integrationsleistungen meistern zu können. Integration ist dabei als wechselseitiger Prozess zwischen der aufnehmenden Gesellschaft und der zugewanderten Bevölkerung zu verstehen. Sie orientiert sich an der Anerkennung der kulturellen Vielfalt sowie am Ziel des gleichberechtigten Miteinanders auf der Grundlage des Grundgesetzes; dies setzt auch die Offenheit und Veränderungsbereitschaft der Einwanderungsgesellschaft voraus.

Die für das Leben in einer demokratischen pluralen Gesellschaft notwendigen Kompetenzen umfassen die Fähigkeit zur Partizipation, zur friedlichen Konfliktregelung, zur Auseinandersetzung mit Unterschieden und Fremdem, zur Reflexion der eigenen Identität und zum Erkennen von Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts, der Hautfarbe, der sozialen und ethnischen Herkunft sowie der Religion. Dazu gehört auch, die Vielfältigkeit von Kulturen als Chance zu begreifen und die darin liegenden Potenziale für die Entwicklung der Gesellschaft zur Entfaltung zu bringen.

Die Integration von Migrantinnen und Migranten ist über Jahrzehnte hinweg vernachlässigt und Deutschland als Einwanderungsland geleugnet worden. Mit der Verabschiedung des Nationalen Integrationsplans werden erstmals überprüfbare Ziele und

Selbstverpflichtungen formuliert, denen ernst gemeinte Integrationsbemühungen unterstellt werden können.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten unterstützt die hier lebenden Menschen in ihrer Bereitschaft zur Mitgestaltung der Gesellschaft und schafft durch adäquate Bildungsangebote in seinen Mitgliedseinrichtungen wirkungsvolle Voraussetzungen für soziales Lernen und Demokratielernen. Die Praxis der politischen Bildung im AdB versteht sich als Beitrag zur Integration.

Der AdB begrüßt die Aufstellung des längst überfälligen Nationalen Integrationsplans und teilt dessen Aussage, dass eine erfolgreiche Integration durch freiwilliges Engagement in Vereinen, Verbänden, Kirchen, Religionsgemeinschaften und Migrantenorganisationen gefördert wird. Die gleichberechtigte und eigenverantwortliche Teilhabe an der Zivilgesellschaft ist dafür Voraussetzung.

Der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen werden das Jahresthema „Demokratiekompetenz stärken – Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ im Jahr 2008 in den Mittelpunkt ihrer Bildungsarbeit stellen. Konkret bedeutet dies, dass sich der AdB verstärkt bemüht,

- den Anteil der Teilnehmenden mit Migrationshintergrund bei Veranstaltungen der politischen Bildung zu erhöhen;
- die Didaktik der politischen Bildung in der Arbeit mit dieser Zielgruppe weiter zu entwickeln;
- Migrantenselbstorganisationen auf die politische Bildung im AdB offensiv aufmerksam zu machen und Kooperationen bzw. Mitgliedschaften einzugehen;
- die Diskussion um politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft fortzuführen und zu qualifizieren.

Der AdB will damit demokratische Kompetenzen im Integrationsprozess fördern.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung des AdB am 29.11.2007 in Hamburg

Free2choose – Die Grenzen der Freiheit

Ein Gemeinschaftsprojekt

Katja Lucke/Anja Witzel

Free2Choose ist ein interaktives Filmprojekt zum Thema Menschenrechte, das vom Anne Frank Haus in Amsterdam seit 2001 entwickelt wurde. Unter Beteiligung von zehn europäischen Partnern, darunter dem Berliner Anne Frank Zentrum¹, und mit Förderung der EU-Kommission² wird es seit 2006 international übersetzt, implementiert und weiter entwickelt. Die deutsche Fassung wurde gefördert vom Bundesprogramm CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern.

Das Konzept

Anne Frank schrieb im Juni 1942 in ihr Tagebuch: „Judengesetz folgte auf Judengesetz, und unsere Freiheit wurde sehr beschränkt. Juden müssen einen Judenstern tragen, Juden müssen ihre Fahrräder abgeben, Juden dürfen nicht mit der Straßenbahn fahren (...) So ging unser Leben weiter, und wir durften dies nicht und das nicht.“ Anne Franks Lebensgeschichte kann auch als Geschichte des

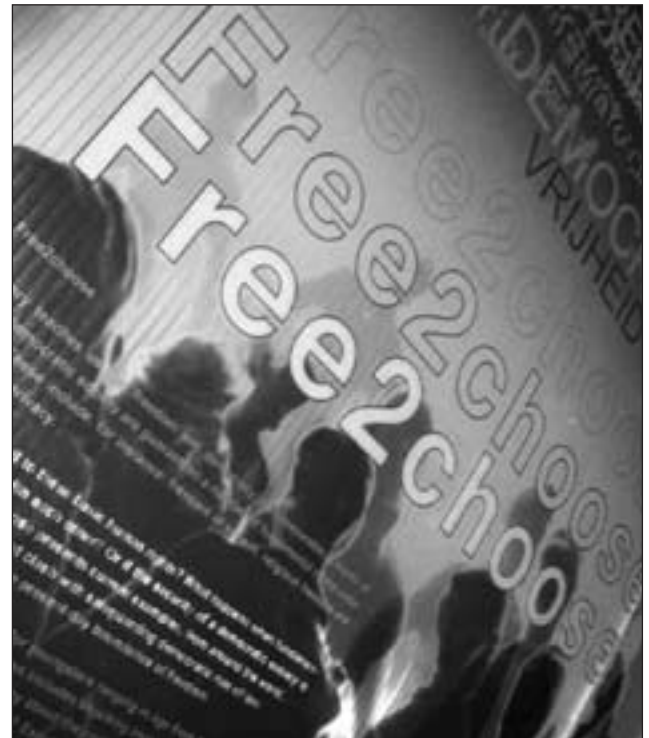
In unseren globalisierten Gesellschaften stellen sich Fragen nach dem Wert, aber auch nach den Grenzen von Freiheit und Gerechtigkeit auf neue und drängende Weise

schrittweisen Entzugs aller erdenklichen Grund- und Freiheitsrechte bis hin zu ihrer totalen Negierung gelesen werden. Schließlich wurde Anne sogar das Lebensrecht abgesprochen. Ihre Biografie führt uns die Bedeutung und den

unschätzbaren Wert dieser Rechte eindringlich vor Augen, um die immer und überall gerungen werden muss. In unseren heutigen globalisierten Gesellschaften stellen sich Fragen nach dem Wert, aber auch nach den Grenzen von Freiheit und Gerechtigkeit auf neue und drängende Weise.

Aufgrund solcher Überlegungen entstand *Free2choose* als aktuelle Ergänzung der historischen Ausstellung im *Anne Frank Haus*, Amsterdam. In einer modern ausgestatteten Lounge können die Besucherinnen und Besucher am Ende ihres Museumsrundgangs verweilen und die kurzen Filmclips, die

auf einer großen Leinwand in einer Endlosschleife vorgeführt werden, betrachten. Per Knopfdruck können sie nach jedem Film ihr Votum, ihre Meinung zum jeweiligen Problem abgeben. Das Ergebnis der aktuellen Abstimmung und aller bisherigen Abstimmungen zum jeweiligen Film wird dann auf dem Bildschirm angezeigt.



In den zehn zwei- bis dreiminütigen Clips werden aktuelle Fallbeispiele aus verschiedenen europäischen Ländern dargestellt, in denen individuelle Grundrechte, insbesondere Freiheitsrechte³, an ihre Grenzen geraten oder sich sogar gegenseitig ausschließen. Wann sind den Freiheitsrechten nach welchen Kriterien Grenzen zu setzen, ohne damit das freiheitliche Grundprinzip eines demokratischen Staates zu gefährden?

Fünf Grundrechte, die klassischen Freiheitsrechte, werden in *Free2choose* thematisiert: Recht auf Demonstrationsfreiheit, Recht auf Pressefreiheit, Recht auf freie Meinungsäußerung, Recht auf Religionsfreiheit und Recht auf Schutz der Privatsphäre. Zu jedem dieser Rechte gibt es zwei Fallbeispiele.

1 Humanity in Action (Dänemark), Anne Frank Zentrum (Deutschland), Civisme et démocratie – CIDEM (Frankreich), Kids in Action (Griechenland), Anne Frank Trust UK (Großbritannien), Centro culturale Francesco Luigi Ferrari (Italien), Verein Anne Frank (Österreich), Polnisch-Deutsches Institut (Polen), Living History Forum (Schweden), Jüdisches Museum in Prag (Tschechien).

2 Unterstützt durch die Europäische Kommission als Modellprojekt, Budgetlinie: Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft.

3 Freiheitsrechte gehören neben den Gleichheits- und den Verfahrensrechten zu den Grundrechten des Einzelnen. Diese werden dem Bürger in verschiedenen Gesetzen und Verfassungen, wie z. B. dem deutschen Grundgesetz, vom Staat garantiert. Die Entwicklung der konkret einklagbaren Grundrechte ist eng mit der Idee der Allgemeinen Menschenrechte verbunden.

Fred, eine Comicfigur, präsentiert Free2choose. Er leitet die Themen ein, indem er unsanft mit dem jeweiligen Freiheitsrecht in Konflikt gerät, und stellt am Ende jedes Clips eine Frage, die beantwortet sein will, um den angedeuteten Konflikt aufzulösen. Die Fragen sind stets so gestellt, dass sie mit Ja oder Nein beantwortet werden können.



In jedem der zehn beteiligten europäischen Partnerländer werden zwischen September 2006 und Mai 2007 ein bis drei weitere Filmclips des selben Formats produziert, in denen ähnliche aktuelle Konfliktfälle des jeweiligen Landes verhandelt werden. Die Partnerländer probieren darüber hinaus den Einsatz des Materials mit verschiedenen Zielgruppen und Methoden aus, unter anderem im Kontext von Präsentationen der internationalen Wanderausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für heute“.

Die Filmclips – Beispiele der Themen

- Zum Recht der freien Meinungsäußerung wird ein Beispiel aus London gezeigt: Eine jamaikanische Dancehall-Musikgruppe hat einen populären Musikpreis gewonnen, obwohl in einigen ihrer Songtexte zum Mord an Homosexuellen aufgerufen wird. Überwiegt an dieser Stelle die Meinungsfreiheit, die hier im Rahmen der künstlerischen Freiheit zum Ausdruck kommt? Oder verlangt die Verantwortung einer Gesellschaft, ihre Minderheiten vor Diskriminierung zu schützen, eine Einschränkung der Meinungsfreiheit?
- Neonazis, die im Rahmen einer angemeldeten Demonstration an einer Synagoge in Berlin vorbeimarschieren, zeigen, welche Schwierigkeiten das Recht auf Demonstrationsfreiheit mit sich bringen kann. Sollte und kann das verboten werden?

- Ein Beispiel aus der Türkei hinterfragt die Pressefreiheit. Hitlers „Mein Kampf“ (türkisch: „Kavgam“) wurde dort ein Bestseller. In einigen europäischen Ländern, darunter Deutschland, ist die Veröffentlichung nach wie vor verboten. Zu Recht?
- Ein Polizist in London unterläuft die englische Kleidungs Vorschrift für Polizisten. Er trägt während der Arbeit einen Turban, denn er ist Sikh und der Turban Ausdruck seiner Religion. Damit kann er das Recht auf Religionsfreiheit in Anspruch nehmen. In einigen europäischen Ländern dürfte er seinen Turban im Dienst nicht tragen – welche Lösung ist richtig?
- Der Patriot Act, ein unmittelbar nach dem 11. September 2001 in den USA erlassenes Gesetz zur Terrorbekämpfung, hatte u. a. die Folge, dass Buchladenbesitzer den staatlichen Behörden mitteilen sollten, welcher Kunde welches Buch gekauft hat. Dieser Eingriff in die Privatsphäre wurde sicherheitspolitisch gerechtfertigt. Wo verläuft in diesem Fall die Grenze des Schutzes der Privatsphäre?
- Ein deutsches Beispiel beschreibt den geplanten Bau einer Moschee in einem Ostberliner Wohngebiet. Die muslimische Gemeinde hat alle rechtlichen Bedingungen erfüllt und das Baugelände gekauft, aber viele Anwohner sind aus verschiedenen Gründen gegen den Bau. Sie pochen auf ihre demokratischen Grundrechte, um ihn zu verhindern. Wer hat Recht?



Zum Einsatz von Free2choose

Die dargestellten Fälle zeigen echte Dilemmata: auf keine der angesprochenen Fragen gibt es eine eindeutig „richtige“ Antwort. Free2choose kommt also nicht „belehrend“ daher, sondern will Jugend-

liche und Erwachsene dazu anregen, offen über demokratische Grundrechte zu diskutieren und Kriterien herauszufinden, die eine Entscheidung ermöglichen. Die Adressaten sollen zu eigenen Positionen finden und diese durch Argumente zu vertreten lernen. Dabei wird deutlich, dass es unterschiedliche Ebenen der Argumentation gibt, etwa juristische, moralische, humanistische oder politisch-strategische, die oft zu verschiedenen



Ergebnissen führen. So soll der Blick dafür geschärft werden, dass Recht und Gerechtigkeit keine absoluten Größen sind, sondern dass sich Menschen gemeinsam, manchmal mühsam und kompromissvoll, auf ihre konkrete Definition einigen müssen.

Recht und Gerechtigkeit sind keine absoluten Größen, sondern Menschen müssen sich gemeinsam auf ihre konkrete Definition einigen

Die Filmclips erlauben sowohl eine inhaltliche Vertiefung der einzelnen Themenbeispiele (z. B. Demonstrations-

freiheit), als auch – in ihrer gesamten Vielfalt – eine grundsätzliche Sensibilisierung in diesem Themenbereich. In Amsterdam und Berlin wurden für den praktischen Einsatz des Materials einige bausteinähnliche Methodenvorschläge entwickelt.⁴ Sie orientieren sich zum einen am Kontext Schulunterricht/Bildungsarbeit, zum anderen werden Vorschläge für größere, öffentliche Diskussionsveranstaltungen gemacht.

Für den Klassen- oder Seminarraum bietet es sich an, nach dem ersten, spontanen Ja-/Nein-Votum ein Setting für eine tiefer gehende Debatte zu schaffen, die sich über eine oder zwei Schulstunden erstrecken kann. Diese kann in der gesamten Gruppe, in Kleingruppen oder auch von einigen Schülerinnen und Schülern auf einem Podium stellvertretend geführt werden. Unterstützend können farbige Karten zur „Abstimmung“ eingesetzt wer-

den oder eine imaginierte Pro- und Contralinie im Raum, an der sich alle Teilnehmenden positionieren. Auf der Tafel oder dem Flipchart können Argumente gesammelt werden. Möchte man ein bestimmtes Fallbeispiel inhaltlich vertiefen, können dazu weitere Materialien wie Interviews, Zeitungsartikel oder Bilder bearbeitet werden.⁵

Für eine öffentliche Free2choose-Präsentation, die sich eher an erwachsenes Publikum richtet, wird man andere Formen wählen. Denkbar ist hier entweder der Einsatz in „Endlosschleife“, etwa auf einer Tagung oder einem Filmfestival. Möglich ist aber auch eine reale Podiumsdiskussion, an der authentische Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Standpunkte den „Fall“ vor Publikum diskutieren. Dabei kann das Publikum durch eine Abstimmung aktiv mit einbezogen werden.

Wichtiger Bestandteil aller Vorgehensweisen ist es, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer jeweils vor und nach der inhaltlichen Diskussion votieren zu lassen, damit ggf. veränderte Standpunkte oder Mehrheitsverhältnisse sichtbar werden können.

Erste Erfahrungen

Das Anne Frank Zentrum hat Free2choose in seiner deutschsprachigen Version Ende 2006 an einigen Schulen in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Berlin getestet. Nach den ersten Erfahrungen lässt sich

4 Die Methodenvorschläge stehen auf der Website des Anne Frank Zentrums zum kostenlosen Download bereit, Adresse: www.annefrank.de/materialien

5 Auch hierzu stehen bereits einige Materialien unter www.annefrank.de bereit, die in den nächsten Monaten weiter ergänzt werden sollen.



zusammenfassend festhalten, dass in allen Fällen Diskussionen angeregt wurden. Am Ende jeder Veranstaltung waren sich alle Teilnehmenden des Unterschieds zwischen juristischer und moralischer Argumentation bewusst.

In der zehnten Klasse eines Gymnasiums in Sachsen-Anhalt, in der keine Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunft sind, wurde das Tragen eines Turbans durch einen Polizisten im Dienst mit spürbar weniger Toleranz diskutiert als an einem Neuköllner Gymnasium in Berlin, wo ein großer Anteil der Schüler muslimisch ist. Der Filmclip zu der Dancehallgroup, die Homosexuelle in ihren Texten scharf diskriminiert, löste hingegen bei muslimischen Jugendlichen besonders heftige Reaktionen aus. Einige Teilnehmer waren selbst über ihre Reaktion überrascht: „Ich wusste gar nicht, dass ich so untolerant bin!“ Auch wurde in vielen Gesprächen deutlich, dass sich vor dem Hintergrund des 11. September 2001 offenbar Toleranzgrenzen verschoben und verändert hatten.

Bei Jugendlichen ohne größere Diskussionserfahrung liegt die Herausforderung von Free2choose weniger bei den Inhalten als bei der Vermittlung von Diskussionskompetenzen. In der neunten Klasse einer Förderschule etwa musste ein Weg gefunden werden, die Themen kurz, spannend und mög-

lichst an den eigenen Alltag anknüpfbar zu halten. Dabei wurden grundsätzliche Elemente verbaler Auseinandersetzung eingeübt.

Die Lehrkraft oder Multiplikator/-in kann die Klasse oder Gruppe am besten mit Blick auf Thema und Methode einschätzen. Nicht jeder Filmclip bietet sich für jede Gruppe an. Einige Themen sind ergiebiger, wenn sie inhaltlich gründlich vorbereitet oder nachbereitet werden. Die Teilnehmenden können selbst erkennen, wie schwerwiegend gruppendynamische Prozesse bei einer Entscheidungsfindung sein können, wenn offen oder

geheim zu einem Thema abgestimmt wird. Wie eigenständig man entscheidet und ob man die Entscheidung auch aus einer Minderheit heraus vor den anderen vertritt, kann in dieser Situation erfahrbar werden. Jede Diskussion über Free2choose ermöglicht unerwartete Verläufe, für die man offen sein sollte. Zu erwarten ist in jedem Fall eine Auseinandersetzung, die zur Sensibilisierung für demokratische Grundfragen beiträgt.



Katja Lucke arbeitet als freie Historikerin in Berlin – vor allem in der Gedenkstättenarbeit und zum Nationalsozialismus – und hat das hier vorgestellte Projekt entwickelt. Sie lebt in Berlin.

E-Mail: k.lucke@web.de

Anja Witzel ist Fachbereichsleiterin Wanderausstellung beim Anne-Frank-Zentrum (zurzeit im Mutterschaftsurlaub).

Kontakt und Bezug des Materials :

Anne Frank Zentrum, Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin

Tel. 030/2888 656-00

www.annefrank.de (Onlineshop)

E-Mail: zentrum@annefrank.de

Meldungen

Haushalt 2008 verabschiedet

In der letzten Novemberwoche beschloss der Deutsche Bundestag den Haushalt für das Jahr 2008. Er umfasst – wie im Regierungsentwurf festgelegt – ein Ausgabenvolumen von 283,2 Milliarden Euro. Änderungen gegenüber dem Entwurf gab es jedoch bei einzelnen Etats. So wird das Bundesministerium des Innern nun 215 Millionen Euro mehr erhalten, als im Haushaltsentwurf der Regierung vorgesehen war. Im nächsten Jahr wird es 5,1 Milliarden Euro ausgeben können, wobei der große Gewinner der Haushaltsberatungen im BMI der Sport ist. Der Bundestag stockte die Sportfördermittel um 18 Millionen auf 127 Millionen Euro auf. Auch die Bundeszentrale für politische Bildung kann mit mehr Geld rechnen, als ursprünglich vorgesehen war, denn ihr Etat wurde gegenüber dem Regierungsentwurf um insgesamt eine Million Euro erhöht. Davon sollen 500.000 Euro zusätzlich für die projektorientierte Bildungsarbeit zur Verfügung gestellt werden, und zwar ausschließlich für die Zielgruppe der Kinder, Jugendlichen und bildungsfernen Schichten. Die SPD-Bundestagsfraktion hielt sich zugute, dass durch ihren Einsatz die Mittel für politische Bildung erhöht wurden.

Das Ministerium für Bildung und Forschung hat seinen Haushalt

stärker als je zuvor steigern können. Es verfügt im kommenden Jahr über 9,35 Milliarden Euro und damit um 10 Prozent mehr als im Jahr 2007. Da die Kompetenzen für die Bildung in der Folge der Föderalismusreform weiter zurückgegangen sind, wird sich das Ministerium vor allem auf die Förderung verschiedener Forschungsbereiche konzentrieren, wie Klimaforschung, Gesundheitsforschung und Medizintechnik. Die zusätzlichen Mittel werden auch der BAföG-Anhebung um zehn Prozent bei den Bedarfssätzen und acht Prozent bei den Freibeträgen für Schüler und Studierende zugute kommen. Außerdem wird das Bundesministerium ein neues, bundesweites Pilotprojekt zur Förderung der Berufsorientierung in Berufsbildungsstätten starten und mit bis zu 15 Millionen Euro Maßnahmen fördern, die Jugendlichen den Übergang von der Schule in eine duale Berufsausbildung durch das Angebot einer frühzeitigen, praxisbezogenen und systematischen Berufsorientierung erleichtern sollen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird ebenfalls im kommenden Jahr mehr Geld erhalten, als die Bundesregierung noch in ihrem Etatentwurf vorgesehen hatte.

14 Millionen Euro haben die Parlamentarier in ihren Beratungen noch zusätzlich bewilligt, sodass das Ministerium nunmehr über ein Gesamtvolumen von 6,21 Milliarden Euro verfügen kann. Die Aufstockung fließt vollständig in die Finanzierung des Elterngeldes, für das mehr als 4 Milliarden Euro eingesetzt werden.

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes haben Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2006 insgesamt 20,9 Milliarden Euro für Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben, wobei nach Abzug der Einnahmen, unter anderem aus Gebühren und Teilnahmebeiträgen, netto rund 18,8 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe aufgewendet wurden und damit 0,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Mehr als die Hälfte der Bruttoausgaben wurde für Kindertagesbetreuung geleistet. Für Maßnahmen der Jugendarbeit, z. B. außerschulische Jugendbildung, Kinder- und Jugenderholung oder internationale Jugendarbeit, wurden 1,4 Milliarden Euro oder 6,6 Prozent der Gesamtausgaben aufgebracht.

AB-07-109

Diskussion über Bildungsforschung

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung hat zusammen mit dem Präsidenten der Kultusministerkonferenz, dem Berliner Wissenschaftssenator Prof. E. Jürgen Zöllner, Mitte November ein

neues Rahmenprogramm zur Stärkung der empirischen Bildungsforschung vorgestellt. In der empirischen Bildungsforschung sehen Bund und Länder eine wichtige Voraussetzung zur Ver-

besserung der Qualität von Bildung. Das Programm soll Grundlagen für Maßnahmen schaffen, um die Position von Schülerinnen und Schülern aus Deutschland in internationalen Vergleichsstu-

dien zu verbessern, so Ministerin Schavan. Das BMBF finanziert das Rahmenprogramm zu 100 Prozent und plant, in den nächsten fünf Jahren insgesamt 120 Millionen Euro dafür bereit zu stellen.

Der entscheidende Ansatz des neuen Forschungsprogramms liegt in der Entwicklung eines Instruments zur Erfassung und Bewertung von Bildungsbiografien. Es geht nicht mehr wie bisher um Momentaufnahmen von der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen, sondern um die Abbildung gesamter Bildungsverläufe. Mit Längsschnitterhebungen sei es möglich, ein zuverlässiges Bild über ganze Werdegänge zu erhalten. So könnten Verbesserungskonzepte passgenauer entwickelt werden. Bund und Länder wollen bei der Umsetzung eng zusammenarbeiten. Aus Ländersicht gehören zu den Themenfeldern, die von der empirischen Bildungsforschung vorrangig bearbeitet werden sollten, im Schulbereich die Weiterentwicklung und Analyse von Tests und Verfahren der Evaluation, die Unterrichts- und Schulentwicklung, die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern sowie die Professionalisierung der Lehrkräfte. Im Hochschulbereich sind die Länder insbesondere an Fragestellungen zu den Schnittstellen Schule/Hochschule, Hochschule/Beruf und Hochschule/Wirtschaft interessiert. Weitere Themenbereiche sind die Qualitätssicherung in der Lehre, die internationale Vernetzung von Hochschulen, die langfristige Entwicklung des Hochschulsystems und die wissenschaftliche Weiterbildung. Die Länder wollen auch Forschungsarbeiten in den Bereichen berufliche Bildung und Erwachsenenbildung anregen.

Die PISA-Studien sind in die Kritik geraten, so zuletzt kurz vor der

Veröffentlichung der neuen Studie Anfang Dezember. In einem von Wissenschaftlern aus sieben europäischen Ländern vorgelegten Buch, das die PISA-Studien selbst einer Untersuchung unterzieht, wird dem PISA-Projekt eine Fülle an Schwachstellen und Fehlerquellen vorgeworfen, die viele Ergebnisse und Analysen in Frage stellen. Wer auf der Grundlage der PISA-Instrumentarien über Schulstrukturen, Lehrpläne, nationale Tests oder die zukünftige Lehrerbildung befinden wolle, sei nicht gut beraten. PISA sei im besten Fall eine interessante Jugendstudie über die mehr oder weniger zufällige Verteilung eines sehr testspezifischen Wissens in den beteiligten OECD-Ländern. Damit ließen sich jedoch wissenschaftliche Vergleiche der Leistungsfähigkeit der jeweiligen Bildungssysteme oder gar einzelner Schulformen und Schulen nicht begründen.

Trotz PISA und anderer Studien ist Deutschland von einer Umsteuerung noch weit entfernt, wenn die Zahl der Lehrkräfte zum Maßstab genommen wird. So sieht es die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die angesichts der Einstellungspraxis der Länder vor zunehmendem Unterrichtsausfall, größeren Klassen und einer steigenden Belastung der Lehrerinnen und Lehrer gewarnt hat. Im laufenden Jahr hätten die Länder 3.800 Lehrkräfte weniger eingestellt als von der Kultusministerkonferenz in ihrer Bedarfsanalyse 2003 prognostiziert worden sei. Die GEW konstatiert eine Einstellungslücke von 17.400 Lehrern, die sich innerhalb von fünf Jahren aufgetan habe. In ihrem „Lehrermarktsbericht 2007“, der von Kathrin Dederich und Frank Meetz erstellt wurde, werde zudem deutlich, dass es eine Gleichzeitigkeit von Lehrermangel und Lehrerarbeitslosigkeit gebe. Ob-

wohl händeringend Lehrkräfte für Mathematik und Physik und in manchen Regionen junge Lehrkräfte gesucht werden, hätten 2007 rund 30.000 Bewerber/-innen keine Stelle erhalten. Wenn die Länder nicht gegensteuerten, werde im Zuge der anrollenden Pensionierungswelle ganzer Lehrergenerationen ein gravierender Mangel Realität, wobei die „Sparkommissare“ in den – vor allem westlichen – Bundesländern für die Diskrepanz zwischen Bedarf und Einstellungspraxis verantwortlich seien.

Die Untersuchung von Dederich/Meetz ist auf der GEW-Website (www.gew.de) abrufbar.

Auch der Bundesvorsitzende des Verbands Bildung und Erziehung (VEB), Ludwig Eckinger, hat davor gewarnt, die Schuldenbremse für Kürzungen von Ausgaben für Kinder und Jugendliche zu instrumentalisieren. Im Vorfeld einer Anhörung zur Föderalismusreform II forderte Eckinger, dass die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein deutliches Signal zur Stärkung des Bildungsbereichs setzen müsse. Stattdessen gelte die Finanzierung der öffentlichen Bildung als Haushaltsbelastung. Der VEB fordert, Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ersten Ranges anzuerkennen. Dies schließe ein, die Finanzierung von besseren Lernbedingungen in den öffentlichen Bildungseinrichtungen als Investition zu würdigen. Eckinger schlug vor, Artikel 115 im Grundgesetz neu zu fassen, da nach dem geltenden Investitionsbegriff Beton zwar kreditwürdig sei, aber Bildung als ein Haushaltsposten gelte, der die Schulden hochtreibe.

Die Erziehungswissenschaften scheinen dennoch wieder an Attraktivität für Studienanfänger/

-innen zu gewinnen. Jedenfalls teilte die Justus-Liebig-Universität Gießen mit, dass es in den beiden neuen Studiengängen in den Erziehungswissenschaften Rekordzahlen bei den Erstsemestern gegeben habe, die sich für den Bachelor-Studiengang „Bil-

dung und Förderung in der Kindheit“ immatrikuliert hätten. Als dieser Studiengang vor einem Jahr zum ersten Mal angeboten wurde, meldeten sich dafür nur 60 Studentinnen und Studenten, während es in diesem Jahr bereits 287 waren. Für den Studien-

gang „Außerschulische Bildung“ immatrikulierten sich in diesem Wintersemester insgesamt 160 Studierende; vor einem Jahr waren es nur 46.

AB-07-110

Nationaler Integrationsplan wird umgesetzt

Vor etwa vier Monaten wurde der Nationale Integrationsplan veröffentlicht; am 8. November 2007 debattierte der Deutsche Bundestag darüber. Die für Integration zuständige Staatsministerin, Prof. Dr. Maria Böhmer, sah die Umsetzung dieses Plans auf einem guten Weg. Obwohl der größere Teil der Zugewanderten seinen Platz in der Gesellschaft gefunden habe und mit eigenen Fähigkeiten und Leistungen zum Wohlstand und zur Vielfalt des Landes beitrage, hätten auch die Integrationsprobleme in den vergangenen Jahren zugenommen. Für die Bundesregierung sei Integration eine Aufgabe von nationaler Bedeutung, die gemeinsam mit Vertretern und Vertreterinnen der Migrantinnen und Migranten in Angriff genommen werde. Integration könne nicht verordnet und nicht allein vom Staat geleistet werden, sondern müsse in der gesamten Gesellschaft wachsen und vorangebracht werden. Dafür sei eine aktive Bürgergesellschaft Voraussetzung. Böhmer verwies auf die 400 Selbstverpflichtungen, die von allen am Zustandekommen des Nationalen Integrationsplans Beteiligten formuliert worden waren. Die Bundesregierung habe 150 Selbstverpflichtungen eingebracht und stelle 750 Millionen Euro dafür bereit, dass Integration in Deutschland vorankomme. Dabei ziehe sich der Erwerb der deutschen Sprache wie ein

roter Faden durch den gesamten Plan, denn die Beherrschung der deutschen Sprache sei Voraussetzung für den Zugang zu den Chancen und Möglichkeiten, die Deutschland biete. Für die Bundesregierung seien die Integrationskurse das entscheidende Instrument, um die Sprachförderung voranzubringen. Dazu werde in Kürze eine Verordnung auf den Weg gebracht. Besondere Bedeutung habe die Förderung der Sprachkenntnisse von Müttern, wobei die Bundesregierung mit dem neuen Zuwanderungsgesetz darauf dringe, dass schon im Herkunftsland erste Sprachkenntnisse erworben werden. Frauen, die nach Deutschland einreisen, dürften nicht ausgeschlossen und unmündig bleiben. Bildung sei der Schlüssel für Integration. Deshalb seien die Länder in der Pflicht, die sich um die Sprachförderung der Kinder kümmern müssten. Den Jugendlichen und ihren Eltern müsse vermittelt werden, dass über Bildung und Ausbildung der Weg in eine gute Zukunft in Deutschland gehe.

Böhmer kündigte an, in einem Jahr eine Zwischenbilanz zum Stand der Umsetzung des Integrationsplans ziehen zu wollen.

Für die FDP-Bundestagsfraktion begrüßte Sibylle Laurischk, dass die Bundesregierung sich der Integrationsaufgaben annehme. Jedoch sei man skeptisch, ob der

Plan auch zu den erhofften Ergebnissen führen werde. Die Abgeordnete bemängelte, dass der Deutsche Bundestag mit seinen Fraktionen zur Erstellung des Nationalen Integrationsplans nicht eingeladen worden sei. Integration sei eine zu wichtige Aufgabe, die möglichst fraktionsübergreifend geregelt werden müsse. Stattdessen stelle sich der Integrationsgipfel als eine „Abnickveranstaltung der Regierungspolitik ohne Beteiligung des Parlaments“ dar. Die Abgeordnete verwies darauf, dass bei Prüfung der Zahlen in der aktuellen Haushaltsdiskussion die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich werde. Für die „Integration junger Zuwanderinnen und Zuwanderer“ seien die Mittel im Etat des Familienministeriums real um 14 Millionen Euro gekürzt worden. Die FDP halte zudem im neuen Zuwanderungsrecht die Regelung für verfassungswidrig, die Sprachtests für zuwandernde heiratswillige Frauen vorsehe.

Fritz Rudolf Körper von der SPD-Bundestagsfraktion lobte die gute Zusammenarbeit mit Staatsministerin Böhmer und erinnerte an die verschiedenen Stationen der Einwanderung im Nachkriegsdeutschland. Er ging in seiner Rede vor allem auf die schlechte Ausbildungssituation der Migrantengenerationen zwischen 25 und 35 Jahren ein und forder-

te eine Qualifizierung der bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten, wobei die Länder besonders gefordert seien.

Sevim Dagdelen, Die Linke, würdigte den Nationalen Integrationsplan und die zwei Integrationsgipfel als „wichtige, nötige und seit langem überfällige Initiativen von hohem Symbolwert“. Dennoch sei die Enttäuschung groß, da Symbole allein nichts nützten und die im Plan enthaltenen Absichtserklärungen ungeeignet seien, die vielen Benachteiligungen und Diskriminierungen in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik abzuschaffen. Auch bessere Sprach- und Integrationskurse allein könnten die Migranten nicht vor den Hartz-Gesetzen, Arbeitsverboten und sozialen Benachteiligungen im Bildungssystem schützen. Zudem finde sich kein Wort über Rassismus und Diskriminierungen in allen Bereichen der Gesellschaft und über diskriminierende, ausgrenzende Gesetze und Regelungen. Stattdessen werde der Eindruck erweckt, als wurzele die unzureichende Integration im Unvermögen und im Unwillen der zu Integrierenden. Das Problem werde weitgehend auf mangelnde Deutschkenntnisse reduziert, wobei die Mehrheitsgesellschaft lediglich die Aufgabe habe, Migranten dabei zu fördern und zu fordern. Wenn man die Integration von Menschen wolle, müsse man die Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Renate Künast, Bündnis 90/Die Grünen, machte ebenfalls nicht mehr als Absichtserklärungen im Nationalen Integrationsplan aus. Die Bundesregierung schmücke sich nun mit Maßnahmen, die von der CDU früher bekämpft worden seien. Für die Konservativen ende Integration immer dann, wenn es darum gehe, den Migrantinnen und Migranten Rechte zu geben.

Stattdessen erhielten die Eingewanderten nicht einmal das Wahlrecht auf kommunaler Ebene, um dort teilhaben und mitorganisieren zu können. Künast warf der CDU vor, insbesondere die Interessen der Migrantinnen vernachlässigt zu haben, indem sie alle Möglichkeiten zur Verbesserung des rechtlichen Status' dieser Gruppe abgelehnt habe.

Während Hartmut Koschnyk (CDU/CSU) auf das wichtige Integrationsfeld Erwerbsleben verwies und den Grünen vorhielt, dass „Multikultiseligkeiten“ nicht weiterführten, forderte Hartfrid Wolff von der FDP, darüber nachzudenken, wie die Akzeptanz eines verfassungstreuen Islam in Deutschland verbessert werden könne. Dr. Michael Bürsch (SPD) sprach sich für ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EG-Bürger aus und mahnte eine doppelte Staatsangehörigkeit auch für Nicht-EU-Bürger/-innen an. Petra Pau (Die Linke) unterstützte diese Vorschläge, Swen Schulz (SPD) würdigte insbesondere die Rolle des Sports bei der Integration von Menschen ausländischer Herkunft. Josef Philip Winkler (Bündnis 90/Die Grünen) reklamierte Aktivitäten der Länder bei der Umsetzung des Integrationsplans. Er konstatierte, dass es kaum konkrete Projekte gebe, sondern Vorhaben, die entweder schon vorher bestanden oder nicht viel Arbeit kosteten.

Reinhard Grindel (CDU/CSU) widersprach diesem Vorwurf und nannte als ein Beispiel für konkrete Maßnahmen die Integrationskurse, in denen nicht nur sprachliche Kenntnisse vermittelt würden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sehe Deutschland als „Integrationsland“ und lege hier auch den Schwerpunkt. Der Status der Integrationsbeauftragten sei ein Zeichen dafür, dass Integration für seine Fraktion

Querschnittsaufgabe und vor allen Dingen Chefsache sei.

Caren Marks (SPD) beendete die Debatte mit Hinweisen auf die familienpolitische Bedeutung des Nationalen Integrationsplans. Integration sei auf Mitwirkung angewiesen und insbesondere den Müttern mit Migrationshintergrund komme eine Schlüsselstellung für die Integration ihrer Kinder zu.

Im Vorfeld der Debatte hatte der Innenausschuss über den Bericht zur Lage der Ausländer diskutiert und dabei wurde Staatsministerin Böhmer, der Vorwurf gemacht, die Herstellung des aktuellen Berichts zu verzögern. Die Linksfraktion forderte, den Bericht „zügig“ vorzulegen, nachdem er schon im Juni hätte vorliegen müssen. Im Innenausschuss bekräftigte Staatsministerin Böhmer, dass am Bericht derzeit „mit Hochdruck“ gearbeitet und er dem Parlament noch im Dezember zugehen werde.

Im November fand eine internationale Konferenz statt, die „das Menschenrecht auf Bildung im Kontext von Migration und Integration“ in den Mittelpunkt stellte. Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus Europa, Afrika, Asien und Amerika widmeten sich der Frage nach der Gestaltung humaner Migrationsprozesse und deren Unterstützung durch Bildung. Beteiligt daran waren 230 Bildungsexpert/-innen aus 60 Ländern. Dabei ging es vor allem auch um die Möglichkeiten der Erwachsenenbildung, die nicht nur Zugänge zum Arbeitsplatz öffnen, sondern auch helfen könne, kulturelle Schranken zu überwinden. Die Konferenz hatte zum Ziel, Netzwerke für die Weiterbildung von Migrantinnen und Migranten zu schaffen und Projektbeispiele und Erfahrungen aus vier Kontinenten zu diskutieren.

Initiative „Orte der Vielfalt“

Ende November startete die Bundesregierung, vertreten durch die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen, den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Peter Altmaier, und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Maria Böhmer, die Initiative „Orte der Vielfalt“ in Berlin. Ihr Ziel ist es, bis zum Jahr 2010 möglichst viele Kommunen und Akteure der Zivilgesellschaft in ganz Deutschland dafür zu gewinnen, sich vor Ort für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu engagieren. Die Aktion wird unter anderem durch Vertreter der Frauen- und Männer-Nationalmannschaften des Deutschen Fußball-Bundes unterstützt. Auch die Bundesländer, die kommunalen Spitzenverbände sowie Organisationen der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften unterstützen die Initiative.

Auf einer gemeinsamen Veranstaltung wurde von den Verbänden und Organisationen in Berlin eine gemeinsame Erklärung zu den Zielen der Initiative abgegeben. Darin heißt es, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei, die von Bund, Ländern, Kommunen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Bürgern und Bürgerinnen, den politischen Parteien und Medien, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, von Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie dem Sport aktiv erfüllt werden müsse. Für die Stärkung von Toleranz und Demokratie sei der lokale Raum von herausragender Bedeutung, da

vor Ort die Auswirkungen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus besonders spürbar sind. Es komme deshalb vor allem auf Handlungsbereitschaft und Selbstverständnis der Kommunen und der Zivilgesellschaft an, um der Verbreitung und Verfestigung rechtsextremistischer Einflüsse entgegenwirken zu können.

Zu den Organisationen, die diese bundesweite Initiative unterstützen und ihr Gelingen aktiv fördern wollen, gehört auch der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, der auf der Veranstaltung durch Boris Brokmeier, den stellvertretenden Geschäftsführer, vertreten war. Er betonte, dass Rechtsextremismus und Intoleranz nicht nur durch Sondermittel – insbesondere im Bereich der Jugendarbeit – zu bekämpfen, sondern auch Förderprogramme in der politischen Erwachsenenbildung notwendig seien, um wirksam gegen fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen vorgehen zu können.

Alle über 12.000 Kommunen in Deutschland sind nun aufgerufen, sich durch Unterzeichnung der Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie an der Initiative zu beteiligen und somit deutlich sichtbar zur Vielfalt als zentralem Grundwert demokratischen Zusammenlebens zu bekennen. Kommunen, die die Erklärung unterzeichnet haben, werden in einer Deutschlandkarte auf der Website www.orte-der-vielfalt.de farbig markiert. Wenn die Kommunen die Erklärung unterzeichnet haben, können sie sich als „Ort der Vielfalt“ bewerben. Hierfür ist allerdings eine Mindestzahl von 10.000 Einwohnern Voraussetzung. Kommunen mit einer geringeren Ein-

wohnerzahl können sich mit benachbarten Kommunen zusammenschließen und sich zusammen bewerben. Die Initiative soll zunächst bis zum Jahr 2010 laufen.

Wie die Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion (BT-Drucksache 16/6415) zum Thema Rechtsextremismus und Medien Anfang Dezember mitteilte, gibt es rund 1.000 deutschsprachige Internetpräsenzen und 12 Internetradios mit rechtsextremistischen Inhalten, die der Bundesregierung derzeit bekannt sind. Somit ist das Internet zu einer „wichtigen Propaganda-Plattform“ für die Präsentation und den Austausch rechtsextremistischer Inhalte geworden. Die Bundesregierung geht allerdings davon aus, dass eine Bekämpfung antisemitischer und rassistischer Inhalte nicht allein durch nationale Verbote möglich ist. Deshalb setze sie mehr auf präventive Maßnahmen, zu denen die kontinuierliche Beobachtung rechtsextremer Aktivitäten im Internet sowie die Kontaktaufnahme zu in- und ausländischen Providern zählen. Außerdem will die Bundesregierung die Medienkompetenz Jugendlicher im Umgang mit entsprechenden Websites stärken und sie zu einem „kompetenten und kritischen Umgang“ mit antisemitischen und rassistischen Seiten befähigen.

Auch die deutschen Medien sind im Umgang mit dem Rechtsextremismus gefordert. Der Bonner Extremismus-Experte Ulrich Dörmann stellte eine „fortgesetzte Hilflosigkeit“ der Medien bei diesem Thema fest. Notwendig seien gemeinsame Standards der deutschen Medien im Umgang mit dem Rechtsextremismus. Bislang folgten viele Journalisten

der Strategie, Rechtsextreme nie zu zitieren, sondern nur über deren Taten zu berichten. Viele Journalisten steckten in

einem großen Dilemma: Wenn man zuviel berichte, fördere man Neonazis, berichte man aber zu wenig, behindere man

die Auseinandersetzung mit ihnen.

AB-07-112

Anhörung zur Gedenkstättenförderung des Bundes

Der Bundestagsausschuss für Kultur und Medien hat Anfang November zu einer öffentlichen Anhörung eingeladen, in der es um die künftige Gedenkstättenförderung des Bundes geht. Zu den eingeladenen Experten gehörten unter anderem Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Ruhr-Universität Bochum, Prof. Dr. Salomon Korn, Jüdische Gemeinde Frankfurt/Main, Prof. Dr. Wolfgang Benz, Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin. Gegenstand der Anhörung waren neue institutionelle Gedenkstättenförderungen durch den Bund, zusätzliche Vorhaben zur Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur, eine Erweiterung des Förderauftrags der Stiftung Aufarbeitung und dringend erforderliche Bau- und sonstige Maßnahmen.

Die Experten sprachen sich für eine Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption aus dem Jahr 1999 aus und konzedierten der zur Beratung vorgelegten Konzeption, dass sie ihrem Anspruch, Verantwortung wahrzunehmen, die Aufarbeitung zu verstärken und das Gedenken zu vertiefen, gerecht werde. Beide Diktaturen würden „differenziert“ darge-

stellt und damit eine Gleichsetzung verhindert. Um eine angemessene Bewertung totalitärer Diktaturen zu ermöglichen, seien normative Maßstäbe nötig, bei denen man sich nur an einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft orientieren könne. Der Staat solle sich jedoch bei der konkreten Gestaltung der Gedenkstätten zurückhalten, so eine Empfehlung von Bernd Faulenbach, denn Gedenkstätten sollten keine bestimmte Botschaft veranschaulichen, sondern die Widersprüchlichkeit des historischen Prozesses aufzeigen. Wolfgang Benz warnte davor, die Rolle von Gedenkstätten bei der Bekämpfung von Antisemitismus zu überschätzen. Sie seien nicht zur Läuterung rechtsradikaler und antisemitischer Jugendlicher geeignet. Erinnerungspolitik könne nicht leisten, was in den Schulen vernachlässigt werde.

Welche Voraussetzungen Menschen zu Helfern machen, ist Gegenstand eines interdisziplinären Projekts zu altruistischem Handeln unter nationalsozialistischer Herrschaft, das von der VolkswagenStiftung mit rund 348.000 Euro gefördert wird. Während sich Untersuchungen

zum Holocaust bisher hauptsächlich auf die Entstehungsbedingungen des Massenmords und auf das Handeln der Täter konzentrierten, wurde das Verhalten derjenigen, die sich dem Töten verweigerten oder potenzielle Opfer retteten, bislang kaum beachtet und erforscht. Dem Verhalten dieser Menschen will nun das Kulturwissenschaftliche Institut in Essen auf den Grund gehen. Die Federführung für das Projekt liegt bei Prof. Dr. Harald Welzer, Direktor des Zentrums für Interdisziplinäre Gedächtnisforschung am KWI Essen.

Das neue Projekt, das rund 2.500 Fallgeschichten, die bei der Gedenkstätte Deutscher Widerstand archiviert sind, der Untersuchung zugrunde legt, will vor allem die sozialen Bedingungen entschlüsseln, unter denen geholfen wurde. Es ist das Ziel der Untersuchung, die Handlungssituationen der Helfer sowie ihre Situationswahrnehmungen, ihre Hintergrundannahmen und sozialen Verpflichtungen zu rekonstruieren und damit die Variablen zu identifizieren, die für selbstloses Handeln entscheidend sind.

AB-07-113

Wohin mit den Stasi-Unterlagen?

Im Zusammenhang mit der Vorlage des Gedenkstättenkonzepts durch Kulturstaatsminister Bernd

Neumann geriet auch die Zukunft der Behörde für die Stasi-Unterlagen, kurz Birthler-Behör-

de genannt, in die Diskussion. Neumann hatte in seinem Konzept vorgeschlagen, die Erinne-

rung an die SED-Diktatur durch einen Geschichtsverbund zu stärken, der alle mit der DDR-Geschichte befassten Institutionen vereint. Während einzelne Museen und Gedenkstätten institutionell gefördert werden, sollen andere nur jährlich unterschiedliche Projektmittel beantragen können. In Berlin und seinem unmittelbaren Umland konzentriert sich schon jetzt der größte Teil der dafür infrage kommenden Einrichtungen, unter anderem auch die Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Mittelfristig soll sie jedoch aufgelöst werden, wobei die Planungen darauf zielen, die Stasi-Unterlagen über das Bundesarchiv teilweise an die Landesarchive zu übergeben, die Forschungsabteilung soll in die Stiftung Aufarbeitung wandern und die politische Bildung von den Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung wahrgenommen werden. An der Behörde hatte es in letzter Zeit Kritik gegeben, die vor allem ihre Arbeitsweise betraf und die Tatsache, dass dort auch ehemalige MfS-Mitarbeiter beschäftigt sind. Nicht zuletzt hatte die Behörde mit der Präsentation angeblich sensationeller Funde aus dem Archiv die Frage nach der Qualität ihrer Leistungen provoziert. Allerdings ist ihr zugute zu halten, dass sie sich in den zurückliegenden Jahren vornehmlich darauf konzentrieren musste, Stasi-Opfern ihre Akten zugänglich zu machen und Anfragen zu beantworten. Insgesamt wurden bisher mehr als 1,7 Millionen Personen überprüft, 2,3 Millionen beantragten Akteneinsicht. Im vergangenen Jahr konnte der Anstieg von Personen, die ihre Unterlagen einsehen wollten, mit 20 Prozent gegenüber 2005 beziffert werden. Dieser Anfragedruck absorbierte das Personal, das dadurch weniger Zeit hatte, die Aktenbestände zu erschließen.

Allerdings sei von Anfang an klar gewesen, so Experten, die sich an der Diskussion beteiligten, dass die Stasi-Unterlagen-Behörde keine unbefristete Einrichtung sein würde und ihr Auftrag politisch inzwischen erfüllt sei. Während sich viele Historiker dafür aussprechen, die Stasi-Unterlagen möglichst bald ins Bundesarchiv zu überführen, damit es für Wissenschaftler, Journalisten und Bürger dann leichter sein werde, Akten einzusehen, verweisen andere in der Diskussion auf die Vorschriften, die das Bundesarchivgesetz enthält, das erhebliche Einschränkungen bei personenbezogenen Unterlagen vorsieht. Im Übrigen befinden sich bereits das Schriftgut der SED, der DDR-Blockparteien, Massenorganisationen und Gewerkschaften im Bundesarchiv. Diese Materialien unterliegen nach dem Willen des Gesetzgebers ausdrücklich nicht der 30-jährigen Sperrfrist wie andere Archivalien, die im Bundesarchiv lagern. Eine ähnliche Regelung könnte der Bundestag auch für die Stasi-Unterlagen beschließen, er müsse dann aber die besonderen rechtlichen Probleme bei personenbezogenen Akten berücksichtigen.

Der Kulturausschuss des Deutschen Bundestages befasste sich im November mit der Frage, wie das Erbe der DDR in die Erinnerungskultur integriert werden könnte. In diesem Zusammenhang ging es auch um die Zukunft der Bundesbehörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes.

Während Rainer Eppelmann, der Vorsitzende der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Auffassung vertrat, dass es nicht entscheidend sei, unter welchem Dach zukünftig die Stasi-Unterlagen archiviert werden, eine eventuelle Verlagerung in das Bundesarchiv allerdings nicht zu einer „Verschlechterung der

Akteneinsicht“ führen dürfe, vertrat Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, die Auffassung, dass die Anwendung des allgemeinen Archivrechts auf die Stasi-Unterlagen noch auf längere Sicht verfassungsrechtlich und datenschutzrechtlich unzulässig und deshalb eine rechtliche Sonderregelung notwendig sei, um den besonderen Opferschutzinteressen gerecht zu werden. Prof. Hartmut Weber, Präsident des Bundesarchivs Koblenz, konnte dagegen keine wesentlichen Unterschiede zwischen dem Stasi-Unterlagen-Gesetz und dem Bundesarchivgesetz hinsichtlich des Zugangs zu personenbezogenen Unterlagen durch Presse und Medien erkennen.

Prof. Volkhard Knigge, Direktor der Gedenkstätte Buchenwald, bezog sich in der nicht-öffentlichen Anhörung auf Probleme bei der Ausstattung von Gedenkstätten in Deutschland. Wenn keine Mittel für die pädagogische Betreuung von Gedenkstätten zur Verfügung gestellt würden, helfe es auch nicht, die bauliche Infrastruktur zu verbessern. „Wir brauchen keine schönen Kulissen, sondern eine gute pädagogische Ausstattung“, so Knigge.

Vor der Anhörung hatte der Ausschuss einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP zur Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals zugestimmt. Abgelehnt wurden hingegen Anträge der Fraktion Die Linke zur Errichtung eines Denkzeichens in Leipzig sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die einen „öffentlichen Denkprozess“ über ein Freiheits- und Einheitsdenkmal gefordert hatte.

Die Diskussion über den Umgang mit dem DDR-Erbe ist auch vor

dem Hintergrund der in letzter Zeit durch Studien festgestellten Defizite über Kenntnisse der DDR-Geschichte zu sehen. So hat eine Untersuchung, die sich auf Berliner Schüler/-innen bezog, eine zunehmende Verklärung der DDR und ihre überwiegende Unkenntnis hinsichtlich der historischen Zusammenhänge zutage gefördert. CDU, Grüne und FDP im Berliner Abgeordnetenhaus forderten, die Gedenkstättenbesuche auszudehnen, um den Schülern die Schattenseiten des DDR-Regimes zu verdeutlichen, und eine verbindlichere Form der Festschreibung zur Behandlung der DDR-Geschichte in den Rahmenplänen. Auch SPD-Fraktionschef Michael Müller forderte, dass die Aufarbeitung der DDR-Geschichte einen höheren Stellenwert haben sollte. Allerdings haben Lehrer aus dem Westteil, die in den östlichen Bezirken Berlins unterrichten, regelmäßig darüber berichtet, dass in den dortigen Kollegien Kritik an der DDR nicht erwünscht sei. Stattdessen würden die „Errungenschaften“ des DDR-Bildungssystems gelobt und dessen Schattenseiten ausgeblendet.

Nach der Wende wurden fast alle DDR-Lehrer/-innen übernommen und geben daher schon rein zahlenmäßig immer noch den Ton in vielen Schulen an. Nach aktuellen Angaben der Bildungsverwaltung sind noch heute rund 9.900 Lehrkräfte in Berlin tätig, die zu Zeiten Margot Honeckers als DDR-Bildungsministerin ihre Ausbildung absolviert haben. Von ihnen sind rund 3.450 in Westberliner Schu-

len tätig, weil sie infolge des Geburtenrückgangs im Ostteil ersetzt werden mussten.

Für die Studie wurden 2.350 Schüler befragt, die Schulen in Steglitz, Zehlendorf, Neukölln, Marzahn-Hellersdorf, Pankow, Treptow-Köpenick, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg besuchen. 1.081 stammten aus West- und 1.000 aus Ostschulen. 111 Schüler/-innen stammten aus dem Ausland. Die Altersspanne umfasste Schüler/-innen von 16 bis 17 oder mehr Jahren. Die Jugendlichen aus beiden Teilen der Stadt sind sich mehrheitlich darin einig, dass sie mehr über die DDR wissen wollen und finden, dass das Thema in der Schule „zu wenig“ behandelt wird. Diese Auffassung hat fast jede/-r zweite Befragte in Ost und West vertreten. Rund 30 Prozent waren allerdings der Meinung, dass die Schulen damit „gerade richtig“ umgingen, während 20 Prozent bemängelten, das Thema werde „überhaupt nicht“ behandelt.

Bei der Untersuchung war festgestellt worden, dass die Schüler und Schülerinnen beispielsweise zur Hälfte der Auffassung zustimmten, dass die DDR keine Diktatur gewesen sei, sondern sich die Menschen dort nur wie überall anpassen mussten. Immerhin rund 30 Prozent der Schüler (davon der größere Teil aus dem Osten stammend) schlugen Konrad Adenauer der DDR zu und selbst Willy Brandt wurde von knapp 27 Prozent der Befragten als DDR-Politiker angesehen. Dass

mit entsprechenden schulischen Leistungen jeder in der DDR Abitur machen und anschließend studieren konnte, glauben 43,4 Prozent der Befragten und dass die Wirtschaft nur gut funktionieren könne, wenn der Staat alles plane und lenke, fand die Zustimmung von 34,4 Prozent, wobei sich hier die Auffassungen der Schüler im Westen und im Osten zahlenmäßig sogar annähern. Große Zustimmung fand auch die Feststellung, dass es gut sei, dass in der DDR jeder einen Arbeitsplatz hatte, auch wenn der Staat die Löhne bestimmte und der Wohlstand gering war. Beim Vergleich der Verhältnisse in der DDR oder der BRD schneidet die DDR bei vielen Antworten der Schüler/-innen aus Berlin Ost gleich gut ab wie die Bundesrepublik Deutschland. Dies betrifft vor allem Aussagen zu Betreuungsangeboten in Schule und Kindergarten, dem Zusammenhalt der Familie, Recht und Ordnung und Sicherheit im Alltag, während die BRD eher bei dem Umgang mit Ausländern, dem Zustand der Straßen und den Reisemöglichkeiten besser beurteilt wird. Das gilt auch für den Zustand der Wohnungen, das politische System und die Freizeitmöglichkeiten in Theater, Kino und Diskos.

Die Ergebnisse der Studie sind abrufbar auf der Homepage des Spiegels (<http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,516534,00.html>).

AB-07-114

Gipfeltreffen zum „Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung“

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), die Bundeszentrale für

politische Bildung (bpb) und der Deutsche Bundesjugendring (DBJR), die sich für das Aktions-

programm für mehr Jugendbeteiligung zusammengeschlossen haben, luden zu einem Gipfel-

treffen ein, an dem rund 50 Jugendliche aus verschiedenen, bundesweit laufenden Beteiligungsprojekten teilnahmen. Im Mittelpunkt stand ein erster Erfahrungsaustausch, der die Projektbeteiligten mit Bundestagsabgeordneten ihres Wahlkreises zusammenbrachte, um über Möglichkeiten gesellschaftspolitischer Partizipation zu diskutieren. Die Partner des Aktionsprogramms haben bis zum Gipfeltreffen bereits über 100 konkrete Beteiligungsprojekte realisiert, in deren Rahmen rund 10.000 Jugendliche aktiv geworden sind. Im kommenden Jahr soll, vorbereitet von der Bundeszentrale für politische Bildung und mehreren hundert Jugendlichen aus dem gesamten Bundesgebiet, das Festival für junge Politik in der Berliner Wuhlheide stattfinden.

Der Deutsche Bundesjugendring ist an dem Aktionsprogramm für mehr Jugendbeteiligung durch verschiedene Module beteiligt, wie beispielsweise dem „Come in Contract“, mit dem Kinder und Jugendliche direkt und gleichberechtigt mit verantwortlichen

Personen in Politik und Gesellschaft verhandeln lernen.

Ende November wurde in Berlin der Heinz-Westphal-Preis 2007 vergeben, mit dem der Deutsche Bundesjugendring gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Projekte auszeichnet, in denen ehrenamtliches Engagement in herausragender Weise unterstützt und gefördert wird.

Vier Preisträger konnten sich über ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 17.500 Euro freuen. Der erste Preis ging nach Berlin. Dort sind seit drei Jahren junge Migrantinnen und Migranten im Stadtteil Wedding unterwegs, um Vorschulkindern aus Einwandererfamilien in Sachen Deutsch unter die Arme zu greifen.

Den zweiten Platz erreichten Jugendliche aus der Stadt Hünxe, die dort im „Café Cremetörtchen“ älteren Menschen Kaffee und Kuchen servieren.

Der dritte Platz wurde von Jugendlichen im Bund der Deut-

schen Katholischen Jugend im Bistum Mainz erreicht. Hier bringen junge Frauen und Mädchen ehrenamtlich Jugendlichen alles bei, was man braucht, um Jugendgruppen und ehrenamtliche Projekte zu leiten.

Der Sonderpreis der „Stiftung macht Demokratie“ ging nach Plauen. Dort kämpfen die Mitglieder des Jugendparlaments seit Jahren gegen Rechts, setzen sich für bessere Bildung und für eine Stadt ein, aus der die Jugendlichen nicht weggehen wollen.

Auch junge Frauen aus dem Landkreis Ludwigslust wurden für ihren Kampf gegen Rechts mit dem undotierten Heinz-Westphal-Ehrenpreis ausgezeichnet. Zudem erhielten Jugendfeuerwehren aus Hollenstedt und Moisburg den zweiten Ehrenpreis für ihr Engagement, mit dem sie in ihrer Freizeit unter anderem zwei Flüsse in ihren Heimatstädten renaturiert haben.

AB-07-115

Zur Zukunft der Freiwilligendienste

Im November lud der Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu einer Anhörung ein, die den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Förderung von Jugendfreiwilligen betraf, zu dem zwei Anträge der FDP bzw. der Grünen eingebracht wurden. An der Anhörung beteiligt wurden u. a. die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, die Diakonie und die Caritas sowie die Arbeiterwohlfahrt. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung (vgl. dazu auch AB 3-2007, S. 360, 361) sieht vor,

das bisherige Gesetz zur Förderung eines Freiwilligen Sozialen Jahres und das Gesetz zur Förderung eines Freiwilligen Ökologischen Jahres zusammenzufassen und so das bürgerschaftliche Engagement junger Menschen zu fördern. Die Freiwilligendienste sollen zudem mindestens sechs und höchstens 24 Monate dauern.

Auch die FDP und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatten gefordert, für die Jugendfreiwilligendienste einen gemeinsamen Gesetzesrahmen zu schaffen.

Wie der Bundestag in einer Pressemitteilung vom 13. November 2007 mitteilte, habe die Mehrheit der Sachverständigen die Zielsetzung des Gesetzentwurfs begrüßt und die gemeinsame Regelung des FSJ und des FÖJ befürwortet. Die geplante zeitliche Flexibilisierung wurde größtenteils positiv aufgenommen, Kritik gab es jedoch an der Mindestdauer, die aus der Perspektive einiger Sachverständiger das Minimum von drei Monaten nicht unterschreiten sollte. Auch die Ausweitung der Dienste auf

24 Monate wurde von einigen Sachverständigen problematisiert, da bei dieser Dauer die Dienste zu sehr den Charakter eines Arbeitsverhältnisses annähmen und nicht mehr arbeitsmarktneutral wären.

Auch der Bundesrat hat den Entwurf zum Jugendfreiwilligendienst kritisiert und in einer Stellungnahme (16/6967) bemängelt, dass die bisherige Regeldauer und die Mindestzeit nach dem

Gesetzentwurf wegfallen sollen, was zu einer „Beliebigkeit“ führen könne, die die Planungssicherheit der Träger gefährde und die Interessen der Einsatzstellen nicht berücksichtige. Der Bundesrat sieht auch keinen Sinn in der Zusammenführung des sozialen und des ökologischen Freiwilligendienstes und befürchtet zudem erhebliche Kostensteigerungen durch die Novelle, die für die Länder „nicht akzeptabel“ sei.

Die Bundesregierung hat in ihrer Gegenäußerung eine Kompromisslösung in Aussicht gestellt, die auf die zeitliche Flexibilisierung und die Weiterverwendung der bisherigen Bezeichnung zielt, lehnt jedoch andere Vorschläge des Bundesrates wie die Einführung einer Steuerbefreiung für Leistungen der Jugendfreiwilligendienste und andere Förderungen ab.

AB-07-116

40 Jahre IJAB

Am 23. November 2007 fand ein Festakt in der Deutschen Welle in Bonn statt, mit dem der IJAB – heute Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V., vor 40 Jahren als Internationaler Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik Deutschland durch das damalige Bundesministerium für Familie und Jugend gegründet, sein 40-jähriges Bestehen feierte.

Nach wie vor ist die Kernaufgabe des IJAB die Durchführung von internationalen Programmen für Fachkräfte der Jugendhilfe und Jugendpolitik im Rahmen der bilateralen jugendpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland. In einer Leistungsbilanz resümierte IJAB, dass in den letzten 40 Jahren mehr als 3.300 Fachprogramme mit rund 40.000 Teilnehmern in über 80 Staaten durchgeführt worden seien und zum Dienstleistungsangebot weiter Sprachkurse sowie die Qualifizierung von Fachkräften der Jugendarbeit durch Fort-

bildungen, Training und Beratung gehören. Seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts ist IJAB darüber hinaus in der Jugendinformation aktiv und leistet mit Webseiten internationale Mobilitätsberatung.

Dem Verein gehören heute 26 bundeszentrale Dachorganisationen der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe an, darunter auch der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten.

Am Festakt nahmen 170 Gäste aus den Bereichen Wissenschaft, Politik und Praxis der internationalen Jugendarbeit teil. Grußworte sprachen die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und Dr. Hermann Kues, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjugendministerium.

Bei einer international besetzten Podiumsdiskussion ging es um die Zukunft der internationalen Jugendarbeit. Hermann Kues, Pierre Mairesse (Direktor für Ju-

gend, Sport und Bürgerschaft in der Generaldirektion für Bildung und Kultur der Europäischen Kommission), Prof. Dr. Lynne Chisholm (Leiter des Instituts für Erziehungswissenschaften an der Universität Osnabrück) und Lothar Harles (Stellvertretender Vorsitzender von IJAB und auf der folgenden Mitgliederversammlung dann zum neuen Vorsitzenden gewählt) erörterten Potenziale und Herausforderungen der internationalen Jugendarbeit auf nationaler und europäischer Ebene.

Ein buntes kulturelles Rahmenprogramm mit Musikbeiträgen der Hochschule für Musik Köln und des Bundesjugendjazzorchesters und eine Theaterrevue über 40 Jahre bewegte IJAB-Jahre des Theater im Keller Bonn unterhielten die Gäste, die sich in einer Ausstellung vor Ort über die Tätigkeit des IJAB in den letzten vier Jahrzehnten informieren konnten.

AB-07-117

DIE wurde 50 und verlieh Innovationspreis

Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE), im November 1957 als „Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes“ gegründet, feierte am 30. November 2007 in Bonn sein 50-jähriges Bestehen. Neben einem Festakt im Collegium Leoninum fand auch die Verleihung des Preises für Innovation in der Erwachsenenbildung statt, den das DIE alle zwei Jahre vergibt. In diesem Jahr wurden vier innovative Projekte ausgezeichnet, die gezeigt haben, wie Menschen aus der Geschichte lernen können.

In zahlreichen Grußworten sprachen Wegbegleiter des DIE dem Institut ihre Glückwünsche aus und würdigten seine Arbeit. Prof. Ernst Th. Rietschel, Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, der das DIE angehört, führte durch den Festakt, der von Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, eröffnet wurde. Der Generalsekretär der Leibniz-Gemeinschaft, Dr. Michael Klein, umriss in einem Kurzvortrag Stadien der neueren Weiterbildungsgeschichte, in der sich auch das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung aus der Pädagogischen Arbeitsstelle des DVV heraus entwickelt hatte.

In zwei Publikationen, der DIE-Zeitschrift und einer Jubiläumsbroschüre, reflektierte das Institut Phasen der Erwachsenenbildungs- und seiner eigenen Geschichte.

Die Pädagogische Arbeitsstelle des DVV, die ihren ersten Sitz in einer Frankfurter Villa fand, startete mit drei Mitarbeitern unter der Leitung von Willy Strzelewicz, dem 1960 Hans Tietgens als Direktor der PAS folgte, der das

Institut bis 1991 leitete. Von Beginn an war Ziel des Instituts, Wissenschaft und Praxis der Erwachsenenbildung zusammenzuführen. Mit dem Aufbau einer Bibliothek, der Veröffentlichung zahlreicher Publikationen, der Archivierung von Materialien und der Entwicklung einer Weiterbildungs-Statistik erweiterte die PAS kontinuierlich ihre Aufgaben, Zuständigkeiten und Kapazitäten. Das Institut unterstützte und popularisierte empirische Grundlagenstudien und baute ein kommunikatives Netzwerk innerhalb der Erwachsenenbildung auf. Die Projektarbeit wurde kontinuierlich ausgebaut. 1976 wurde die PAS in die „Blaue Liste“ aufgenommen. Die Zahl der Mitarbeitenden hatte sich in der Zwischenzeit erheblich erhöht. In diesen Jahren hatte das Institut zeitweise mehr als 100 Beschäftigte. Die Leitung übernahm 1991 Ekkehard Nuissl, unter dessen Leitung die PAS auch den heutigen Namen Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE) erhielt. Das DIE gab sich die Rechtsform eines eingetragenen Vereins und löste sich aus der engen Bindung an die Volkshochschulen. Die Strukturen des DIE wurden geändert, in seiner Profilierung richtete sich das Institut stärker an der Forschung aus, auch wurde die internationale Vernetzung des Instituts intensiviert.

Im Jahr 2002 erfolgte der Umzug des Instituts nach Bonn, wo das DIE bereits zwei Jahre zuvor schon eine Außenstelle eingerichtet hatte und heute in der Friedrich-Ebert-Allee residiert.

Den Preis für Innovation in der Erwachsenenbildung vergab das DIE zum sechsten Mal. Aus rund 70 Bewerbungen, die zu dem Motto „Aus Geschichte lernen“

eingegangen waren, hatte eine unabhängige Expertenjury vier Projekte zur Prämierung ausgewählt, die im Rahmen der Festveranstaltung ausgezeichnet wurden. Die Gewinner erhielten ein Preisgeld in Höhe von je 1.000 Euro und einen Pokal. Der unabhängigen Expertenjury gehörten in diesem Jahr Prof. Dr. Karin Büchter (Universität Kassel), Prof. Dr. Max Fuchs (Akademie Remscheid), Prof. Dr. Wolfgang Seitter (Philipps-Universität Marburg), Prof. Dr. Udo Wengst (Institut für Zeitgeschichte) und Prof. Dr. Christine Zeuner (Helmut-Schmidt Universität, Hamburg) an.

Ausgezeichnet wurden folgende Projekte, die sich auf der Veranstaltung auch selber präsentierten und von Mitgliedern der Jury gewürdigt wurden:

- „Berlin im Untergrund – die Stadt unter der Stadt“, ein Projekt von Arbeit und Leben Berlin e. V., dessen Ziel es ist, „die Stadt unter der Stadt“ sichtbar und erfahrbar zu machen und damit eine neue Dimension in der Beschäftigung mit der Geschichte Berlins zu eröffnen.
- „Erlebte Geschichte“: Stadt Köln, NS-Dokumentationszentrum, das für sein Videoarchiv ausgezeichnet wurde.
- Der Verein zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar mit seinem Projekt, das Menschen mit Lernschwierigkeiten dazu anregt, zum Thema NS-„Euthanasie“-Verbrechen in der Gedenkstätte Hadamar zu arbeiten.

Ein Sonderpreis ging an den Verband Österreichischer Volkshoch-

schulen für seine „Knowledgebase Erwachsenenbildung“, eine Internet-Plattform, die Geschichte und aktuelle Entwicklung der

österreichischen Erwachsenenbildung über das Netz vermittelt und schnelle und umfassende Auskünfte zu einzelnen Aspek-

ten der Erwachsenenbildung in Österreich ermöglicht.

AB-07-118

Aus dem AdB

Integration kann nur im wechselseitigen Prozess gelingen – Jahrestagung des AdB zur politischen Bildung in der Einwanderungsgesellschaft

Integration ist nicht nur eine Herausforderung, der sich die nach Deutschland eingewanderten oder aus Einwandererfamilien stammenden Menschen stellen müssen. Ebenso gefordert ist auch die aufnehmende Gesellschaft, die lernen muss, mit Fremden zu leben und kulturelle Vielfalt als Chance für die gemeinsame Entwicklung zu nutzen.

Diese Prämisse bestimmte die Diskussionen auf der Jahrestagung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB), die vom 27. – 28.11. 2007 im Internationalen Institut für Politik und Wirtschaft – Haus Rissen Hamburg – stattfand. Experten und Expertinnen der politischen Bildung erörterten verschiedene Aspekte der Integration mit Vertreter/-innen der Integrationspolitik und Antidiskriminierungsarbeit unter der Themenstellung „Demokratiekompetenz stärken – Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“.

Peter Ogrzall, Vorsitzender des AdB, betonte in seiner Einführung in das Thema die Vielfalt, die in Hinblick auf die religiöse

und kulturelle Orientierung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bestehe. Die Differenzierung der Gesellschaft erfordere bestimmte Kompetenzen, damit die verschiedenen Gruppen friedlich miteinander leben könnten. Allerdings sei das Fremde, das oft gleich nebenan beginne, nicht immer freundlich, sondern manchmal eben auch befremdlich. Bislang gebe es zwar noch kein überzeugendes Konzept dafür, wie die Chancen einer multikulturellen Gesellschaft genutzt werden könnten, aber es gehe darum, Denken und Handeln in kulturübergreifenden Zusammenhängen zu lernen und einen konstruktiven Umgang mit kultureller Vielfalt.



Hayrettin Aydin bei seinem Vortrag

Hayrettin Aydin, Muslimische Akademie in Deutschland, Berlin, fragte nach den Anknüpfungspunkten, die der Nationale Integrationsplan für die politische Bildung bietet. Er enthalte, so Aydin, zahlreiche Themen, die sich unmittelbar mit der politischen Bildung verbinden lassen, auch wenn er nicht alle wichtigen Themen abdecke. Dazu gehören vor allem das bürgerschaftliche Engagement, der interreligiöse Dialog und die Qualifizierung von Multiplikator/-innen. Über diese Themen hinaus sollten aber auch Fragen nach dem Verständnis von Interkulturalität thematisiert werden, politische Bildung sollte sich auseinandersetzen mit dem Islam und dessen Darstellung in den Medien und darüber nachdenken, wie Zugänge zur deutschen Geschichte aus der Perspektive der Migrant/-innen eröffnet werden könnten. Allzu häufig werde der Vorwurf des Antisemitismus erhoben, wenn Muslime den Nahostkonflikt thematisieren und sich kritisch zur Rolle Israels äußern.

Aydin würdigte den Nationalen Integrationsplan als Ergebnis ei-



Aufmerksames Publikum beim Referat von Hayrettin Aydin

nes innovativen Verfahrens, in dem alle daran Beteiligten Selbstverpflichtungen eingegangen seien, deren Erfüllung nach einem bestimmten Zeitraum überprüft werden könne.

Die von ihm geleitete Muslimische Akademie ist ein Ort, an dem der interreligiöse Dialog gepflegt wird. Die Akademie qualifiziere auch für die Übernahme von Ehrenämtern, insbesondere Frauen sollen erreicht und für Tätigkeiten in muslimischen Verbänden qualifiziert und gestärkt werden.

In drei sich anschließenden Arbeitsgruppen wurden die Überlegungen zum Integrationsbeitrag der außerschulischen politischen Bildung vertieft.

Eine Arbeitsgruppe befasste sich mit der Fragestellung „Integration durch bürgerschaftliches Engagement? – Ergebnisse und Perspektiven des Nationalen Integrationsplans“ und diskutierte sie mit Dr. Uwe Franke, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg.

Eine zweite Arbeitsgruppe erörterte mit Anne Dwertmann und anderen Mitgliedern der AdB-Projektgruppe Respekt und Courage, wie „Demokratiekompetenz als zentrale Aufgabe der politischen Jugendbildung“ vermittelt werden kann. „Migration und Integration aus der Perspektive von Gender Mainstreaming“ war Thema der dritten Arbeitsgruppe, die einen Entwurf der AdB-Gender-Steuerungsgruppe

dazu mit Prof. Dr. Maria do Mar Castro Varela, FH Alice Salomon, Berlin, ihrer Diskussion zugrunde legte.

Die Diskussionsergebnisse in den Arbeitsgruppen verwiesen auf die Bedeutung der Bildung von Netzwerken mit den Organisationen der Migrant/-innen und die Notwendigkeit, Mitarbeiter/-innen mit Migrationserfahrung in die eigenen Kollegien einzubeziehen. Das seien wesentliche Voraussetzungen, um die Gruppen der Migranten und ihre Communities besser erreichen zu können. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Demokratieverständnis verschiedener Gruppierungen sei ebenso wichtig wie mit den unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der hier lebenden Migrant/-innen und ihren politischen und kulturellen Teilhabemöglichkeiten vor Ort. Die Frage nach den Teilhabemöglichkeiten der Jugendlichen aus Migrantenfamilien müsse auch die eigene Bildungseinrichtung in den Blick nehmen. Wenn über Demokratiekompetenz nachgedacht werde, sei auch der gesellschaftliche Kontext einzubeziehen und Demokratiekom-



In einer Arbeitsgruppe



© AdB/Foto: Ivonne Jurisch

Das die Tagung abschließende Podium

petenz zu koppeln mit Gerechtigkeitskompetenz. Gewarnt wurde vor Zuschreibungen, die zu Ab- und Ausgrenzungen führen könnten. Stattdessen sollte nach Einflussfaktoren gefragt werden, die Leben und Verhalten von Migranten bestimmen und es sollten Räume für „Uneindeutigkeiten“ geschaffen werden.

Bei der die Jahrestagung abschließenden Podiumsdiskussion ging es um die Frage „Integration durch politische Bildung – Demo-

kratiekompetenz als Lernziel – wie kann das gelingen?“ Honey Deihimi, Integrationsbeauftragte des Landes Niedersachsen, Aydan Özoguz, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, und Dr. Klaus-Peter Hufer, Fachbereichsleiter für politische Bildung an der KVHS Viersen, näherten sich dieser Frage vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen und Erkenntnisse. Betont wurde, dass Integration ein vielschichtiger Prozess ist, der als Querschnittsaufgabe verschiedener Politikbe-

reiche gesehen werden muss. Die Beteiligung an demokratischen Entwicklungen setze nicht nur die Kenntnis der deutschen Sprache voraus, sondern auch Mitbestimmungsrechte. Um politikferne Menschen erreichen zu können, müssen sie von den Vertreter/-innen der zivilgesellschaftlichen Organisationen angesprochen und gleichberechtigt an der Arbeit beteiligt werden. Insbesondere im Bereich der Bildung empfehle es sich, die Eltern früh einzubeziehen und sie bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgaben zu unterstützen. Gewarnt wurde aber auch vor Allmachtsphantasien. Die politische Bildung könne nicht alles leisten und habe zur Bewältigung bestimmter Problemlagen wie der Jugendkriminalität, an der Migrantenjugendliche einen hohen Anteil haben, keine überzeugenden Konzepte entwickelt.

Integration ist kein konfliktfreier Prozess. Der Umgang mit Differenzen müsse von allen Beteiligten – nicht nur den Migranten – gelernt werden. Politische Bildung könne aber genau dafür die geeigneten Räume und Gelegenheiten schaffen.

AB-07-119

AdB-Mitgliederversammlung beschloss Resolution zum Jahresthema 2008 und wählte neuen Vorstand

Die Mitgliederversammlung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, die vom 28. – 29. November 2007 im Internationalen Institut für Politik und Wirtschaft – Haus Rissen – in Hamburg tagte, beschloss noch unter dem Eindruck der vorausgegangenen Jahrestagung, die in das AdB-Jahresthema 2008 einführte, eine

Stellungnahme, mit der die AdB-Mitglieder den Nationalen Integrationsplan als wichtige Voraussetzung für mehr Teilhabe an der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft begrüßen. Sie wollen mit ihren Angeboten der politischen Bildung ihren Beitrag zur Integration leisten und die hier lebenden Migranten und Menschen

aus Einwandererfamilien in ihrer Bereitschaft zur Mitwirkung unterstützen und ihnen Möglichkeiten zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufgaben eröffnen. (Die Stellungnahme ist in diesem Heft auf S. 452 dokumentiert.)

Neben der Verabschiedung des Haushaltsplans und des Arbeits-



© AdB/Foto: Ivonne Jurisch

Haus Rissen war Ort der AdB-Mitgliederversammlung 2007

plans für das kommende Jahr stand der Austausch über bildungs- und förderungspolitische Entwicklungen auf Bundes- und Länderebene im Mittelpunkt der Versammlung. Die Berichte aus den auf der Mitgliederversammlung vertretenen Ländern offenbarten durchgehend die zunehmenden Schwierigkeiten, sich unter wachsendem Druck zu behaupten. Dieser Druck ergibt sich nicht nur aus den sich verschärfenden ökonomischen Zwängen für die Bildungsstätten, sondern

auch aus dem zunehmenden Verwaltungsaufwand, der bei der Inanspruchnahme von Fördermitteln zu erbringen ist.

In diesem Jahr fanden auch wieder Vorstandswahlen statt. Die Mitglieder wählten für die nächsten zwei Jahre einen neuen Vorstand (siehe dazu auch die „Personalien“ in diesem Heft), dem nun drei neue Mitglieder ange-

hören, während der größere Teil des Vorstands in seinen Ämtern wieder bestätigt wurde. Jutta Richter, aktuelles forum nrw e. V., schied mit Blick auf ihre im nächsten Jahr beginnende Freistellungsphase der Altersteilzeit aus dem Vorstand aus und wurde mit herzlichem Dank von den Mitgliedern verabschiedet.

AB-07-120



© AdB/Foto: Ivonne Jurisch

Jutta Richter (zweite von links, daneben von links nach rechts Ulrich Ballhausen, Anna Alberts und Ulrike Steimann) an ihrem letzten Tag als AdB-Vorstandsmitglied

OWEN erhält Regine-Hildebrandt-Preis 2007

Zusammen mit zwei weiteren Organisationen erhielt OWEN am 26. November den Regine-Hildebrandt-Preis 2007. Der Preis ist dem Andenken der SPD-Politikerin Regine Hildebrandt gewidmet und würdigt „gesellschaftliche Gruppen (...), die sich in ihrem Sinne in besonderem Maße für

die Menschen in Ostdeutschland einsetzen“. Owen teilt sich den mit 20.000 Euro dotierten Preis mit dem Dresdener Verein „BürgerCourage e. V.“, der sich überparteilich für eine Stärkung der Zivilgesellschaft und gegen Rechtsextremismus engagiert, sowie dem Internationalen Ju-

gendverein „Jugend für Dora e. V.“, der bei der Auseinandersetzung mit dem KZ Dora (Nordhausen) um Verständigung zwischen Kulturen und für Mündigkeit insbesondere unter Jugendlichen wirbt.

AB-07-121

5.500 Euro für Jugendprojekt des Jugendbildungszentrums Blossin

Am 20. November 2007 erhielt das Jugendbildungszentrum Blossin e. V. von der Sparda-Bank Berlin eG einen Scheck im Wert von 5.500 Euro. Die Spende kommt einem Projekt zugute, das die Sozialkompetenzen von rund 700 Kindern und Jugendlichen fördern soll. Bei dem Projekt segeln die Jugendlichen gemeinsam auf so genannten Teamsegelkuttern und lernen, wie wichtig Kommunikation und

Teamarbeit für die Bewältigung von Konflikten ist. An Bord des Segelkutters müssen alle an einem Strang ziehen: Verschiedene Crews übernehmen das Kommando, Segelsetzen und Manövern. Nur so kann das nächste Reiseziel erreicht werden, eine Erfahrung, die sich auch auf den Alltag übertragen lässt, denn ganz nebenbei werden so Kommunikation, Kooperationsbereitschaft und Verantwortungs-

bewusstsein der jungen Teilnehmer/-innen gefördert.

Die Jugendbildungsstätte Blossin kombiniert in ihren Angeboten Bildung mit Freizeitaktivitäten zu Land und auf dem Wasser. Die „Lernwelt Blossin“ verfügt über ein elf Hektar großes Gelände mit Sport- und Veranstaltungshallen sowie einem eigenen Hafen.

AB-07-122

Personalien

AdB-Mitgliederversammlung wählte neuen Vorstand



Der neue Vorstand des AdB. Von links nach rechts: Martin Kaiser, Anna Alberts, Ulrike Steimann, Peter Ogrzall, Birgit Weidemann, Dieter Fiesinger, Petra Tabakovic und Ulrich Ballhausen

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) hat auf seiner Mitgliederversammlung vom 28. – 29. November 2007 im Internationalen Institut für Politik und Wirtschaft – Haus Rissen Hamburg – einen neuen Vorstand gewählt. In ihren Ämtern bestätigt wurden der bisherige Vorsitzende **Peter Ogrzall**, Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin, und **Ulrike Steimann**, Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter, als seine Stellvertreterin. Wiedergewählt wurden auch **Anna Alberts**, Europahaus Aurich, **Ulrich Ballhausen**, Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, und **Petra Tabakovic**, Internationaler Bund, Frankfurt. Neu in den Vorstand gewählt wurden **Dieter Fiesinger**, Jugendbildungsstätte

Mühle, Bad Segeberg, **Martin Kaiser**, PfalzAkademie, Lam-brecht, und **Birgit Weidemann**, HochDrei e. V., Potsdam.

Jutta Richter, aktuelles forum nrw e. V., sowie **Norbert Beckmann-Dierkes**, Konrad-Adenauer-Stiftung, hatten nicht wieder

für den Vorstand kandidiert und wurden mit herzlichem Dank von den Mitgliedern verabschiedet.
AB-07-123

bap-Vorstand und Geschäftsstelle gewählt

Einen neuen Vorstand wählte auch die Mitgliederversammlung des Bundesausschuss Politische Bildung (bap) am 8. November 2007 in Bonn. Einstimmig wurde **Theo W. Länge** vom Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben als Vorsitzender bestätigt. Als stellvertretender Vorsitzender wurde

Lothar Harles von der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (aksb) neu in den Vorstand gewählt. Als Beisitzer verstärken weiterhin **Dr. Wolfgang Beer**, Evangelische Akademien Deutschland, und **Dr. Werner Blumenthal** von der Konrad Adenauer Stiftung das Führungs-

gremium des bap. Die Mitgliederversammlung wählt turnusmäßig alle drei Jahre einen neuen Vorstand. Die Geschäftsstelle wird wie bisher von **Ina Bielenberg** vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) geführt.

AB-07-124

Georg Rosenthal von der Akademie Frankenwarte, Würzburg, wurde von der AdB-Mitgliederversammlung

in seinem Amt als Kassenprüfer bestätigt. Als stellvertretende Kassenprüferin wurde **Birgit Ackermeier** vom Gesamteuro-

päischen Studienwerk in Vlotho gewählt.

AB-07-125

Deutscher Bundesjugendring mit neuem Vorstand

Die Delegierten der 80. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings bestätigten **Detlef Raabe** am 27. Oktober 2007 in Hannover mit überwältigender Mehrheit als Vorsitzenden. Detlef Raabe kommt aus der Jugend des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Als stellvertretende weibliche Vorsitzende wurden gewählt:

- **Andrea Hoffmeier** vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend und
- **Ute Theisen** vom Ring deutscher Pfadfinderverbände.

Als stellvertretende männliche Vorsitzende wurden gewählt:

- **Florian Dallmann** von der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland

- **Sven Frye** von der SJD – Die Falken
- **Torsten Raedel** vom Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt.

Ein Platz bei den Stellvertreterinnen konnte nicht besetzt werden, da keine weitere Kandidatin zur Verfügung stand.

AB-07-126

Prof. Dr. Norbert Neuß, Medienpädagogin und Erziehungswissenschaftler, ist neuer Vorsitzender der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur.

In den GMK-Bundesvorstand wiedergewählt wurden:

- **Mike Große-Loheide**, Medienpädagogin, seit 1994 im Büro für Suchtprävention in Hamburg zuständig für Medien und Stadtteilprojekte
- **Prof. Friederike Tilemann**, Erziehungswissenschaftlerin,

Medienpädagogin, lehrt im Fachbereich Medienbildung an der Pädagogischen Hochschule Zürich

- **Dr. Hans-Joachim Ulbrich**, Soziologe, Medienpädagoge und Filmemacher, Institut für neue Medien in Rostock.

Neue Vorstandsmitglieder sind:

- **Sonja Ganguin**, Medienpädagogin, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bielefeld
- **Prof. Dr. Bernward Hoffmann**, Erziehungswissen-

schaftler, Professor an der Fachhochschule Münster

- **Dr. Dagmar Hoffmann**, Soziologin und Medienwissenschaftlerin, Lehrstuhlvertretung an der Kunsthochschule Berlin, Fachgebiet Theorie und Geschichte
- **Prof. Dr. Dorothee Meister**, Medienpädagogin, Professorin an der Universität Paderborn, Institut für Medienwissenschaften, Lehrbereich Medienpädagogik und empirische Medienforschung.

AB-07-127

Bücher

Anja Besand (Hrsg.): Politische Bildung Reloaded. Perspektiven und Impulse für die Zukunft – Schwalbach/Ts. 2006, Wochenschau Verlag Wissenschaft, 129 Seiten

Dieser schmale Sammelband dokumentiert die Beiträge von neun Lehrerinnen und Lehrern, die sich anlässlich einer didaktischen Fachtagung in Bergisch Gladbach im Juni 2005 über die Zukunft der politischen Bildung ausgetauscht haben. Das Buch gliedert sich in drei Themenbereiche, in denen es sowohl um Theorieentwicklung und die politische Bildung als Wissenschaftsdisziplin als auch um Fragen der politikdidaktischen Ausbildung in der ersten und zweiten Phase der Lehramtsausbildung geht.

Im ersten Kapitel „Politikdidaktische Theorieentwicklung und Forschung“ setzen sich Jessica Schattschneider und Michael May

zunächst mit dem Problem auseinander, wie eine empirisch abgesicherte Politikdidaktik aussehen könnte. Beide sprechen sich dabei für ein bildungstechnologisches Verständnis der Aufgaben politischer Bildung aus und entwickeln entsprechende Instrumente und Methoden, die es erlauben sollen zu bemessen, welchen Output politische Bildung hat. Dabei beschäftigen sie sich auch intensiv mit der Kritik dieses Ansatzes, in der bekanntlich postuliert wird, dass sich Größen wie „Mündigkeit“ oder „Emanzipation“ einer Messbarkeit entziehen. (S. 26)

Ähnlich strukturiert ist der anschließende Artikel von Dirk

Lange. Allerdings geht es dem Autor in seinem Beitrag nicht so sehr um die Politik an sich, sondern sein Ausgangspunkt sind die Vorstellungen der Lernenden. Im Mittelpunkt steht also der Output politischer Lernprozesse, den Lange kategorial mit dem Begriff des politischen Bewusstseins umschreibt, der der reflexiven Forschungsaufgabe der Politikdidaktik zugeordnet wird. Lange postuliert in diesem Kontext, dass das Politikbewusstsein den Gegenstand beschreibt, von dem sich die Politikdidaktik als eigenständige wissenschaftliche Disziplin betreiben lasse. (S. 40)

Der sich anschließende Beitrag von Andreas Petrik, in dem der

Autor Best-Practice-Modelle vorstellt, hat eine Brückenfunktion. Er soll zwischen Theorieentwicklung und Ausbildung vermitteln, eine Brücke zwischen Theorie und schulischer Ausbildung schlagen. Petrik entwirft demzufolge ein präzises Bild der fachdidaktischen Landschaft des Jahres 2015, eine Utopie, in der er postuliert, dass die fachdidaktischen Kontroversen zwischen Theorie und Praxis und zwischen den darin involvierten Akteur/-innen (Lehrer/-innen, Wissenschaftler/-innen, Bildungspolitiker/-innen) grundsätzlich gelöst seien. In diesem Kontext verweist der Autor auch auf quasi „konkrete Utopien“, wie die durchaus zählbaren Erfolge der Laborschule Bielefeld, in der die organisatorische Verknüpfung von Forschung und Schulpraxis offensichtlich immer wieder gelingt.

Im dritten Abschnitt „Politikdidaktik in der ersten Phase“ geht Susann Gesser der Fragestellung nach, wie universitäre Politikdidaktik auf die Voraussetzungen, die Studierende im Bereich „Politische Bildung“ mitbringen, reagieren sollte. Es geht hier also ganz konkret um das Problem zahlreicher Studierender, die mit der Theorie-Praxis-Diskrepanz kaum zurechtkommen und die durchaus berechtigte Frage aufwerfen, was sie mit der universitär angebotenen Fachdidaktik in der Schule und in ihrem Politikunterricht anfangen können. (S. 65)

Anja Besand beschäftigt sich mit der Forderung nach mehr Praxisbezug in der fachdidaktischen Ausbildung, die sowohl von Studierenden als auch von Lehren-

den und Bildungspolitiker/-innen immer wieder aufgestellt wird. Die Autorin wirft in ihrer Betrachtung auch die grundsätzliche Frage auf, ob Praktika das richtige Instrument zur Verbesserung des Praxisbezugs im fachdidaktischen Studium sind. In diesem Kontext schlägt die Autorin vor, Schulpraktika außerhalb der Schule durchzuführen, wobei sie konstatiert, dass auch Betriebspraktika für Lehramtsstudierende sinnvoll sein könnten.

Im dritten Themenbereich „Politikdidaktik in der 2. Phase der Lehramtsausbildung“ setzen sich drei Autoren mit Problemen und Konzeptionen der zweiten Phase der politikdidaktischen Ausbildung auseinander.

Gerrit Mambour, die die Erfahrungen aus ihrem Referendariat reflektiert, stellt in diesem Zusammenhang eine Modernisierungskrise fest. Dabei stützt sich die Autorin auf die von der OECD formulierte Kritik am deutschen Bildungssystem und an der deutschen LehrerInnenausbildung. Hoffnungsvoll stimmt sie deshalb die Umstellung der universitären Studiengänge auf die Abschlüsse Bachelor und Master, schon alleine deshalb, weil dadurch Studienabschlüsse berufsdurchlässiger würden. (S. 91)

Dieter Maier präsentiert Ergebnisse einer Längsschnittstudie, in der analysiert wird, wie sich die zweite Ausbildungsphase hinsichtlich des Professionalitätszuwachses der Referendar/-innen auswirkt. Dabei betont der Autor, dass für die zukünftigen Lehrer/-innen vor allem zwei Fragen

im Vordergrund stehen: Erstens geht es um das eigene Persönlichkeitsprofil (natürliche Autorität und Durchsetzungsvermögen) und zweitens bleibt die Theorie-Praxis-Diskussion relevant, also die Frage, wie es gelingen kann, politikdidaktische Theorien im Unterricht umzusetzen.

Schließlich der abschließende Beitrag von Frank Langner, in dem der Autor nach der Relevanz der Politikdidaktik für die zweite Phase der Lehrerausbildung fragt. In diesem Kontext entwickelt Langner kein (neues) systematisiertes Forschungsprogramm, sondern hebt auf die Perspektiven zur weiteren Entwicklung der Politikdidaktik ab. Der Autor fordert, dass sich die Politikdidaktik der Herausforderung der politischen Bildung offen zu stellen und sich an der Ausformulierung des „Leitbildes einer sozialwissenschaftlich gebildeten Persönlichkeit“ zu beteiligen habe.

Zusammenfassend lässt sich nach Lektüre dieses Sammelbandes feststellen, dass für die außerschulische politische Jugendbildung vor allen Dingen die Beiträge des 3. Themenbereichs von Interesse sein dürften, in denen ganz konkret nach den Möglichkeiten und Methoden gefragt wird, fachdidaktische Theorie mit bildnerischer Praxis effektiv zu verbinden. Umso mehr, als immer häufiger nach der „Effizienz“ politischer Bildung und einer zuverlässigen Dokumentation ihrer Ergebnisse gefragt wird.

Zbigniew Wilkiewicz

Beate Rosenzweig/Ulrich Eith (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach/Ts. 2004, Wochenschau Verlag, 147 Seiten

In diesem Sammelband werden Beiträge von einem der jährlich im Studienhaus Wiesneck (nahe Freiburg) stattfindenden Symposien abgedruckt, die dem Dialog zwischen Fachwissenschaften und politischer Bildung dienen. Die beiden Herausgeber, Beate Rosenzweig und Ulrich Eith, sind beide an der Bildungsstätte beschäftigt. Als Organisatoren des Symposiums beschränken sie sich konsequenterweise auf Vorwort (zusammen mit Dieter von Schrötter, dem Direktor des Studienhauses) und Einleitung. Sie betonen die Bedeutung des politischen und gesellschaftlichen Engagements sowohl für die Legitimität und Effizienz von politischen Willensbildungsprozessen (Input-Perspektive) als auch für die Qualität der hieraus resultierenden Leistungen (Output-Perspektive) und stellen fest, dass in allen westlichen Demokratien entsprechende Aktivitäten der Bürger/-innen nachlassen und die Unzufriedenheit mit dem „politischen Personal“ und der Verfestigung von sozialen Schieflagen zunimmt.

Im ersten Beitrag plädiert der Publizist Warnfried Dettling für die Bürgergesellschaft, in der sich möglichst viele Menschen in Freiwilligenagenturen, Selbsthilfegruppen, Stadtteilinitiativen, Stiftungen usw. engagieren, also für sich selbst und die Mitmenschen Verantwortung übernehmen. Den Kommunen, und hier insbesondere den Sozial-, Arbeits- und Jugendämtern, käme eine das gesellschaftliche und politische Engagement aktivierende Rolle zu.

Gerd Mielke, Referatsleiter in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, stellt in seinem Kapitel fest, dass

die Bürgergesellschaft nicht nur seit einigen Jahren in Deutschland intensiv diskutiert werde, sondern auch international Konjunktur habe. Den Grund hierfür sieht er in krisenhaften Entwicklungen wie der zurückgehenden sozialen bzw. gesellschaftlichen Integration vieler Menschen (-gruppen), den abnehmenden Beschäftigungschancen für weniger Qualifizierte in der Arbeitswelt (die nun im „dritten Sektor“ tätig werden könnten), den zurückgefahrenen Sozialleistungen und den Problemen der repräsentativen Demokratie (z. B. Auszehrung der Parteien). Dann zeigt Mielke Probleme beim Umsetzen der Bürgergesellschaft auf – wie die Mittelschichtorientierung, die Schwierigkeit, Menschen zu aktivieren, und die mangelnde Responsivität von Parteien und Parlamenten. Abschließend betont er, dass das Konzept der Bürgergesellschaft nicht nur aus den USA importiert worden sei, sondern auch auf die zunehmende „Amerikanisierung“ der deutschen Gesellschaft verweise.

Ansgar Klein, Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), stellt anschließend seine Organisation im Kontext der aktuellen reformpolitischen Diskussion und der Empfehlungen der Enquête-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ vor. Das BBE versteht sich als gemeinsames Netzwerk von Bürgergesellschaft, Staat/Kommunen und Wirtschaft. Es sieht seine Aufgaben in der Fortentwicklung des Sozialstaates, der Stärkung der lokalen Bürgergesellschaft, dem Ausbau von Freiwilligendiensten, der Förderung von Corporate Citizenship u. v. a. m.

Der Chefreporter TV des Südwestrundfunks Mainz, Thomas Leif, bewertet die Diskussion um die Bürgergesellschaft eher pessimistisch: „Der soziale Problemdruck nimmt zu, gleichzeitig sinken die Finanzierungsressourcen. Eine kluge, konzeptionell angelegte Engagement-Politik ist nicht einmal in Umrissen zu erkennen“ (S. 46). Dann wird Leif noch deutlicher: „Die drei Problemkreise – weitgehende Abstinenz der Unternehmen im Feld der Engagementförderung, Ausnutzen der Ehrenamtlichen für Lücken im Sozialsystem und die halbherzige Ausgestaltung einer Politik für das bürgerschaftliche Engagement – greifen ineinander. Sie bilden die Kulisse für eine moderne Politik nach dem umgekehrten PR-Prinzip: ‚Tue nichts und rede trotzdem darüber‘“ (S. 47). Das Politikversagen wird anhand von zehn Thesen weiter verdeutlicht.

Thomas Gensicke von TNS Infratest Sozialforschung stellt dann den zuvor von Leif kritisierten Freiwilligensurvey 1999 vor. Nach ihm sind 35 % der Menschen über 14 Jahren in den alten Bundesländern und 28 % in den neuen Bundesländern „freiwillig engagiert“. Diese Zahlen werden dann nach Geschlecht, Alter, Erwerbsstatus, beruflicher Stellung, Berufsabschluss, Ortsgröße, Interesse an Politik, Kirchenbindung, Wertetyp usw. differenziert. Abschließend wird ein „integriertes Erklärungsmodell des Zugangs zum freiwilligen Engagement“ vorgestellt.

Paul-Stefan Roß und Thomas Klie von der Evangelischen Fachhochschule Freiburg beschreiben anschließend, wie das bürgerschaftliche Engagement vom Land

Baden-Württemberg und den dortigen Kommunen gefördert wird. Sie skizzieren das entsprechende Landesprogramm und das Landesnetzwerk sowie lokale Maßnahmen wie die Einbeziehung von Multiplikatoren, die Entwicklung von Unterstützungsformen, das Herausstellen von Leitbildern, das Schaffen von Koordinations-, Kontakt- und Anlaufstellen etc. Die Autoren sind der Meinung, das was in anderen Ländern weitgehend „rhetorisches Postulat“ geblieben oder als „gesellschaftspolitische Chimäre“ kritisiert worden sei, in Baden-Württemberg nicht nur zum Fachprogramm, sondern auch „zu konkret umgesetzter Praxis“ geworden wäre.

Der damalige Geschäftsführer der Stiftung MITARBEIT, Adrian Reinert, geht davon aus, dass sich viele Menschen in der Zivilgesellschaft engagieren (wollen). Er skizziert dann einige Voraussetzungen für entsprechende Akti-

vitäten, die bereits in den vorausgegangenen Beiträgen erwähnt wurden. Anschließend beschreibt er, wie im Rahmen der politischen Bildungsarbeit selbst organisierte Gruppen unterstützt, zivile Kompetenzen gefördert, nicht aktive Bevölkerungsgruppen engagiert und neue Formen zivilgesellschaftlicher Konfliktbearbeitung entwickelt werden könnten.

Der ehemalige Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Hellmut Puschmann, stellt kurz das Modellprojekt „Verbund Freiwilligenzentren“ und die „Freiwilligenuniversität“ vor, bevor er die Vorschläge der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ aus der Sicht seines Verbandes kommentiert. Er problematisiert zum Beispiel, dass ehrenamtliche Tätigkeit von Verbänden zumeist als „Hilfsarbeit“ gesehen würde, dass Freiwillige wenig Anerkennung, Qualifizierung und technische Unterstützung erfahren und

dass sie nur selten für längerfristige Aufgaben gewonnen werden könnten. Ferner dürfe das Ehrenamt nicht zum Ausfallbürgen für staatliches Handeln werden.

In zwei verhältnismäßig (sehr) kurzen und wenig konkreten Kapiteln wird abschließend dargestellt, welchen Beitrag die außerschulische Bildungsarbeit (Hans-Georg Wehling, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg) und die Schule (Ute Keßner-Amann, Rotteck-Gymnasium Freiburg) zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements leisten könnten. Insbesondere das letzte Kapitel, in dem nur ein Projekt im Politikunterricht der 12. Klasse beschrieben wird, macht deutlich, welcher Nachholbedarf an Schulen besteht: Schließlich sind Kinder und Jugendliche die Zukunft der Bürgergesellschaft ...

Martin R. Textor

Thomas Schlag/Michael Scherrmann (Hrsg.): Bevor Vergangenheit vergeht. Für einen zeitgemäßen Politik- und Geschichtsunterricht über Nationalsozialismus und Rechtsextremismus – Schwalbach/Ts. 2005, Wochenschau-Verlag, 223 Seiten

Die Behandlung des Nationalsozialismus im Schulunterricht führte 2006 zu einer Kontroverse, nachdem Charlotte Knobloch, die Präsidentin des Zentralrats der Juden, die Einführung eines eigenen Unterrichtsfachs Nationalsozialismus vorgeschlagen hatte (vgl. die Kommentare in Praxis Politische Bildung 3/06 und Erwachsenenbildung 3/06). Als sie darüber hinaus entschiedene Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus in Deutschland forderte, wurde ihr in der Öffentlichkeit heftig widersprochen, ja in der Presse bescheinigt, dass man mittlerweile, „der Holz-

schnittartigkeit wegen, bei jedem ihrer Interviews zusammensetzen müsste.“ Der Kommentar stand allerdings nicht in der Jungen Freiheit, sondern in der Süddeutschen Zeitung (19.07.06) und stammte von Heribert Prantl, der Galionsfigur des linksliberalen Journalismus.

Nun konnten einen die Erklärungen, die aus dem Zentralrat zu Israels Krieg im Sommer 2006 kamen, in der Tat zusammensetzen lassen. Und die Statements Knoblochs hatten durchaus ihre problematischen Seiten. Der Unterrichts-Vorschlag zeugte z. B. von

einer (gewollten?) schulpolitischen Naivität und typischen Ignoranz gegenüber den Aufgaben und Chancen der (außerschulischen) politischen Bildung. Erstaunlich war jedoch, welche Argumente bei der Zurückweisung zum Zuge kamen. Es klang an vielen Stellen so (und Leserbriefe von Schülern in FAZ und anderswo bekräftigten das), als würde bereits Zuviel des Guten geschehen. Bei Prantl hieß es: „Es ist nicht mehr so, dass es zu wenig, sondern so, dass es eher zu viel (weil falschen, beliebigen oder unernsten) Kontakt der jungen Generation mit dem Thema gibt,

der dann eher zu Abwehrreaktionen führt. Ob der Unterricht funktioniert, hängt vom Lehrer ab, nicht von Vorgaben des Lehrplans. Wenn keine Luft für eigene Nachdenklichkeit bleibt, ist es schon fast egal, ob der Unterricht demotiviert abgespult oder ob er übermoralisiert wird. Die Jungen müssen die Chance haben, für sich selbst ein Relevanzbewusstsein zu entwickeln. Es ergibt sich nicht durch eine neue Schulverordnung.“

Das sind schon bemerkenswerte Einlassungen – als würde Schule so funktionieren, dass Schüler und Schülerinnen mit ihrem „Relevanzbewusstsein“ den Lehrplan bestimmen, und alles Entscheidende von der Lehrerpersönlichkeit statt von den schulpolitischen „Vorgaben“ abhängen. Die Behauptung erfolgte zudem in Zeiten einer zunehmenden Bildungsstandardisierung, wo kräftig verordnet und den Lehrkräften wie Lernenden kaum noch Luft zum Nachdenken gelassen wird (zur Debatte über die Bildungsstandards in der politischen Bildung vgl. Klaus-Peter Hufer in Praxis Politische Bildung 1/06). Dass es ein Problem damit gibt, das Interesse der Schüler durch den Politik- und Geschichtsunterricht zu erreichen, soll dabei nicht bestritten werden. Das bestätigt auch der Sammelband von Schlag/Scherrmann. Zugleich wird hier deutlich, dass z. B. die vom Deutschen Lehrerverband vorgetragene Ablehnung von Knoblochs Vorschlag – ein neues Fach sei überflüssig, die deutschen Jugendlichen seien ausreichend über die NS-Zeit informiert, zumindest besser als über andere Epochen – nicht zutrifft. Die Herausgeber resümieren die aktuelle Lage dahingehend, dass für viele Jugendliche nicht nur der betreffende „Zeitabschnitt, sondern auch die Brisanz des Themas in immer weitere Ferne“

rücke; bei einem beträchtlichen Teil sei das historisch-politische Angebot nur noch dazu geeignet, „die Reaktion hervorzurufen, dass man ‚das Thema nicht mehr hören könne‘.“

Hier besteht also wirklich ein Problem der Vermittlung und auch der Überforderung, denn der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wird allzu oft – nach dem kurzschlüssigen Motto „Je mehr Geschichte, desto weniger Rechtsextremismus“ – eine Aufklärung über die aktuelle Gefahr des Rechtsextremismus zugetraut. Solche Fragen werden in dem Band von Thomas Schlag und Michael Scherrmann verhandelt; er basiert auf Diskussionen einer Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll vom Oktober 2003, die sich an ein breites Publikum aus schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit richtete. An der Veröffentlichung haben neben Bildungspraktikern auch Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen (Pädagogen, Historiker, Politikdidaktiker und Medientheoretiker) mitgewirkt, wobei die praxisorientierten Beiträge eher auf den schulischen Geschichtsunterricht abzielen. Verschiedene Materialien werden vorgestellt. So präsentiert Götz Aly die Planung zu seinem (inzwischen veröffentlichten) Buch „Hitlers Volksstaat“, Harald Welzer resümiert seine viel beachtete Veröffentlichung „Opa war kein Nazi“. Alice von Plato diskutiert die pädagogischen Chancen und Grenzen der Oral History – eine Thematik, die nach zwei bis drei Jahrzehnten Zeitzeugen-Pädagogik differenzierter gesehen wird als in der Anfangszeit. Die verbreitete Mischung von Langeweile („kenn ich alles“) und Abwehr („nicht schon wieder“) gegenüber Versuchen, eine produktive Konfrontation mit den geschichtlichen Ereignissen auf den Weg zu brin-

gen, wird in dem Band verschiedentlich thematisiert, so von Andrea Hoffmann in ihrem Beitrag über „Geschichtsvermittlung zwischen Opposition, Langeweile und Beteiligung“.

Eine ausführliche Reflexion zum Geschichtslernen bringt Bodo von Borris. Er plädiert dafür, das analytische Bewusstsein beim Umgang mit dem Nationalsozialismus zu schärfen. Eine Art Holocaust-Schock-Pädagogik, die die nationalsozialistische Herrschaft auf Judenvernichtung reduziert und die Adressaten von Bildungsarbeit mit den einschlägigen Gräueltaten konfrontiert, diene nicht der Aufklärung über das Vergangene – und somit auch nicht der Prävention gegenüber dem Wiederaufleben faschistischer Programme. Dass solche „Überwältigungs-Rituale“ in der Bildungsarbeit immer noch ihren Platz haben, belegt der Beitrag von Werner Imhof über Zeitzeugenbegegnungen „als handlungsorientierter Zugang zum Thema Nationalsozialismus“. Imhof zeichnet die Figur eines nationalstolzen Skinheads, an dem Argumente abprallen. Dies sei der Beleg, „dass Stammtischparolen leichter nachgeplappert als widerlegt sind“, und begründe das Verlangen danach, dass wir den unbelehrbaren Rechtsradikalen „am liebsten mit der Nase auf die Zeugnisse der Vergangenheit stoßen und mit den Opfern konfrontieren würden.“ Der Autor fährt fort und schließt damit seine Überlegungen ab: „Tun wir das doch und versetzen wir Schüler in die Lage, es zu tun!“

Borris' Thesen können auch als Provokation gelesen werden. Zeno Ackermann hat sie so verstanden (siehe „Die neue Angst vor der Moral“, in Praxis Politische Bildung 3/06) und Borris die Verabschiedung von einer „Erziehung nach Auschwitz“, zumin-

dest die Beförderung einer derartigen Schlussstrich-Mentalität vorgehalten. Ein solcher Vorwurf wäre allerdings eher im Falle von Prantl u. a. angebracht. Borris dagegen zielt auf die Frage, welche analytischen Aufgaben in der historisch-politischen Bildung an-

stehen. Er will sich eben nicht damit begnügen, dass es irgendwie auf das Fingerspitzengefühl des Lehrers ankommt. Es geht vielmehr darum, – nicht Betroffenheit zu verordnen, sondern – zu klären, unter welchen „Vorgaben“ ein vernünftiger Unterricht

stattfinden kann. Dazu bietet der Band aufschlussreiche Materialien, die auch zahlreiche Anknüpfungspunkte für die außerschulische Bildung deutlich werden lassen.

Johannes Schillo

Lothar Böhnisch: Politische Soziologie. Eine problemorientierte Einführung – Opladen 2006, Verlag Barbara Budrich, 261 Seiten

Nicht nur der Titel „Politische Soziologie“, sondern auch die ersten Worte des Buches von Lothar Böhnisch sollten politische Bildner geradezu neugierig machen: „Das Politische weicht aus der Politik“ (S. 6) wird der Soziologe Thomas Meyer zitiert. Aus diesem zunächst augenscheinlichen Paradox entfaltet der Autor nicht nur seinen eigenen Entwurf, sondern liefert zugleich einen Überblick über die konzeptionelle Entwicklung der politischen Soziologie im 20. Jahrhundert. Das schon allein macht das Buch wertvoll und lesenswert auch für die Bildungspraxis.

Im Mittelpunkt stehen aktuelle Herausforderungen, denen sich die durch Mehrdeutigkeiten und unterschiedliche Dynamiken gekennzeichneten Gesellschaften ausgesetzt sehen. Diesen neuen gesellschaftlichen Bedingungen ist auch politische Bildung unterworfen. Wir als Praktiker in diesem Feld müssen uns diesen stellen, und eine Orientierung an den theoretischen Grundlegungen kann und sollte dabei durchaus (hin und wieder) geschehen.

Böhnisch bietet mit seiner gewählten Problemorientierung eine gute und hilfreiche Einführung, die bei aller Komplexität des Themas fast unterhaltsam lesbar bleibt. Die Vermutung

liegt nahe, dass der Autor seine Studierenden vor Augen hatte und diese ermutigen möchte, sich auch schwere theoretische Kost zuzumuten. Zugleich ist dem vielbeschäftigten Praktiker ein knapper orientierender Überblick über Meilensteine der politischen Soziologie an die Hand gegeben. Darin kann geblättert und nachgeschlagen werden, was in den vergangenen Jahrzehnten im Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse der jeweiligen Zeit theoretisch (vor)gedacht worden ist.

Im Zentrum der Auseinandersetzungen stehen die Sozialstruktur der Gesellschaft und die Antworten, die Politik auf die Wandlungen des Sozialstaates zu geben versucht. Dabei wird deutlich, dass neben den klassischen Themen der Soziologie wie Macht und Konflikt Aspekte von Integration einen immer größeren Stellenwert beanspruchen und auch bekommen. Am Dreiecksverhältnis Herrschaft – Konflikt – Integration lassen sich gesellschaftliche Themen (wie z. B. Globalisierung, soziale Teilhabe), Probleme (wie z. B. europäische Identität, Entfremdung), Auswüchse (wie z. B. Rechtsextremismus, die Schere zwischen Arm und Reich) sowie künftige Ansätze (wie z. B. Bürgergesellschaft, New Governance) und die

Ressourcen (wie z. B. Partizipation, mündige Bürger als Wähler) beschreiben.

Im Blick auf die aktuellen Herausforderungen an das Politische und die Politik plädiert Böhnisch dafür, „nicht nur ein neues Modell von Arbeit – über die klassische Erwerbsarbeit hinaus – öffentlich zu diskutieren, sondern auch ein neues gesellschaftliches Modell von Jugend.“ (S. 211). Im Kern geht es ihm dabei um umfassende Teilhabe der jeweils jungen Generation. Es muss um deutlich mehr gehen, als dass „Jugendliche Demokratie spielen sollen, sondern um soziale Teilhabeberechte im Sinne von Bürgerrechten.“ (ebd.). Dass dabei Schule als entscheidender, aber auch „zwangsläufiger Ort politischer Sozialisation“ (S. 216) eine besondere Aufgabe zugewiesen bekommt, ist nicht verwunderlich, erscheint jedoch in diesem soziologischen Kontext mit einer spannenden Ausrichtung: „Das neue institutionelle Verständnis vom Arbeitsplatz Schule und vom Schüler als Bürger erkennt also die soziokulturelle Selbstständigkeit der Jugendlichen trotz ihres ökonomischen Abhängigkeitsstatus an.“ (ebd.).

In der Konsequenz der Abhandlungen ist es nicht überraschend, dass der Autor, der jüngst an der

Dresdener Studie zur Politischen Erwachsenenbildung beteiligt war, den Bogen zwischen Theorie und Praxis spannt: „Die Erfahrungen aus der Politischen Erwachsenenbildung zeigen, dass sich mit dem Idealbild des mündigen Bürgers eine normative Setzung verbindet, die die Bewältigungswirklichkeit Erwachsener in einer entgrenzten Arbeitsgesellschaft nicht erfassen kann. Daraus werden schließlich auch jene Erscheinungen plausibel, die gemeinhin mit dem Etikett der Politikver-

drossenheit belegt werden. Deshalb sehe ich es als Aufgabe einer politischen Soziologie an, von ihrem Erkenntnisraum aus gestaltungspolitische Anregungen angesichts der Entgrenzungen des Politischen zu entwickeln. Die Perspektive einer Politik der Bewältigung mag als Versuch in diese Richtung gelten.“ (S. 18).

Mit einem so überschriebenen Abschlusskapitel bündelt Böhnisch seinen umfassenden Exkurs

zur politischen Soziologie und benennt zugleich wichtige Stichworte, denen sich praktische Bildungsarbeit zu stellen hat. Es geht dabei vor allem um die Thematisierung und das Aufgreifen von Übergangskonstellationen (vgl. S. 247). Das gilt für den theoretischen wie den praktischen Bezugsrahmen gleichermaßen. Von daher ist das Buch voller Anregungen für Konzepte politischer Bildung.

Stephan Schack

Eveline Christof/Edgar Forster/Lydia Müller/Barbara Pichler/Nina Rebhandl/Christopher Schlembach/Petra Steiner/Barbara Stametz: Feministische Bildungsarbeit. Leben und Lernen zwischen Wunsch und Wirklichkeit, Opladen 2005, Verlag Barbara Budrich, 262 Seiten

Die Autor/-innen des vorliegenden Bandes greifen eine in der Erwachsenenbildung derzeit kaum noch verwendete Bezeichnung auf, wenn sie von „feministischer Bildungsarbeit“ sprechen. Sie akzentuieren damit einen engagierten Ansatz, entwickeln diesen aber in der Auseinandersetzung mit Brüchen und Ambivalenzen. Die Arbeit geht auf ein an der Universität Wien konzipiertes Forschungsprojekt zurück, das sich mit aktuellen Lernherausforderungen in der Erwachsenenbildung befasst. Es geht darum, eine empirisch fundierte Bildungsarbeit zu entwickeln, die es ermöglicht, eigenes Handeln innerhalb sozialer Strukturen zu reflektieren. Ziel ist es, autonomes Handeln von Frauen in einer „patriarchal formierten Gesellschaft“ zu unterstützen, ohne einem „verklärenden Autonomiebegriff“ anzuhängen. Damit folgen die Forscher/-innen den Spannungsverhältnissen, die in traditionellen Ansätzen subjektorientierter Erwachsenenbildung häufig ausgeblendet worden sind. Sich selbst und die

befragten Frauen sehen sie in Strukturen agieren, die den eigenen Blick formieren, verstehen sich also nicht als unabhängige Forscher/-innen, die Abhängigkeiten von anderen untersuchen und überwinden wollen, sondern sind selbst involviert in die Ambivalenzen, die sie untersuchen. „Statt lineare Entwicklungen darzustellen, forcieren wir Widersprüche und Ambivalenzen, Mehrdeutigkeiten und Parallelentwicklungen“ (S. 17).

„Epochaltypischen Lernherausforderungen“, die unter dem soziologischen Ansatz einer „reflexiven Modernisierung“ mit Individualisierung und Flexibilisierung beschrieben werden, bescheinigen die Autor/-innen eine „Blindheit für Geschlechterverhältnisse“ (S. 17). Deutungskompetenzen zu entwickeln für uneindeutige gesellschaftliche Phänomene und Tendenzen, betrachten sie als zentrale Aufgabe für eine feministische Bildungsarbeit. Ein Motiv für das Projekt liegt im „Unbehagen an einer allgemeinen Erwachsenenbildung“,

die versucht, sich auf dem Markt berufsorientierter Anbieter/-innen zu behaupten (S. 25f). Statt sich dem anzupassen, skizziert die vorliegende Untersuchung Wege für eine Bildungsarbeit, die erfahrungsorientiert und gesellschaftskritisch ausgerichtet ist, ohne sich der eigenen Sichtweise allzu sicher zu sein. Beeindruckend an den Ausführungen ist der selbstreflexive Zugang zu den eigenen Annahmen, der suchende und fragende Stil des Textes.

Das Forschungsdesign orientiert sich an einer hermeneutischen Wissenssoziologie und bezieht methodische Überlegungen zur Analyse des Sozialen als Ritual mit ein. Objektive Hermeneutik und phänomenologische Soziologie gehen dabei eine methodologische Verbindung ein. Untersucht werden „Ausdrucksformen“ (Ulrich Oevermann) in der Lebenspraxis von Frauen mit dem Ziel, handlungsfähig dadurch zu werden, dass Ereignisse lesbar und die soziale Situiertheit des eigenen Wissens anerkannt werden. Dazu sind 45 Interviews

zum Alltagsleben von Frauen geführt worden, aus denen für das Buch sechs Interviews ausgewählt worden sind, die eine Bandbreite von Lebensphasen repräsentieren. Die Gespräche sind nach dem Prinzip des „Interviews zur Anregung von Selbstaufklärung“ geführt worden, in Form narrativer Interviews und angelehnt an das „Forschungsprogramm subjektiver Theorien“. Die Auswertung bezieht sich auf Morgenrituale, Tages(ab)läufe, Lebensläufe und Flucht- und Gegenbewegungen. An alltäglichen Stationen im Tages- und Lebensverlauf der Frauen wird gezeigt, wie Frauen selbst zur „Installierung und Reproduktion panoptischer Räume“ beitragen, in denen sie „Subjekt und Objekt ihres eigenen fremden Blicks“ sind (S. 51). Mit den Interviews entsteht die Möglichkeit, das eigene Sichtbarwerden in seinen ambivalenten Wirkungen zu reflektieren - zwischen Eigensinn und Kontrolle. Alltägliche Handlungsabläufe werden unter dem Gesichtspunkt „dynamischer Ritualität“ betrachtet (S. 82). Die Aufmerksamkeit gilt den Geschwindigkeiten, Rhythmen, den

Richtungen und Zielen. Scheinbar unbedeutende Alltagshandlungen werden bedeutsam und die Art und Weise der Darstellung lässt spürbar werden, dass die Autor/-innen diesen eine besondere Würde zuschreiben. Die Orientierung an der Autonomie der Befragten folgt nicht einem eindimensional-emanzipatorischen Ansatz, sondern setzt sich mit dem ideologischen Liberalismus auseinander, in dem sich Frauen und Männer als freie Individuen verhalten, „auch wenn sie nicht an die Freiheit glauben“ und der nach dem Muster „reflexiv verfahrenender Selbsttäuschung“ funktioniert (S. 150). Wenn Zwänge verschwinden, weil sie unsichtbar werden, dann wird auch Autonomie obsolet. In einem gesellschaftlichen Raum, der Gegensätze unsichtbar macht, sind Fremd- und Selbstbestimmung kaum zu unterscheiden. Die Polarisierung von Autonomie und Heteronomie wird in der vorliegenden Studie abgelehnt als ein „Konstrukt patriarchaler Prägung“, das einen allgemeinen Blick beansprucht, der die eigene Situiertheit nicht aufnehmen kann. Bevorzugt wird demgegen-

über ein Konzept „dynamischer Autonomie“ nach Evelyn Fox Keller (S. 215).

Die Arbeit ist anregend zu lesen und in vielen Details bemerkenswert – sowohl was die theoretische Einordnung als auch den Stil betrifft. Dennoch bleibt die Kategorie „Frau“ bei allem dekonstruktiven Argumentieren noch relativ ungebrochen erhalten. Die Spaltungen unter Frauen kommen kaum zum Tragen, und es läge in der Konsequenz des identitätskritischen Zugangs, feministische Bildungsarbeit auch mit männlichen Interviewpartnern zu erforschen. Die Autor/-innen beschreiben dies selbst als ein Desiderat ihrer Forschung. Für die Konzeptionsentwicklung und die Forschungsausrichtung in der allgemeinen Erwachsenenbildung liegt mit der Studie ein Ansatz für eine kritische, die aktuellen Theorie-Debatten aufnehmende Subjektorientierung und engagierte Bildungsarbeit vor, die in der Bewegung der Kritik bleibt, statt sich der Dominanz affirmativer Forschung und Praxis zu unterwerfen.

Astrid Messerschmidt

Stiftung Jugendburg Ludwigstein und Archiv der deutschen Jugendbewegung (Hrsg.): Historische Jugendforschung. Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung, NF Band 1/2004 – Schwalbach/Ts. 2006, Wochenschau-Verlag, 455 Seiten

Stiftung Jugendburg Ludwigstein und Archiv der deutschen Jugendbewegung (Hrsg.): Historische Jugendforschung. Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung, NF Band 2/2005 – Schwalbach/Ts. 2006, Wochenschau-Verlag, 287 Seiten

Mit dem Kürzel NF (vermutlich Neue Folge) sind 2006 kurz hintereinander zwei weitere Jahrbücher des Archivs der deutschen Jugendbewegung erschienen. Nach dem Time Lag infolge organisatorischer und personeller Wechsel im Archiv der deutschen Jugendbewegung und mit einem

neuen Beirat ist nun die verdienstvolle Reihe wieder in der „Gegenwart“ angekommen.

Beide Bände enthalten eine Fülle von lesenswerten Beiträgen, die hier nur in einer Auswahl angesprochen werden können. Band 1/2004 ist gleich zwei interessan-

ten Schwerpunkten gewidmet: Dem Wiederaufleben bündischer Gruppen nach 1945 und den Bewegungen west- und ostdeutscher Jugendorganisationen sowie den Jugendkulturen in der DDR. Der Schwerpunkt des Bandes 2/2005 geht über Jugendbewegung und Kolonialismus.

Die nach 1945 versuchten Anknüpfungen an die Jugendbewegungen und Bünde der Zeit vor 1933 werden nach ihren Leitbildern und Handlungsformen befragt. Hans Ulrich Thamer konstatiert in seinem Überblicksbeitrag das Vorhandensein einer „langen und verschlungenen Verwandlungszone“, die bis in die späten 50er Jahre andauerte und dann von neuen Prozessen abgelöst wurde. Dass nach 1945 verschiedenste Wiederbelebungsversuche stattfanden, ist unbestritten. Die hier vorgestellten Beispiele bieten natürlich nur einen Ausschnitt der Aktivitäten: der BDP wird von Hannes Moyzes porträtiert, Hotte Schreiber untersucht in einem längeren interessanten Beitrag die Nerother und ihre Spaltung in zwei ganz unterschiedliche Jugendprojekte, dessen eines in den 60er Jahren zu den bekannten überbündischen immer mehr weltweiten Sängertreffen auf der Burg Waldeck sich weiterentwickelt, während die andere Richtung in den alten Strukturen und Ansichten erstarrt. Thomas Groß-Bölting und Meinulf Barbers schreiben über konfessionelle Bünde und im Besonderen über den Quickborn. Lokale Jugendmilieus und Freischargruppen werden ebenso vorgestellt wie interkonfessionelle Pfadfindergruppen.

Am Beitrag von Klaus-Peter Lorenz kann man nachverfolgen, wie Repräsentanten der ehemaligen Jugendmusikbewegung, die in der NS-Zeit sich in der Hitlerjugend oder der Reichsmusikkammer an vorderen Stellen sich betätigt hatten, nun im Jugendhof Vlotho als „Demokraten-Macher“ neu festsetzten oder festsetzen wollten. Nicht nur der Aufsatz über Vlotho kann als Beitrag zur Frühgeschichte politischer Jugend- und Erwachsenenbildung nach 1945 gelesen werden. Auch wenn diese Perspektive nicht ausdrücklich eingenommen wird, die Wiederbelebungsversuche nach 1945 sind Teil der Vorgeschichte einer sich in den 60er Jahren neu formierenden Jugend- und Protestbewegung.

In sieben weiteren Beiträgen wird von den Autorinnen und Autoren herausgearbeitet, wie trotz aller ideologischen Gegensätze und einer brutalen Grenze ost- und westdeutsche Jugendkulturen und Jugendorganisationen ineinander verschlungen und aufeinander bezogen waren. Vielfältige Begegnungen und Versuche gegenseitiger politischer Einflussnahme von westdeutschen Jugendverbänden und FDJ werden im Detail beschrieben.

Ein bisher kaum bekanntes Kapitel ist das Verhältnis von Jugend-

bewegung und deutschem Kolonialismus. Ferne fremde Welten übten auf die Jugendbewegten zweifelsohne einen großen Reiz aus, der nicht nur in Großfahrten befriedigt wurde, sondern auch in schwärmerischen zum Teil auch verklärenden Texten über die „edlen Wilden“. Andererseits wurden deutsche Kolonialinteressen in entsprechender Jugendliteratur und Abenteuerromanen auch nach 1918 weiter festgehalten. Hans Paasche kann als ein Beispiel für die kritische Verarbeitung der Erfahrungen als deutscher Kolonialoffizier gelten. Weniger bekannt ist, dass die Nerother Wandervögel Ende der 30er Jahre dokumentarisches Material lieferten, aus dem der NS-Propagandafilm „Deutsches Land in Afrika“ zum Teil zusammengesetzt wurde.

Weitere Beiträge über die Artamanen, über den Antisemitismus und völkisches Denken im Mädchen-Wanderbund, über Tusk und dj.1.11., eine quellen- und ideologiekritische Betrachtung über die berühmte von Werner Kindt herausgegebene „Dokumentation der Jugendbewegung“ sowie die üblichen Rezensionen und Berichte aus der Arbeit des Archivs ergänzen den Band 2005.

Paul Ciupke

Markt

Aufruf zur Teilnahme an Aktionstagen Politische Bildung

Vom **5. bis 23. Mai 2008** veranstaltet die **Bundeszentrale für politische Bildung** gemeinsam mit den **Landeszentralen für politische Bildung** und dem **Bundesausschuss Politische Bildung** die mittlerweile vierten **Aktionstage Politische Bildung**.

Alle politischen Bildungseinrichtungen sind aufgefordert, sich zu beteiligen und ihre Veranstaltungen in den zentralen Veranstaltungskalender der Bundeszentrale unter www.bpb.de/veranstaltungskalender einzutragen. Die eingetragenen Veranstaltungen

werden in einer Broschüre zusammengefasst, die ab April 2008 von den beteiligten Einrichtungen auch in größerer Stückzahl angefordert werden kann.

Nähere Informationen gibt es unter www.bpb.de/aktionstage2008.

Programm zum 13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag steht

Die Vorbereitungen auf den **13. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT)** schreiten voran: Im Mittelpunkt der dreitägigen Veranstaltung steht ein **Fachkongress** mit insgesamt 75 Fachforen, 36 Workshops, 49 Projektpräsentationen sowie 25 Vorträgen zu den Themenschwerpunkten Bildung, Integration und Teilhabe. Drei zeitgleich stattfindende Symposien werden am 18. Juni inhaltlich in diese zentralen Themen einführen. Parallel zum Kongress stellen die Träger auf dem **„Markt der Kinder- und Jugendhilfe“** ihre Ar-

beitsformen und Aktivitäten aus der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und ihren Familien vor. Im Frühjahr 2008 erscheint ein Veranstaltungskalender, der einen Überblick über das Gesamtprogramm mit Fachkongress, Messe, Rahmenprogramm, Serviceangeboten sowie weiteren Aktivitäten der Stadt Essen zum DJHT enthält.

Der Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag 2008 findet vom **18. bis 20. Juni 2008** im Kongresszentrum der Messe Essen statt. Die zentrale Veranstaltung

der deutschen Kinder- und Jugendhilfe wird von der **Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ** veranstaltet und steht unter dem Motto **„Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“**.

Weitere Informationen:
Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ
Projektbüro 13. DJHT,
Mühlendamm 3,
10178 Berlin,
Tel. 030/400 40-230,
E-Mail: djht@agj.de, www.jugendhilfetag.de.

Programm der Bundeszentrale für politische Bildung

Die **Bundeszentrale für politische Bildung** hat im Dezember 2007 mit einer achtseitigen Sonderveröffentlichung über ihr **Programm im Jahr 2008** in-

formiert. Die Leser von Frankfurter Rundschau (Rhein-Main-Ausgabe), Berliner Zeitung und Welt am Sonntag (Ausgabe für die östlichen Bundesländer) erhielten

mit der **Beilage „Wollen Sie mitreden?“** einen Überblick über bundesweite Veranstaltungen und Aktionen der Bundeszentrale.

Zeitschriften zur politischen Bildung

Unter dem Titel „**Prekäre Jugend**“ setzt **Nr. 4/2007 der Praxis Politische Bildung** die bereits in Ausgabe 1/2007 begonnene Auseinandersetzung mit der sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen und einer darauf reagierenden politischen Jugendbildung fort. Die Beiträge behandeln vorrangig die Aufgaben politischer Bildung für be-

nachteiligte und bildungsferne Jugendliche.

Bezug: Juventa Verlag, Ehretstr. 3, 69469 Weinheim.

Die Zeitschrift „**Erziehung und Wissenschaft**“ der **Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft** geht in ihrer

Nr. 12/2007 auf den Zusammenhang zwischen Kinder- und Bildungsarmut ein. Gastkommentator ist Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung.

Bezug: Stamm Verlag, Goldammerweg 16, 45134 Essen, www.stamm.de.

Publikationen zur Erwachsenen-/Weiterbildung

Anlässlich seines 50-jährigen Jubiläums hat das **Deutsche Institut für Erwachsenenbildung** eine **Festschrift** mit dem Titel „**50 Jahre für die Erwachsenenbildung**“ herausgegeben. Wie der Untertitel „Das DIE – Werden und Wirken eines wissenschaftlichen Service-Instituts“ verrät, dokumentiert die Publikation die Wirkungsgeschichte des Instituts, aber auch die Entwicklungen in Theorie und Praxis der Weiterbildung in den vergangenen 50 Jahren.

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld, www.wbv.de.

Nr. 1/2008 der ebenfalls vom **Deutschen Institut für Erwachsenenbildung** herausgegebenen Zeitschrift **DIE** ist bereits erschienen. Unter dem Titel „**Bildung und Zeit**“ sind Beiträge über Veränderungen in den Zeitstrukturen der Erwachsenenbildung zusammengefasst.

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld, www.wbv.de.

Der Schwerpunkt von Ausgabe **5/6-2007** der Zeitschrift „**Sozial Extra**“ widmet sich dem Thema Herausforderungen an die künftige

Frühpädagogik. Im zweiten Teil beleuchtet die Zeitschrift die soziale Seite von Gesundheit.

Bezug: VS Verlag für Sozialwissenschaften, Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, www.vs-verlag.de.

Heft **2/2007** der Zeitschrift „**Hochschule und Weiterbildung**“ widmet sich dem Schwerpunktthema „Organisationsformen und Geschäftsmodelle der wissenschaftlichen Weiterbildung“.

Bezug: Ruhr-Universität Bochum, Arbeitsstelle Wissenschaftliche Weiterbildung, Gebäude IC 03/43, 44780 Bochum.

Publikation im Bereich Medienpädagogik

Die **Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur in der Bundesrepublik Deutschland e. V.** (GMK) hat unter dem Titel „**Körper Kult Medien – Inszenierungen im Alltag und in der**

Medienbildung“ einen **Sammelband** herausgegeben, der Beiträge aus Wissenschaft und Forschung zu dem Themenkomplex „Körper, Kult und der Einfluss der Medien“ vereint. In den 22 Texten geht es darum, wie

Medienpädagogik dazu beitragen kann, Jugendlichen einen unbefangenen und selbstbewussten Umgang mit dem eigenen Körper jenseits der von Medien propagierten Körper-Ideale zu ermöglichen.

**Bezug: Gesellschaft für
Medienpädagogik und
Kommunikationskultur**

**in der Bundesrepublik
Deutschland e. V. (GMK),
Körnerstr. 3,**

**33602 Bielefeld,
www.gmk-net.de
und über den Buchhandel.**

Medienpreis 2008

Die **CIVIS medien stiftung** hat den mit insgesamt 47.000 Euro dotierten **CIVIS Medienpreis 2008** ausgeschrieben. Noch **bis zum 20. Januar 2008** können Radio- und Fernsehprogramme eingereicht werden, die sich in überzeugender Weise der Themen **Integration und kulturelle Vielfalt** annehmen, ohne dabei Konflikte zu leugnen.

Im Rahmen der Ausschreibung vergibt die Stiftung erstmals den „Wirtschaftspreis 2008“ – einen besonderen Themenpreis für herausragende Berichterstattung über die betriebliche Integration von Menschen mit Zuwanderungshintergrund. Mit dem „European Young CIVIS Media Prize“ sollen darüber hinaus junge Journalistinnen und Journalis-

ten sowie Studierende und Absolvent/-innen der Film- und Medienhochschulen unter 33 Jahren geehrt werden.

Informationen:
www.civismedia.eu.

Fortbildung

Die **Deutsche Presseakademie (depak)** hat ihr **Aus- und Weiterbildungsprogramm für 2008 veröffentlicht**. Neben Fern-, Kompakt- und Abendstu-

dium bietet die Akademie zahlreiche offene Seminare für die Weiterbildung zu verschiedenen Themen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an.

Informationen: depak Presseakademie, Friedrichstr. 209, 10969 Berlin, www.depak.de.

Internetangebote

Das **Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe** bietet seit November 2007 eine **kostenlose Bilddatenbank** mit Fotos aus der sozialen Arbeit und der Kinder- und Jugendhilfe. Nutzer/-innen des Fachkräfteportals können hier nach einer kurzen Registrierung Bildmaterial downloaden und eigene Fotos einstellen. Träger des Fachkräfteportals sind die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ und die IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Informationen:
www.jugendhilfeportal.de.

In einem neuen Design zeigt sich das **Innovationsportal des Deutschen Bildungsservers**. Das Portal bietet umfassende Recherchemöglichkeiten für innovative Bildungsprojekte aus unterschiedlichen Bildungsbereichen. Neben Verlinkungen auf die Websites der Projekte finden sich in der Datenbank des Innovationsportals Textdokumente, Medienangebote, bibliographische

Nachweise, Forschungsmaterialien und Praxisberichte, die im Umfeld der auf der Seite dokumentierten Projekte und Programme entstanden sind. Das Innovationsportal ist ein **gemeinsames Angebot von Bund und Ländern** und informiert über Reformmaßnahmen und aktuelle Entwicklungen im Bildungswesen. Es wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert (BMBF).

Informationen: www.bildungsserver.de/innovationsportal/.

Außerschulische Bildung 4-2007

38. Jahrgang

Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung – Mitteilungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

Herausgeber:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Dr. Paul Ciupke und Ulrike Steimann

Redaktion:

Ingeborg Pistohl

Redaktionsbeirat:

Gertrud Gandenberger, Almut Hoffmann, Wolfgang Pauls, Sonja Schweizer, Ulrich Wester

Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung des Herausgebers/der Herausgeberin und der Redaktion.

Redaktionschluss:

1. Dezember 2007

Redaktions- und Bezugsanschrift:

AdB, Mühlendamm 3, 10178 Berlin,
Tel. (0 30) 400 401-11 u. 12
www.adb.de
E-Mail: jurisch@adb.de,
pistohl@adb.de

Herstellung:

Druckcenter Meckenheim/Brandenburgische
Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft
Potsdam mbH

ISSN 0176-8212

Bildnachweis:

Copyrightinweise s. Fotos.

Bezugsbedingungen (gültig ab Ausgabe 1-2003)

Einzelheft	€ 6,00
1-3 Abonnements	(jährlich) € 16,00
ab 4 Abonnements	(jährlich) € 12,00
Abonnements für Studenten, Praktikanten, Referendare, Arbeitslose	(jährlich) € 12,00
(bitte jährlich Bescheinigung übersenden)	(zuzüglich Porto)

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird maßgeblich durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Die Außerschulische Bildung wird als Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben. Verband, Herausgeberin und Herausgeber, Redaktionsbeirat und die Redakteurin möchten dadurch

- zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung beitragen und damit die Professionalität pädagogischen Handelns stärken,
- aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft aufgreifen und im Hinblick auf ihre Behandlung in der politischen Bildung aufbereiten,
- Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich machen und ein Schaufenster des Arbeitsfeldes bieten,
- theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung setzen und die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt machen,
- Methoden der politischen Bildung vorstellen,
- neue fachbezogene Publikationen und Medienproduktionen präsentieren und in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit einschätzen,
- über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern berichten,
- Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden verbreiten.

